Geschäftsbericht 2002

**Bericht des Bundesrats
über Schwerpunkte
der Verwaltungsführung**

Herausgeberin:

Schweizerische Bundeskanzlei

ISSN:

1423-1786

Vertrieb durch:

Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL),
Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
www.bundespublikationen.ch

Publiziert auch im Internet:

www.admin.ch

Inhaltverzeichnis

Einleitung	4
Bundeskanzlei	5
1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick	5
2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung	8
2.1 Vorbereitung Legislaturplanung 2003–2007	8
2.2 Umsetzung der Neuerungen im Bundesgesetz über politische Rechte und Nachzählungen zur Volksabstimmung vom 24. November 2002.....	9
Departement für auswärtige Angelegenheiten	10
1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick	10
2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung	21
2.1 Weiterführung des koordinierten Einsatzes und Entwicklung der Beziehungen mit Schwerpunktregionen	21
2.2 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe (Erreichung des 0,4%-Ziels)	21
2.3 Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen	22
2.4 Multilaterale Diplomatie	22
2.5 Reorganisation EDA (GS und DRA) und Neugestaltung der Personalpolitik im EDA.....	24
Departement des Innern	25
1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick	25
2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung	39
2.1 Strategie Migration und Gesundheit 2002–2006	39
2.2 Förderung und Vermittlung der Kultur in der Schweiz	39
2.3 Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann und Intensivierung der Massnahmen im Kampf gegen die Gewalt an Frauen.....	40

Justiz- und Polizeidepartement _____ 42

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick _____ 42

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung _____ 50

2.1	Projekt EffVor (f4).....	50
2.2	Menschenhandel	51
2.3	Pädophilie / KOBIK.....	51
2.4	Markenrecht.....	52
2.5	Schweizerpass.....	53

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport _____ 54

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick _____ 54

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung _____ 60

2.1	Reformen im VBS	60
2.2	Einsätze der Armee und des Zivilschutzes im In- und Ausland	62
2.3	Neuausrichtung strategischer Nachrichtendienst	65
2.4	Sportpolitisches Konzept des Bundesrates	65
2.5	Rüstungs- und Beschaffungspolitik des Bundesrates	65
2.6	Eignerstrategie RUAG.....	66

Finanzdepartement _____ 67

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick _____ 67

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung _____ 74

2.1	Personalpolitik und Personalvorsorge.....	74
2.2	Informatik	76
2.3	FLAG.....	77
2.4	Finanzmarktaufsicht.....	78
2.5	Vollzug Geldwäscherei.....	78

Volkswirtschaftsdepartement	79
1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick	79
2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung	86
2.1 Wachstumsbericht.....	86
2.2 Bericht "Die Schweiz im weltweiten Innovationswettbewerb"	86
2.3 Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung	87
2.4 Studie: Steuergutschriften, Mindestlöhne und Armut unter Erwerbstätigen in der Schweiz.....	87
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	89
1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick	89
2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung	96
2.1 Strassenverkehr, Lenkung des Schwerverkehrs, Dosierungsmassnahmen am Gotthard.....	96
2.2 Stand Grossprojekte.....	97
2.3 Unwetterschäden 2002.....	98
2.4 Mobilfunkantennen. Vollzug und Messempfehlungen.....	99

Einleitung

Nach Artikel 51 RVOG planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats: Dabei teilen die Departemente zu Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrats koordiniert sind.

Die Jahresziele der einzelnen Departemente werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert: Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen, wie er im 1. Abschnitt der einzelnen Departementsbeiträge verwirklicht ist. Des Weiteren berichten die Departemente im jeweiligen 2. Abschnitt über aus ihrer Sicht wichtige Schwerpunkte.

Bundeskanzlei

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

<p>Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>E-Government: Aufnahme Pilotbetrieb Guichet virtuel und Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Versuche E-Voting</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Pilotphase zum Guichet virtuel Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden* ➤ Darauf abgestimmt hat er die Vereinbarung mit den Kantonen für die Periode 2003–2004 erneuert* ➤ Der Guichet virtuel ist mit dem Pilotbetrieb auf Netz (Extranet) 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 10. April 2002 vom Start des Piloten und von den Eckwerten der neuen Vereinbarung mit den Kantonen für die erste Betriebsphase (2003–2004) Kenntnis genommen. Die Evaluation der Pilotphase des Guichet virtuel wurde plangemäss durchgeführt und dem Leitungsausschuss am 31. Oktober 2002 vorgelegt. Die Evaluationsergebnisse sollen zusammen mit der von allen Kantonen unterschriebenen Vereinbarung dem Bundesrat vorgelegt werden. Ende 2002 fehlte die Unterschrift von zwei Kantonen noch, es lag aber deren mündliche Zusicherung vor. Aus diesem Grund konnte der Bundesrat nicht wie geplant von den Evaluationsergebnissen Kenntnis nehmen.</p> <p>Zur Vereinbarung wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Sämtliche Kantone begrüssen die Fortführung der Arbeiten. Seitens des Bundes wurde die Vereinbarung am 3. Oktober 2002 unterzeichnet.</p> <p>Seit dem 3. Juli 2002 läuft der Pilotbetrieb stabil auf dem Extranet. Den Partnern aus den Kantonen und Gemeinden wurde per Passwort der Zutritt erteilt.</p>

<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Vorgehensentscheid Legislaturplanung 2003–2007</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vorgehen zur Legislaturplanung 2003–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Das Vorgehen zur Überprüfung von Bundesaufgaben ist vom Bundesrat beschlossen ➤ Der Postulatsbericht "Strategische Führungsindikatoren" liegt als Input für die Legislaturplanung 2003–2007 vor und ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen (in Erfüllung des Po. 00.3225 der Kommission 00.016) ➤ Der Bericht "Herausforderungen 2003–2007" liegt zeitgerecht für die Aussprache des Bundesrats betreffend Vorgehensentscheid zur Legislaturplanung vor 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat über das Vorgehen am 20. November 2002 entschieden.</p> <p>Der Bundesrat hat am 3. Juli 2002 über das weitere Vorgehen entschieden.</p> <p>Der Postulatsbericht konnte 2002 nicht vom Bundesrat verabschiedet werden, weil das Indikatorensystem noch weiter priorisiert werden soll. Der Bundesrat hat am 20. November 2002 von einem Zwischenbericht des Projekts Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bundesrat hat den Bericht "Herausforderungen 2003–2007" am 20. November 2002 zur Kenntnis genommen und eine Erklärung dazu abgegeben.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Rechtliche und technische Vorbereitung der Nationalratswahlen 2003</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Kreisschreiben vom Bundesrat sind verabschiedet und veröffentlicht ➤ Die Kantone und Parteien sind über die Spielregeln und Verfahren im Detail orientiert 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Kreisschreiben am 18. Dezember 2002 verabschiedet und veröffentlicht.</p> <p>Kantone und Parteien sind vor Weihnachten 2002 orientiert worden.</p>

<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Revision des Publikationsgesetzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist eröffnet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung konnte noch nicht eröffnet werden, weil der Gesetzesentwurf und der erläuternde Bericht aufgrund der Ämterkonsultation relativ stark überarbeitet werden mussten. Zudem sind zusätzliche rechtliche Abklärungen nötig.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Überprüfung der Information in Krisenlagen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zur Überprüfung der Information des Bundes in Krisenlagen (in Erfüllung des Po. Müller Erich 99.3076) ist dem Bundesrat unterbreitet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Bericht konnte dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden, da die Information in ausserordentlichen Lagen als Ganzes strukturell neu organisiert wird, und daher weitere Abklärungen notwendig sind.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>KAV: Verbesserung der betrieblichen Abläufe</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die KAV-Prozesse sind evaluiert ➤ Die entsprechenden Massnahmen sind umgesetzt ➤ Das KAV-System ist zusammen mit der Informatik evaluiert und Lösungen über das weitere Vorgehen betreffend die Weiterentwicklung bzw. die Ablösung sind erarbeitet 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Schlussbericht des Projekts "Optimierung KAV" und der Start der Umsetzung sind im Februar erfolgt.</p> <p>Korrekturen am Workflow und die neue Funktion "Geschäftsprozessverantwortliche" sind eingeführt.</p> <p>Die Frage der technischen Erneuerung wurde zurückgestellt, weil sie im Rahmen des neu gestarteten BK-weiten Projekts "Bundeskanzlei Informationssysteme (BKIS)" angegangen werden soll.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Vorbereitung Legislaturplanung 2003–2007

Bei der Verabschiedung seiner Ziele für das Jahr 2002 am 14. November 2001 hat der Bundesrat in Aussicht gestellt, dass er im Rahmen der Vorbereitung der Legislaturplanung 2003–2007 der strategischen Umfeldanalyse mehr Beachtung schenken will. Vor diesem Hintergrund wurde die Erarbeitung eines neuen Berichts "Herausforderungen 2003–2007" als Schwerpunkt in das Arbeitsprogramm des Perspektivstabs der Bundesverwaltung aufgenommen. Ziel der Arbeiten war es, rechtzeitig über fundierte, aus einer Gesamtschau heraus erarbeitete und verwaltungsintern konsolidierte Überlegungen zu verfügen, welche als Grundlage für eine bundesrätliche Grundsatzdiskussion zur Vorbereitung der Legislaturperiode 2003–2007 dienen können. Die Arbeiten wurden unter Federführung der Bundeskanzlei und in enger interdepartementaler Zusammenarbeit plangemäss durchgeführt und abgeschlossen. Der Bundesrat hat am 20. November vom Bericht Kenntnis genommen und dazu eine Erklärung abgegeben.

Der Bericht stellt Grundlagen bereit, um die Auswirkungen künftiger Trendentwicklungen des internationalen Umfelds und von Rahmenbedingungen in der Schweiz zu beurteilen. Er kommt zum Schluss, dass die weitere Konkretisierung der Europapolitik und die Frage, wie angesichts der angespannten Haushaltslage neue und dringende Aufgaben finanziert werden können, Kernthemen mit Auswirkungen in nahezu allen Politikbereichen bleiben. Zudem werden die schweizerischen Institutionen noch stärker als bisher gefordert sein, bei grösseren politischen Weichenstellungen die Konsensfähigkeit sowie den räumlichen und sozialen Zusammenhalt des Landes sicherzustellen. Darüber hinaus zeigen die sich abzeichnenden Herausforderungen, dass die Schweiz Antworten noch vermehrt aus einer langfristigen, generationenübergreifenden Perspektive suchen muss. Vorsorge-, Verursacher- und Haftungsprinzipien sind dabei von grundlegender Bedeutung. Auf den verschiedenen Ebenen (national – international, Staat – Wirtschaft – Gesellschaft) ist ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten, Interessenwahrung und Verantwortung, Eigenständigkeit und Kooperation zu suchen. Insgesamt wird es für die Schweiz wichtiger, Vorstellungen zur gewünschten Zukunft und zum künftigen Selbstverständnis zu entwickeln und sich aktiv auf internationaler Ebene einzubringen. Darüber hinaus vermittelt der Bericht eine Vielzahl von Informationen zu künftigen Fragestellungen und Herausforderungen in den verschiedenen Politikbereichen des Bundes. Er führt die sektorspezifischen Perspektivstudien der Bundesverwaltung zu einer Gesamtschau zusammen.

Zur Verbesserung der strategischen Umfeldanalyse hat die Bundeskanzlei zusammen mit dem Bundesamt für Statistik auch die Arbeiten zur Erfüllung des Postulats 00.3225 "Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsinstrument" vorangetrieben. Dem Bundesrat wurde ein Zwischenbericht "Indikatoren als strategische Führungsgrössen für die Politik" vorgelegt, auf dessen Basis er am 20. November 2002 das weitere Vorgehen festgelegt hat.

Schliesslich hat der Bundesrat am 20. November 2002 das Vorgehen für die Legislaturplanung 2003–2007 festgelegt. Der Planungsprozess soll von oben her gesteuert werden (top-down). Wie schon vor vier Jahren, will der Bundesrat auch diesmal die Kantone im Rahmen der Legislaturplanung anhören.

2.2 Umsetzung der Neuerungen im Bundesgesetz über politische Rechte und Nachzählungen zur Volksabstimmung vom 24. November 2002

Der Bundesrat hat am 20. September 2002 wichtige Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die politischen Rechte verabschiedet. Diese stehen einerseits im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen 2003 und betreffen das Parteienregister. Andererseits schaffen sie technische Voraussetzungen für die Durchführung kantonaler Pilotversuche mit elektronischer Stimmabgabe (Vote électronique). Der Bundesrat setzt damit das teilrevidierte Bundesgesetz über die politischen Rechte um, welches per 1. Januar 2003 in Kraft tritt. Es ermächtigt den Bundesrat, kantonale Pilotprojekte zu einem Vote électronique bei eidgenössischen Volksabstimmungen zu genehmigen, wobei diese wissenschaftlich begleitet und untersucht werden müssen. Die Ergänzung der Verordnung über die politischen Rechte gibt nun den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich Leitlinien für ihre konkreten Pilotprojekte vor. Damit wurde die erste Phase des vom Bundesrat im Bericht über den Vote électronique vom 9. Januar 2002 vorgeschlagenen Vorgehens in vier Etappen zeitgerecht ausgelöst.

Mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wurde auch die Grundlage für die Schaffung eines Parteienregisters gelegt. Die Bundeskanzlei hat mit der Verordnung der Bundesversammlung über das Parteienregister die Umsetzung dieser neuen Bestimmung geregelt. Im Nationalrat vertretene Parteien können sich bis Ende Februar 2003 freiwillig in das neue Parteienregister eintragen lassen und dann unter bestimmten Bedingungen von administrativen Erleichterungen bereits bei der Vorbereitung der Nationalratswahlen 2003 profitieren. Damit trägt die Verankerung der Parteien in Art. 137 der neuen Bundesverfassung erste Früchte.

Der äusserst knappe Ausgang der Abstimmung zur Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch" am 24. November 2002 und der im Anschluss daran bekannt gewordene Einsatz verschiedener technischer Hilfsmittel bei der Auszählung hat die Bundeskanzlei veranlasst, eine gesetzeskonforme Nachzählung zu veranlassen. In verschiedenen Gemeinden wurde daraufhin das Abstimmungsergebnis erneut ermittelt. Der Zusammenzug der provisorischen Resultate ergab am 19. Dezember 2002 folgendes Resultat: Die Volksinitiative wurde mit 1'123'552 zu 1'119'340 Stimmen abgelehnt. Die Zahl der Nein-Stimmen stieg damit gegenüber der ersten Auszählung um 678, die Ja-Stimmen gingen um 112 zurück.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002	Kurze Bilanz
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Begleitung und Umsetzung der Abstimmung über einen Beitritt der Schweiz zur UNO</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Abstimmung über die Volksinitiative "Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der vereinten Nationen (UNO)" ist mittels Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Kräften vorbereitet * ➤ Im Falle der Annahme der Volksinitiative ist der UNO-Beitritt so schnell als möglich realisiert und die Umsetzung ist innenpolitisch breit abgestützt* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat zum Thema UNO-Beitritt einen sehr breiten Dialog mit dem Parlament, den politischen Parteien, den Sozial- und Wirtschaftsorganisationen, den Kirchen sowie mit allen übrigen interessierten Kreisen geführt. Der Schweizer Bevölkerung wurden ausführliche Informationen über die Möglichkeiten und Folgen des UNO-Beitritts vermittelt.</p> <p>Die Volksinitiative über den Beitritt zur UNO wurde am 4. März 2002 vom Schweizer Volk angenommen. Der Beitritt zur UNO erfolgte am 10. September 2002 anlässlich der Eröffnung der 57. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Wie mit dem Parlament vereinbart und im Vorfeld der Abstimmung angekündigt, wurde dem Beitrittsgesuch der Schweiz zur UNO eine Neutralitätserklärung beigegeben. Im Übrigen hat sich der Bundesrat am 29. Mai 2002 mit den Prioritäten unseres Landes in der UNO für das erste Jahr der schweizerischen Vollmitgliedschaft befasst. In der Folge legte er die unter Einbezug des Parlaments und unter Berücksichtigung der von der Zivilgesellschaft geäusserten Forderungen fest.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Substanz und Strukturen der Beziehungen zur UNO nach der Volksabstimmung sind geklärt 	<p>Die Schweiz hat begonnen, aktiv an den Arbeiten der UNO teilzunehmen und ihre neu erworbenen Rechte zu nutzen. Die Prioritäten, Stellungnahmen und Stimmabgaben der Schweiz wurden fortlaufend im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze unserer Aussenpolitik neu evaluiert. Die dazu nötigen verwaltungsinternen Strukturen und Abläufe – vor allem im Rahmen der Interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG UNO) – haben sich auf einer provisorischen Basis bewährt.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Konkretisierung der bundesrätlichen Europapolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die ersten Erfahrungen nach Inkraftsetzen der sieben Verträge (Bilaterale I) sind ausgewertet ➤ Die Verhandlungen über alle 10 Bereiche der Bilateralen II sind eingeleitet und wenn möglich abgeschlossen. Ein Abschluss in einzelnen Verhandlungsbereichen kommt jedoch nur in Frage, sofern das Interessengleichgewicht insgesamt gewahrt ist* ➤ Die Auswirkungen eines späteren EU-Beitritts auf zentrale Politikbereiche sind weiter abgeklärt. Jene Bereiche, in denen interne Reformen bereits geboten und im Hinblick auf den Abbau von Beitritts Hindernissen erforderlich sind, sind identifiziert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die bilateralen Abkommen sind seit dem 1. Juni 2002 in Kraft. Für die Auswertung der Erfahrungen wurde ein Monitoring-Mechanismus aufgebaut.</p> <p>Die Verabschiedung der letzten Verhandlungsmandate durch die EU erfolgte am 17. Juni 2002. Seit dem 18. Juli 2002 wird in allen Bereichen verhandelt. Im Bereich der Zinsbesteuerung konnte die EU die erforderlichen internen Beschlüsse nicht fassen, weshalb ein Verhandlungsabschluss nicht möglich war.</p> <p>Die Auswirkungen der verschiedenen Integrationsoptionen auf zentrale Politikbereiche wurden weiter abgeklärt (u. a. Sozialpolitik, Föderalismus, Regionalpolitik). Die Bereiche, in denen interne Reformen geboten und im Hinblick auf den Abbau von Beitritts Hindernissen erforderlich sind, konnten im Berichtsjahr (noch) nicht identifiziert werden.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Förderung der Sicherheit und des Kampfs gegen den Terrorismus durch verstärkte internationale Zusammenarbeit</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Koordination und Kommunikation der Massnahmen der Bundesverwaltung im Kampf gegen den Terrorismus sind sichergestellt. Unter Federführung des EJPD sind die entsprechenden Botschaften zur Ratifizierung der UNO-Konvention vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Übereinkommens zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenvernichtung (in Erfüllung der Mo. Paupe 00.3519) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die interdepartementale Arbeitsgruppe Terrorismus stellte die Koordination der schweizerischen Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus sicher. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ratifizierung der UNO-Konvention vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Übereinkommens zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen am 26. Juni 2002 verabschiedet.</p> <p>Die Botschaft wurde am 20. September 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Aufstockung 2002 der öffentlichen Entwicklungshilfe im Hinblick auf das Ziel 0,4% BSP bis 2010 ist vollzogen 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Aufstockung 2002 der öffentlichen Entwicklungshilfe ging trotz Abstrichen beim Voranschlag in die Richtung des vorgegebenen Ziels, allerdings nicht ganz in dem Masse, das zur Erfüllung des errechneten Zielpfades nötig gewesen wäre.</p>

<p>➤ Die Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Die Vorbereitungsarbeiten für die Botschaft sind im Gange. Die Botschaft konnte jedoch 2002 noch nicht vorgelegt werden, weil sich aus der internationalen Debatte im Berichtsjahr, namentlich dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, zusätzliche, für die Schweizer Entwicklungspolitik und damit für die Redaktion der Botschaft relevante Elemente ergaben. Die Redaktionsarbeiten haben sich deshalb etwas verzögert. Damit wird überdies eine Überschneidung mit der "Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit" vermieden.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Aktive Teilnahme an den internationalen Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die schweizerischen Positionen für die Vorbereitung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung sind erarbeitet</p> <p>➤ Die schweizerische Delegation hat am Erdgipfel zur nachhaltigen Entwicklung (Rio + 10) in Johannesburg, Südafrika, teilgenommen*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat legte am 21. August 2002 für den Weltgipfel sechs Schwerpunktthemen fest: Nachhaltige Entwicklung der Berggebiete (prioritäres Thema); Süsswasserressourcen; Internationale Umweltthemen; Soziale Entwicklung und Abbau der Armut; Handelsthemen; Gouvernanz auf globaler und nationaler Ebene. Die Schweiz engagierte sich zudem in konkreten Partnerschaftsinitiativen.</p> <p>Die schweizerische Delegation hat am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD, 26. 8. – 4. 9.) teilgenommen. Neben Vertretern der Bundesverwaltung nahmen Vertreter von Umweltorganisationen, Entwicklungsorganisationen, der Privatwirtschaft und der Kantone teil. Im Rahmen ihrer Teilnahme am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung hat die Schweiz ihre Stellung als von den grossen Gruppierungen unabhängiger Staat effektiv genutzt und neben den Hauptakteuren eine wichtige Rolle gespielt, beispielsweise für die prinzipielle Gleichwertigkeit von Handels- und Umweltrecht, im Chemikalienbereich und für minimale Sozialstandards. Die Schweiz trug auch entscheidend dazu bei, Rückschritte im Bereich der Menschenrechte im Gesundheitswesen zu verhindern.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Koordination der internationalen Aktivitäten im Rahmen des UNO-Jahres der Berge 2002 ist gewährleistet* 	<p>Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit leitete das internationale Programm der Schweiz im UNO-Jahr der Berge. Meilensteine waren die erfolgreiche Lancierung der "Internationalen Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung in Berggebieten" am Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (WSSD) durch die Schweiz sowie die massgebliche Mitwirkung am "Bishkek Global Mountain Summit", welcher die internationale Weiterarbeit über 2002 hinaus zuhanden der UNO Generalversammlung skizziert.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Klärung der konzeptionellen Grundlagen und Ausbau der Aktivitäten im Bereich der zivilen Friedensförderung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Rahmenkredit für Massnahmen der zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ In der Botschaft zum Rahmenkredit werden die konzeptuellen und finanziellen Grundlagen der zivilen Friedensförderung (auch im Bereich Entwicklung) dargelegt sowie Schwerpunkte definiert* ➤ Schwerpunktthemen im Bereich der zivilen Friedensförderung sind identifiziert, analysiert und in geeigneter Form aufbereitet 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde am 23. Oktober 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p> <p>Die Botschaft wurde am 23. Oktober 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p> <p>Die Botschaft stellt eine eingehende Analyse der Erfahrungen der letzten Jahre dar und hat den Rahmen für eine konzeptuelle Bestimmung von fünf Aktionsfeldern geschaffen. Dies sind: Gute Dienste und Vermittlung, Programme der zivilen Konfliktbearbeitung, Expertenpool für zivile Friedensförderung, thematische diplomatische Initiativen und Partnerschaften. Mit der Verabschiedung der Botschaft verfügt die Schweiz über ein umfassendes Konzept, um bestehende Partnerschaften zu vertiefen und gleichzeitig neue Partnerschaften insbesondere mit den Institutionen der Vereinten Nationen aufzubauen.</p> <p>Im Rahmen der oben genannten Botschaften wurden ferner folgende vier thematischen Schwerpunkte der Strategie der zivilen Friedensförderung ausgearbeitet: Verfassungsfragen, Dezentralisierung und Machtteilung; Medien und Gewaltkonflikte; Menschliche Sicherheit sowie Menschenrechte in bewaffneten Konflikten und humanitäres Völkerrecht.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Für den Expertenpool für zivile Friedensförderung (SEF) liegt ein Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Einsatzkonzept vor ➤ Die schweizerische Politik im Bereich der Reduktion von Kleinwaffen und Anti-Personenminen ist konsolidiert 	<p>Ein Konzept für die Rekrutierung, Ausbildung und Entsendung der Mitglieder des Expertenpools ist vorbereitet, aber noch nicht formell verabschiedet. Im Verlauf des Berichtsjahrs wurden zwei Ausbildungsmodule zur Anwendung der Instrumente der zivilen Friedensförderung organisiert.</p> <p>Die Schweiz hat ihr Profil im Bereich der Reduktion von Kleinwaffen und Anti-Personenminen durch ein internationales Engagement geschärft, das sich insbesondere durch ihre aktive Teilnahme an der vierten Konferenz der Vertragsstaaten der Ottawa-Konvention konkretisiert hat, die vom 16.–20. September 2002 in Anwesenheit des Bundespräsidenten in Genf stattfand. Bezüglich der Reduktion von Kleinwaffen ist es gelungen, die französisch-schweizerische Kleinwaffeninitiative planmässig weiter zu entwickeln. Anlässlich des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung, der im September 2002 in Johannesburg abgehalten wurde, konnte zudem das von der Schweiz unterstützte Kleinwaffenjahrbuch "Small Arms Survey Yearbook 2002" medienwirksam präsentiert und gleichzeitig die schweizerische Kleinwaffenpolitik einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Weiterführung des Einsatzes für die Menschenrechte und Förderung des humanitären Völkerrechts, sowie im Bereich der Migrationspolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vernehmlassungsverfahren über den Bericht des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) ist durchgeführt 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Am 21. November wurde ein Bericht über die Vereinbarung von Art. 2 und 3 des Zusatzprotokolls zur EMRK mit dem geltenden innerstaatlichen Recht in eine fachtechnische Konsultation der Kantone geschickt. Die geplante Vernehmlassung über die Europäische Sozialcharta mit ihrem möglicherweise mit Art. 1 des Protokolls überlappenden Anwendungsbereich führte dazu, dass über diese Bestimmung noch kein entsprechender Bericht abgeschlossen werden konnte.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Schlussbericht über das 1. Zusatzprotokoll zur EMRK (in Erfüllung der Ip. Columberg 91.3195) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Verschiedene Massnahmen zur Förderung des humanitären Völkerrechts im Rahmen von EAPC/PfP sind realisiert. Im Rahmen der OSZE und des EAPC sind Projekte in den Bereichen Konfliktprävention und menschliche Sicherheit unter Wahrung der Kohärenz und Komplementarität der Tätigkeiten mit Schweizer Unterstützung durchgeführt ➤ Es liegt ein Konzept vor, in dem die Schnittstellen zwischen den Bereichen Menschenrechte, Konflikt und Wirtschaft aufgezeigt und Möglichkeiten einer departements- und bereichsübergreifenden Zusammenarbeit herausgearbeitet werden ➤ Die Botschaft betreffend das 2. Protokoll zum Haager Übereinkommen zum Schutze von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Der Schlussbericht konnte vom Bundesrat nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden. Im November des Geschäftsjahres wurde ein Bericht über die Vereinbarung von Art. 2 und 3 des Zusatzprotokolls zur EMRK mit dem geltenden innerstaatlichen Recht in eine fachtechnische Konsultation der Kantone geschickt. Die geplante Vernehmlassung über die Europäische Sozialcharta mit ihrem möglicherweise mit Art. 1 des Protokolls überlappenden Anwendungsbereich führte dazu, dass über Art. 1 des Protokolls erst nach Auswertung der Vernehmlassung ein entsprechender Bericht abgeschlossen werden kann.</p> <p>Vom 23.–25. September 2002 wurde von der Schweiz und Grossbritannien im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) im Ausbildungszentrum der Armee in Luzern ein internationaler Workshop zum Thema "Towards legal interoperability between multinational forces" durchgeführt. Ein Internet Projekt zum Humanitären Völkerrecht im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC) / PfP konnte initiiert werden. Im Bereich der Konfliktprävention wurde die Umsetzung des OSZE-Kleinwaffendokuments vorangetrieben, insbesondere durch einen gemeinsam mit Deutschland und Kroatien am 24./25. Oktober 2002 in Zagreb realisierten EAPC/PfP-Workshop zur Unterstützung der Erarbeitung eines OSZE-Handbuchs über die besten Praktiken im Kleinwaffenbereich.</p> <p>Es wurden mehrere Positionspapiere erarbeitet und verschiedene departementsübergreifende Informations- und Koordinationstreffen abgehalten. Ein departementsübergreifendes Konzept liegt noch nicht vor, weil es sich aufgrund der Komplexität der behandelten Schnittstellen als unumgänglich erwiesen hat, zusätzliche Abklärungen vorzunehmen.</p> <p>Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, da die Ergebnisse und Auswertungen eines von der Schweiz organisierten internationalen Kongresses über Kulturgüterschutz in bewaffneten Konflikten (September 2002 in Bern) abgewartet wurden.</p>
---	--

<p>➤ Koordinationsstrukturen, insbesondere im Rahmen der neuen, departementsinternen Koordinationsgruppe Migration, sind aufgebaut, und Strategiepapiere zu Themenfeldern wie Menschenhandel und Opferhilfe, Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern von Flüchtlingen, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik liegen vor</p>	<p>Die "Koordinationsgruppe Migration" ist etabliert. "Leitlinien für aussenwirksame Massnahmen zur Prävention des Menschenhandels sowie zum Schutz seiner Opfer" sind ausgearbeitet worden. Die Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern von Flüchtlingen sowie die Rückkehrhilfe für in der Schweiz abgewiesene, freiwillig heimkehrende Asylbewerber werden insbesondere im Rahmen der "Interdepartementalen Lenkungsgruppe Rückkehrhilfe" in permanenter Weise und anhand landesspezifischer Konzepte und konkreter Projekte behandelt.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in Südosteuropa</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die Zusammenarbeitsprogramme mit den südosteuropäischen Staaten sind weitergeführt</p> <p>➤ Die Schweiz fördert die regionale Zusammenarbeit zwischen den Staaten Südosteuropas. Sie nimmt aktiv am Stabilitätspakt für Südosteuropa teil, der als Dialogplattform für vordringliche Aufgaben mit regionaler Reichweite dient</p>	<p>Realisiert</p> <p>In Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kosovo, Mazedonien und Rumänien wurden im Berichtsjahr umfassende mehrjährige Zusammenarbeitsprogramme umgesetzt. Folgende thematische Regionalprogramme wurden weitergeführt: Justiz- und Polizeireform; Kulturförderung; Forschung (Programme und Institutspartnerschaften); Jugend; und nukleare Sicherheit.</p> <p>Der Bundesrat hat im Berichtsjahr verschiedene Rahmenabkommen über die technische, wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Zusammenarbeit verabschiedet.</p> <p>Im Rahmen des Stabilitätspakets finanzierte die Schweiz im Berichtsjahr Projekte und Initiativen vor allem in den Schwerpunktthemen Flüchtlingsrückkehr, Massnahmen gegen Menschenhandel, Kampf gegen Korruption, Verbesserung des sozialen Zusammenhaltes in der Gesellschaft, Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für ausländische Investoren, Demokratisierung und Dezentralisierung von Regierung und Verwaltung, sowie Gender. Ein weiterer massgeblicher Beitrag wurde in Form der Unterstützung des Runden Tisches "Die Albaner und ihre Nachbarn" (Luzern, 15./16. November) geleistet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Schweiz bekräftigt ihre Rolle als gleichwertige Teilnehmerin an den Aktivitäten zur Konfliktprävention und Friedenssicherung in Südosteuropa. Mit den europäischen Staaten führt sie ihren politischen Dialog über die Zukunft der Region fort 	<p>Die Schweiz konnte ihre bilateralen Erfahrungen einbringen und beispielsweise methodische und fachliche Lösungsansätze verfügbar machen. Die bestehenden Netzwerke umfassen ein weites Feld von Akteuren wie den Europarat, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und Experten.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Ausbau der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Mittelmeerländern</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Strategie für die Mittelmeerländer ist umgesetzt ➤ Regionale Programme der Entwicklungszusammenarbeit sind ausgearbeitet ➤ Einzelne Projekte sind realisiert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Im Jahr 2002 fanden Treffen mit Amtsträgern aus Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, Zypern und den palästinensischen Behörden statt.</p> <p>Das Engagement in den Bereichen bilaterale Beziehungen, Unterstützung von "good governance", Demokratisierung, Menschenrechte sowie humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wurde im Berichtsjahr intensiviert.</p> <p>Ebenfalls wurde 2002 von der Schweiz die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten vorangetrieben, insbesondere mit der Aushandlung von Freihandelsabkommen mit Tunesien und Ägypten.</p> <p>Die Ausrichtung und Schwerpunktbildung wurde in regionalen Konzepten definiert (Mittelfristkonzept 2002–2006 der Entwicklungszusammenarbeit; Konzept 2003–2005 der Humanitären Hilfe).</p> <p>Die Realisierung der Entwicklungsprogramme verlief – trotz stagnierender Mittel – programmgemäss. Insbesondere im Machrek konnten die Aktivitäten teilweise ausgeweitet werden, während in Palästina dank grosser Flexibilität das auf soziale Unterstützung ausgerichtete Programm weitergeführt werden konnte. Im humanitären Bereich erfolgte eine Fortsetzung der Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge über verschiedene Kanäle (insbesondere über die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) sowie die Vorbereitung von Massnahmen im Hinblick auf eine mögliche Verschlechterung der Situation im Mittleren Osten.</p>

<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in Zentralasien</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Zusammenarbeitsprogramme mit den zentralasiatischen Staaten sind weitergeführt 	<p>Realisiert</p> <p>Der koordinierte Einsatz der Schweiz in Zentralasien wurde verstärkt, wobei das 2002 verabschiedete Regionalprogramm den operationellen Orientierungsrahmen bildet. Zusätzlich zu den Koordinationsbüros in Bishkek und Dushanbe wurde ein Liaison Office in Taschkent eröffnet. Der Bundesrat hat am 3. Juli 2002 das Rahmenabkommen über die technische, finanzielle und humanitäre Zusammenarbeit mit Kirgisistan erneuert und ein Rahmenabkommen mit Usbekistan verabschiedet. Ausgebaut und verstärkt wurden folgende Aktivitäten: grenzüberschreitender Dialog und Entwicklung im Ferghana Tal, Gouvernanz in Tadschikistan, Kulturförderung in Tadschikistan und Usbekistan, Berggebietsentwicklung in Zentralasien und Unterstützung des Mountain Summit in Bishkek.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das 3. Länderprogramm (Mitte 2002 bis Mitte 2005) ist lanciert ➤ Die Finanzierungsbotschaft für die Teilnahme der Schweiz an den Weltausstellungen Paris und Aichi sind vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Spanien ist das 3. Länderprogramm. Die Vorbereitungsarbeiten dauerten ein Jahr. Als offizieller Startpunkt für das dreijährige Programm bot sich die Teilnahme der Schweiz als Ehrengast an der Kunstmesse ARCO 03 im Februar 2003 in Madrid an, weshalb der Start etwas später als ursprünglich vorgesehen erfolgte.</p> <p>Die Finanzierungsbotschaft für die Teilnahme an der Weltausstellung Aichi wurde vom Bundesrat am 13. November 2002 verabschiedet. Die Weltausstellung Paris wurde annulliert.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Anteil an Schweizer Personal bei internationalen Organisationen ist ausgebaut ➤ Das neue Exportdispositiv ist in den Schwerpunktländern umgesetzt; die erste Tranche der 'Swiss Business Hubs' ist operationell ➤ Die Interessen und das Image der Schweiz im Ausland werden durch Massnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs des Finanzplatzes, des organisierten Verbrechens und des Terrorismus gewahrt sowie durch die entsprechende Informationsarbeit gegen aussen kommuniziert 	<p>Die Schweiz ist beim Personal mehrerer wichtiger internationaler Organisationen wie dem Europarat und UNICEF Ende 2002 nicht mehr untervertreten und stärkt ihre Vertretung in den übrigen Organisationen. Verschiedene Organisationen haben ferner im Jahr 2002 in der Schweiz Rekrutierungsaktionen organisiert, was früher nicht der Fall war. In diesem Rahmen wurden an den Schweizer Universitäten rund 20 Vorträge über die Laufbahnmöglichkeiten in den internationalen Organisationen abgehalten, welche ein grosses und interessiertes Publikum gefunden haben.</p> <p>Im Jahr 2002 wurden bei unseren Vertretungen sechs neue Swiss Business Hubs eröffnet, was das Total auf zwölf Swiss Business Hub erhöht. Gegenüber der Vorgabe musste die angepeilte Zahl an Exportstützpunkten den ressourcenmässigen Möglichkeiten angepasst werden. Die erste Tranche ist deshalb verzögert operationell tätig geworden.</p> <p>Die Schweiz hat ein umfassendes Instrumentarium gegen organisierte Kriminalität, Geldwäscherei, Finanzierung des Terrorismus, Korruption u.ä.. Die Wirksamkeit dieses Instrumentariums wird von anderen Staaten anerkannt.</p>
<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Unterstützung der Sitzstaatpolitik und Stärkung der Schweiz als Sitz internationaler Organisationen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Ministerkonferenz der Frankophonie in der Schweiz ist durchgeführt ➤ Die Sitzstaatpolitik – unter Einbezug der Kantone und benachbarten Regionen – ist bestimmt 	<p>Realisiert</p> <p>Vom 12.–13. Dezember 2002 fand in Lausanne mit Teilnehmern aus 55 Mitgliedstaaten die 18. Ministerkonferenz der Frankophonie statt. Die Vorbereitung war von einer ausgezeichneten Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen von Bund, Kanton Waadt und Stadt Lausanne geprägt. Die Konferenz, die zum ersten Mal in der Schweiz tagte, trug zum positiven Erscheinungsbild unseres Landes vor allem in den frankophonen Entwicklungsländern bei.</p> <p>In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen wurde ein Konzept der schweizerischen Gaststaatpolitik gegenüber internationalen Organisationen und Konferenzen erarbeitet.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Weiterführung des koordinierten Einsatzes und Entwicklung der Beziehungen mit Schwerpunktregionen

Die Ziele der Transition in Südosteuropa umfassen den wirtschaftlichen und sozialen Bereich, sowie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte auf der Basis demokratischer Systeme. Die grösste Herausforderung für die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS ist der Balkan, wo sich die Schweiz mit Aufbauhilfe zur Unterstützung der Friedensprozesse und Konsolidierung der Lage auch 2002 engagiert hat.

In Zentralasien wurde im Jahr 2002 der koordinierte Einsatz der Schweiz verstärkt. Er betrifft insbesondere die Bereiche Gouvernanz (Justiz, Menschenrechte, Kultur, Konfliktprävention), Gesundheit und grenzüberschreitende Bewirtschaftung des Wassers. In Afghanistan haben sich die politischen Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr verbessert, doch hängt die Stabilität weitgehend von der internationalen Unterstützung ab. Mit dem Rahmenprogramm für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans (National Development Framework) wurden klare Prioritäten gesetzt und die internationale Gebergemeinschaft eingebunden. Die Schweiz hat rund zwei Drittel des im Januar 2002 anlässlich der "International Conference on Reconstruction Assistance to Afghanistan" in Tokio zugesagten Betrags von 30 Millionen bereits eingesetzt, in erster Linie zu Gunsten von Flüchtlingen, Rückkehrern und intern Vertriebenen.

Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Mittleren Osten und Nordafrika wurden plangemäss realisiert. Aufgrund der drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung wurden für humanitäre Hilfe rund 20% mehr Mittel als vorgesehen zur Verfügung gestellt. In Umsetzung der vom Bundesrat verabschiedeten "Aussenpolitischen Strategie der Schweiz gegenüber den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums" wurde 2002 ein Mittelfristkonzept 2002–2006 erarbeitet, das die geographische Schwerpunktbildung, Vorgehensweise und thematische Ausrichtung der Zusammenarbeit für die nächsten Jahre festlegt.

2.2 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe (Erreichung des 0,4%-Ziels)

Anlässlich der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Mexiko und des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung in Südafrika hat der Bundesrat die im Aussenpolitischen Bericht 2000 festgehaltene Absicht bestätigt, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe des Bundes bis ins Jahr 2010 auf 0,4% des Bruttonationalprodukts anzuheben. Die Schweiz unterstützt den Monterrey Consensus, der die Notwendigkeit einer massiven Erhöhung der bereit zu stellenden Mittel zur Erreichung der Millenniums-Ziele betont, das Thema der Entwicklungsfinanzierung aber auch aus einer mehrdimensionalen

Sicht angeht. In seiner Rede an der Konferenz von Monterrey wies der Departementsvorsteher u. a. darauf hin, dass für die langfristige Sicherstellung der Entwicklungsfinanzierung weitere nationale und internationale Quellen zu erschliessen, die Entwicklungszusammenarbeit wirksamer und effizienter zu gestalten sowie systemische Hindernisse abzubauen seien.

2.3 Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen

Als Bestandteil des neuen Exportförderungsdispositivs konnten im Jahre 2002 dank verbesserten Instrumenten (Handbuch, elektronische Wissensplattform, Personalschulung) im gesamten Vertretungsnetz der Schweiz grosse Fortschritte in der Grundversorgung realisiert werden. Bei den schweizerischen Botschaften und Generalkonsulaten vor Ort erfolgte, in enger Zusammenarbeit mit der OSEC, die Eröffnung von weiteren sechs Exportstützpunkten. Somit standen schweizerischen und liechtensteinischen KMUs Ende 2002 für die Entwicklung ihrer internationalen Geschäftsbeziehungen bereits zwölf Swiss Business Hubs (SBHs) zur Verfügung. Zehn davon sind in die Vertretungen an folgenden Orten integriert: Stuttgart, Tokio, Chicago, Mumbai, Beijing, Sao Paulo, Madrid, London, Paris, Moskau.

Verbesserte und gezielte Ausbildung des Personals aller Stufen ermöglichte eine Qualitätsverbesserung des Dienstleistungsangebots aller Vertretungen, sowie einen höheren Professionalisierungsgrad der SBHs.

Die Symbiose von SBH und schweizerischer Vertretung hat sich gut bewährt. Synergiemöglichkeiten, die sich bei gemeinsamen Veranstaltungen mit Präsenz Schweiz oder anlässlich von Messeauftritten mit Wirtschaftsverbänden boten, wurden konsequent genutzt. Das Departement konnte dank grossem Engagement seine Rolle als verlässlicher Partner im Exportförderungsdispositiv ausbauen und festigen.

2.4 Multilaterale Diplomatie

Die Schweiz hat weiterhin aktiv die Möglichkeiten genutzt, die ihr die multilaterale Diplomatie eröffnet, um ihre Interessen geltend zu machen und sich in allen Bereichen an der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Neben den an anderen Stellen dieses Berichts beschriebenen Tätigkeiten (beispielsweise betreffend die UNO oder die Entwicklungszusammenarbeit) sind hier insbesondere folgende Tätigkeitsschwerpunkte zu nennen.

Die Schweiz hat sich weiterhin schwerpunktmässig an den Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) zur Unterstützung der menschlichen Dimension beteiligt und setzte sich zugleich dafür ein, ein ausgewogenes Verhältnis zu den anderen beiden Dimensionen, Wirtschaft und Umwelt einerseits sowie Sicherheit andererseits, sicherzustellen. Ferner nahm sie an mehreren internationalen Konferenzen teil und hat zahlreiche Aktivitäten finanziell und durch die Bereitstellung von Experten (36 Personen

im Verlauf des Berichtsjahrs) unterstützt. Die Schweiz hat auch aktiv dazu beigetragen, dass die Toleranzförderung zu einem Schwerpunktthema der OSZE-Politik geworden ist. Des Weiteren hat sie sich an der Wahlbeobachtung in Südosteuropa, der Ukraine und Lettland beteiligt (Entsendung von 69 Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachtern). Die Schweiz war am jährlichen Ministertreffen der OSZE (Porto, 6. und 7. Dezember) durch den Departementsvorsteher vertreten.

Im Europarat hat die Schweiz ihre Aktivität hauptsächlich im Schwerpunktbereich Einhaltung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus verstärkt. So wurden von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Schweiz Richtlinien für die nationalen Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung erarbeitet. Ferner hat sich die Schweiz namentlich durch die Zahlung von freiwilligen Beiträgen für die Finanzierung von Massnahmen eingesetzt, die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erlauben, die steigende Anzahl von Beschwerden, die an diesen herangetragen werden, zu bewältigen. Die Schweiz war an den Sitzungen des Ministerrates in Vilnius (2. und 3. Mai) und Strassburg (6. und 7. November) vertreten.

Jahreshöhepunkt der Internationalen Organisation der Frankophonie bildete das 9. Gipfeltreffen, das vom 18. bis 20. Oktober in Beirut abgehalten wurde und an dem die Schweiz durch den Bundespräsidenten vertreten war. Im Zentrum des Gipfels stand das Thema Dialog der Kulturen. Ferner wurde der neue Generalsekretär von den Staats- und Regierungschefs gewählt. Die Schweiz hat ausserdem drei grosse Konferenzen auf ihrem Territorium beherbergt: Die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (APF) vom 7. bis 9. Juli in Bern, die 34. Konferenz der Internationalen Union der frankophonen Presse (UPF) vom 8. bis 14. September in Genf sowie die 18. Ministerkonferenz der Frankophonie vom 12. und 13. Dezember in Lausanne, an der die Schweiz durch den Vorsteher des EDA vertreten war.

Die Schweiz hat aktiv an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und dem EuroAtlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) mitgewirkt. Ihr Engagement konzentrierte sich vorrangig auf die Bereiche Humanitäres Völkerrecht, Konfliktprävention und demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit hat die Schweiz mehrere Projekte in Südosteuropa unterstützt und anderen Ländern namentlich mit der Unterstützung der drei Zentren in Genf Ausbildungsmöglichkeiten bereitgestellt. Die Schweiz hat schliesslich am EAPC-Gipfel vom 22. November in Prag teilgenommen und sich für eine Reform der PfP sowie für eine Stärkung des Kampfs gegen den Terrorismus ausgesprochen. Die Schweizer Delegation am Gipfeltreffen wurde vom Vorsteher des EDA geleitet.

In der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) war das Berichtsjahr durch das Inkrafttreten am 1. Juni 2002 des Abkommens vom 21. Juni 2001 zur Änderung des Übereinkommens vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der EFTA gekennzeichnet. Das EFTA-Abkommen stellt die vertraglichen Beziehungen der Schweiz und den übrigen EFTA-Staaten auf ein mit den zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossenen sektoriellen Abkommen vergleichbares Niveau. Einzige Ausnahme bildet das Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Zudem wurde das EFTA-Abkommen durch die Hinzufügung von Bestimmungen in neuen Bereichen wie Dienstleistungen, Kapitalverkehr und Schutz des Geistigen Eigentums vervollständigt.

2.5 Reorganisation EDA (GS und DRA) und Neugestaltung der Personalpolitik im EDA

Äussere Veränderungen, wie z.B. die Inkraftsetzung des neuen Bundespersonalgesetzes, gingen einher mit der Überprüfung der internen Organisation des Departements. Im Sinne einer stufengerechten Delegation der Verantwortung wurde mit der Einführung des Führungszyklus (Zielvereinbarungs- und Beurteilungsprozess) die direkte Führung des Aussennetzes durch die Zentrale ausgebaut. Um den dazu notwendigen Meinungs-austausch zwischen der Zentrale und den Aussenposten sicherzustellen, wurde die Politische Direktion um zwei, nach regionalen Gesichtspunkten gegliederte Politische Abteilungen verstärkt.

Ausserdem erfolgte im Jahre 2002 die Ausgliederung des Ressourcenbereichs (Personal, Finanzen, Logistik, Telematik) aus dem Generalsekretariat in die neu geschaffene Direktion für Ressourcen und Aussennetz. Damit wurde der wachsenden Bedeutung und steigenden Komplexität des Ressourcenbereichs Rechnung getragen. Kerngeschäft der neuen Direktion für Ressourcen und Aussennetz ist die Festlegung der Ressourcenstrategie und die operationelle Bewirtschaftung der Ressourcen des Departements und des Aussennetzes. Dem Generalsekretariat obliegen weiterhin die vom Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) vorgesehenen Stabsaufgaben zugunsten der Departementsleitung. Dazu gehört namentlich die Unterstützung der Departementsleitung bei der Vorbereitung der Verhandlungen des Bundesrates sowie Planungs-, Informations- und Aufsichtsfunktionen auf Departementsstufe.

Sich ändernde politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Bereich der Aussenpolitik erfordern auch Anpassungen im Berufsbild der diplomatischen und konsularischen Mitarbeitenden. In beiden Karrieren werden Managementaufgaben, betriebswirtschaftliche Kompetenzen und Medienarbeit wichtiger. Die Ausgestaltung der Laufbahnen und der Personalentwicklungsmassnahmen wurde entsprechend neu konzipiert.

Departement des Innern

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002	Kurze Bilanz
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Neuer Hochschulartikel</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über einen neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Am 29. Mai 2002 hat der Bundesrat vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis genommen. Die Partnerschaft zwischen Bund und Kantonen im Hochschulbereich wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, ihre Ausgestaltung gibt jedoch zu sehr verschiedenen Auffassungen Anlass. Der Bundesrat hat deshalb weitere Abklärungen in Auftrag gegeben. Die Erarbeitung der Vorlage und der entsprechenden Botschaft verzögert sich deshalb um rund ein Jahr.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Februar 2002 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft ist in enger Zusammenarbeit mit dem EVD erarbeitet und durch den Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Evaluation bisheriger Massnahmen und die Überprüfung notwendiger Anpassungen und neuer Initiativen auf der Basis von Eingaben der Forschungsförderungs- und Bildungsinstitutionen und der Beratung durch den Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat sind durchgeführt 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2002 verabschiedet.</p> <p>Die Ergebnisse der umfangreichen Abklärungen (Evaluation bisheriger Fördermassnahmen; Klärung und Überprüfung der Mehrjahrespläne und Eingaben der betroffenen Institutionen und Organe) sind in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 dargelegt. Übergeordnet hat der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) zudem den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) evaluiert und seine Befunde am 30. Mai 2002 in einem ausführlichen Bericht zusammengefasst. Seine darauf abgestützten Empfehlungen wurden in der Botschaft berücksichtigt.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungsraum (ERA) und im europäischen Bildungsraum</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Möglichkeiten für Schweizer in EU-Bildungsprogrammen (Weiterführung der Verhandlungen mit der EU, Vertretung der Schweizer Anliegen in der "Follow-up"-Group des Bologna-Prozesses des Europäischen Bildungsraumes) sind erweitert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen II mit der EU wurde vereinbart, die indirekte Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU im Hinblick auf Verhandlungen für die Vollbeteiligung an den Programmen ab 2007 mit einem Briefwechsel – der in Vorbereitung ist – zu konsolidieren.</p> <p>Die Schweiz ist in der "Follow-up"-Group des Bologna-Prozesses aktiv vertreten und kann dort ihre Anliegen einbringen. Als Vorbereitung der nächsten Ministerkonferenz in Berlin im Herbst 2003 ist zusammen mit der Europäischen Rektorenkonferenz und mit der ETH Zürich am 11./12. Oktober 2002 in Zürich</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Vertrag Schweiz – EU zum 6. EU-Forschungs-Rahmenprogramm ist abgeschlossen ➤ Information und Beratung sind der integralen Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen angepasst 	<p>eine internationale Konferenz durchgeführt worden, die sich mit den Problemen der einheitlichen Einführung des ECTS-Systems (European Credit Transfer System) an den Hochschulen befasste. Dieses Kredit-system ist eines der Hauptelemente der Umsetzung der Bologna-Reform.</p> <p>Das Verhandlungsmandat der EU wurde von der zuständigen EU-Kommission noch nicht beschlossen. Der Vertrag Schweiz – EU zum 6. EU-Forschungs-Rahmenprogramm konnte deshalb noch nicht abgeschlossen werden.</p> <p>Die Strukturen und organisatorischen Abläufe hinsichtlich Information und Beratung sind mit Blick auf eine Vollbeteiligung der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm angepasst worden.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Harmonisierung Personenregister</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz zur Harmonisierung der kommunalen und kantonalen Einwohnerregister und anderer Personenregister (in Umsetzung von Art. 65 BV) ist eröffnet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Das Projekt wurde durch den Auftrag des Bundesrates erweitert, die Frage eines eidgenössischen Personenidentifikators zu prüfen. Die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens wurde deshalb zurückgestellt.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Aufbau eines Systems von strategischen Führungsindikatoren in Zusammenarbeit mit der BK</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Postulatsbericht "Strategische Führungsindikatoren" (unter Federführung der Bundeskanzlei) liegt als Input für die Legislaturplanung 2003–2007 vor (in Erfüllung des Po. 00.3225 der Kommission 00.016) 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Postulatsbericht konnte 2002 nicht vom Bundesrat verabschiedet werden, weil das Indikatorensystem noch weiter priorisiert werden soll. Der Bundesrat hat am 20. November 2002 von einem Zwischenbericht des Projekts Kenntnis genommen.</p>

<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Abschluss eines bilateralen Abkommens zur statistischen Zusammenarbeit mit der EU</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die laufenden Verhandlungen werden weitergeführt und abgeschlossen ➤ Die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung des Abkommens sind im Detail evaluiert und eine Mehrjahresplanung über die Zuteilung dieser Ressourcen erarbeitet ➤ Die betroffenen Bundesstellen, Wirtschaftskreise und Sozialpartner sind konsultiert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die bilateralen Verhandlungen im Bereich der Statistik sind praktisch beendet. Der Abschluss dieses Abkommens ist jedoch mit dem Fortschritt der Verhandlungen im Bereich der Zinsbesteuerung verknüpft.</p> <p>Der erforderliche Aufwand an finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung eines eventuellen bilateralen Abkommens wurde analysiert und die Mehrjahresplanung erarbeitet.</p> <p>Die vom Abkommen betroffenen Bundesstellen und anderen Partner wurden regelmässig informiert und haben an der Evaluation des finanziellen und personellen Ressourcenbedarfs teilgenommen.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Auswertung der Volkszählung 2000 (VZ) und der Betriebszählung 2001 (BZ)</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ VZ: Im Frühsommer sind definitive Ergebnisse zu den demographischen Strukturdaten veröffentlicht ➤ VZ: Ende 2002 sind alle übrigen Ergebnisse veröffentlicht (ohne wissenschaftliche Vertiefungsanalysen) 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die definitiven demographischen Strukturdaten konnten wegen Qualitätsproblemen in den Fragebogen und in den Schlussbereinigungen noch nicht veröffentlicht werden. Folgende Informationen wurden indes publiziert: Die provisorischen Resultate der VZ 2000 am 22. Januar 2002; die Erwahrung der definitiven Einwohnerzahlen durch den Bundesrat am 3. Juli 2002; die Publikation "Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden 1850–2000" am 21. Oktober 2002 und eine Pressemitteilung über die "Hauptsprache" am 19. Dezember 2002.</p> <p>Infolge von Qualitätsproblemen in den Fragebogen gestaltete sich die Aufarbeitung der Daten aufwändiger als geplant, weshalb sich die Publikation verzögert hat.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ BZ: Nach Berechnung und Publikation erster provisorischer Ergebnisse sind die konsolidierten Detailergebnisse veröffentlicht 	<p>Die konsolidierten Detailergebnisse sind am 3. Mai 2002 veröffentlicht worden.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Konsolidierung der Statistiken im Gesundheits- und Sozialbereich</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterschiedliche Warenkörbe und Preisindizes für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Familien mit Kindern) sind erstellt ➤ Folgende Statistiken sind erstmals erstellt bzw. konsolidiert: <ul style="list-style-type: none"> – Sozialhilfestatistik – Armutsberichterstattung – Statistik der stationären Betriebe ➤ Für folgende Statistiken sind Aufbauarbeiten eingeleitet und Grobkonzepte erstellt: <ul style="list-style-type: none"> – Versichertenstatistik – Statistik der ambulanten medizinischen Versorgung – Act-Info (neue Drogenstatistik) 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Realisiert.</p> <p>Die Erstellung einer Sozialhilfestatistik für alle Kantone dauert bis Ende 2004. Die Daten für die ersten 6 Kantone liegen vor und sind ausgewertet. Der Sozialbericht für den Kanton Zürich ist publiziert.</p> <p>Die Working Poor Indikatoren sind aktualisiert bis 2002. Eine Veröffentlichung ist in Vorbereitung.</p> <p>Die Erhebungen sind konsolidiert, die Revisionen wurden infolge mangelnder Ressourcen zurückgestellt.</p> <p>Realisiert. Die Arbeiten wurden infolge anderer Prioritätensetzung zurückgestellt. Die Arbeiten wurden infolge anderer Prioritätensetzung zurückgestellt.</p>

<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Bericht zur Zukunft der SUVA</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bundesrat hat vom Bericht Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 14. Juni 2002 den Bericht der Arbeitsgruppe "Zukunft der SUVA" zur Kenntnis genommen. Er hat beschlossen, dass die SUVA ihr Teilmonopol auch in Zukunft beibehalten und ihre bisherigen Funktionen im Bereich der Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten weiterhin ausüben soll. Ferner soll sie nach Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen ihre Kernkompetenzen ausbauen können.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Vorbereitung der längerfristigen Weiterentwicklung der Altersvorsorge</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Im Rahmen des Forschungsprogramms zur 12. AHV-Revision hat die interdepartementale Arbeitsgruppe Teilstudien zu den drei Schwerpunkten abgeschlossen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung der AHV / Altersvorsorge – Arbeitsmarkt und Partizipation – Finanzierung 	<p>Realisiert</p> <p>Die 14 Forschungsprojekte zu den 3 Themenschwerpunkten sind abgeschlossen.</p>

<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Ausbau der Oberaufsicht in der beruflichen Vorsorge</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auf der Basis des von der Arbeitsgruppe "Verstärkung der Oberaufsicht" erarbeiteten Schlussberichts vom 6. Dezember 2001 werden die Entscheidungsgrundlagen dem Bundesrat vorgelegt 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat sich im Zusammenhang mit der Mindestzinssatzdebatte und aufgrund zahlreicher parlamentarischer Vorstösse mehrmals und ausführlich mit dem geltenden Aufsichtssystem und dessen Mängeln befasst. Diese Diskussionen bildeten die Grundlage für das Aussprachepapier des EDI vom 26. November 2002 und die darin vorgeschlagenen weiteren Massnahmen. Dazu gehört u.a. die Einsetzung einer Expertenkommission, welche die Problematik nicht nur der Oberaufsicht, sondern der Aufsicht generell überprüfen und dem Bundesrat entsprechende Vorschläge unterbreiten soll.</p>
<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Weiterentwicklung der Krankenversicherung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auf der Grundlage des Syntheseberichts zu den Ergebnissen der Wirkungsanalyse KVG beschliesst der Bundesrat über das weitere Vorgehen* ➤ Das Verfahren zur Aufnahme von Medikamenten auf die Spezialitätenliste ist verbessert und der Länderkorb erweitert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>In seiner Klausursitzung vom 22. Mai 2002 hat der Bundesrat beschlossen, die Massnahmen zur Kostendämpfung zu verstärken und die Krankenversicherung einer Reform in drei Schritten zu unterziehen. Mit Beschlüssen vom 3. Juli und 21. August 2002 hat der Bundesrat das Vorgehen weiter konkretisiert.</p> <p>Der Bundesrat hat am 26. Juni 2002 die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV), das EDI am 2. Juli 2002 die Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) revidiert. Die Änderungen sind am 1. Juli 2002 in Kraft getreten. Mit diesen Änderungen wurde das Aufnahmeverfahren in die Spezialitätenliste beschleunigt und besser auf das Marktzulassungsverfahren von Swissmedic abgestimmt. Zudem wurde der Länderkorb erweitert, d.h. neu wird auch Grossbritannien (und subsidiär auch Frankreich, Italien und Österreich) als Vergleichsland bei der Festlegung des Vergütungspreises eines Medikamentes beigezogen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Aufsicht über die Krankenversicherer und das Verfahren zur Genehmigung der Prämien sind optimiert ➤ Der Bericht zur Transparenz der Reserven der Krankenkassen im Bereich Grundversicherung (in Erfüllung des Po. SGK-SR 01.3423) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Die beiden Ressorts Aufsicht KV 1 und Aufsicht KV 2 setzen sich zusammen aus Juristen und Spezialisten aus dem Bereich der Finanz- und Buchhaltungsanalyse. Jedes Ressort ist für eine gewisse Anzahl Versicherer zuständig, die dadurch immer dieselbe Ansprechperson haben. So kann die Aufsicht koordiniert und durch kleine interdisziplinäre Gruppen ausgeübt werden. Die Kundenorientierung ist der gebietsspezifischen Ausrichtung vorgezogen worden. Dies erleichtert die enge Zusammenarbeit mit dem Ressort Audit KV, dem die unmittelbare Aufsicht über die Versicherer obliegt. Das Prämien genehmigungsverfahren wurde durch den Einbezug zusätzlicher Daten optimiert.</p> <p>Der Bericht konnte vom Bundesrat nicht verabschiedet werden. Das zuständige Bundesamt musste im Laufe des Jahres verschiedene Beiträge sowohl für den Bundesrat als auch für die vorberatende Kommission des Nationalrates zur 2. Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes erarbeiten. Es hat deshalb den Arbeiten und Grundsatzüberlegungen zu Vorschlägen zur Problematik der Reserven im Hinblick auf die Schaffung eines Hochkostenpools Priorität eingeräumt und die Erstellung des verlangten Berichts zur eher formellen Transparenz der Rechnungslegung der Krankenversicherer zurückgestellt. Inzwischen ist der Auftrag vergeben worden.</p>
<p><u>Ziel 14</u></p> <p>Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Reformen von Armee und Bevölkerungsschutz haben direkte Auswirkungen auf das Militärversicherungsgesetz (MVG). Da diese Reformen erst in der Herbstsession 2002 durch die Bundesversammlung verabschiedet worden sind und die Ausführungsbestimmungen dazu noch nicht vorliegen, musste die Teilrevision des MVG zurückgestellt werden.</p>

<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Suchtprävention und Förderung der Gesundheit</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nationale Gesundheitspolitik: Der Bundesrat hat vom Fortschritt des Projektes und von dessen Globalkosten Kenntnis genommen und das Engagement des Bundes für die kommenden Jahre festgelegt. Eine nationale Tagung zu einem wichtigen Thema der Gesundheitspolitik ist durchgeführt und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen auf einer formellen Ebene aufgebaut. Das Gesundheitsobservatorium hat seine operative Arbeit aufgenommen* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung für das Verordnungsrecht zum Chemikaliengesetz ist eröffnet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Mit dem Entscheid der Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK) vom 6. Juni 2002 verpflichten sich die Kantone zur Mitfinanzierung des Gesundheitsobservatoriums ab 2003, als Beitrag zum Projekt Nationale Gesundheitspolitik Schweiz. Die Nationale Arbeitstagung vom 12./13. September 2002 in Muttenz wurde dem Thema "Psychische Gesundheit" gewidmet. Bei dieser Gelegenheit haben das EDI und die Präsidentin der SDK das Projekt beauftragt, eine ständige politische Plattform zur Förderung der Kooperation von Bund und Kantonen zu erarbeiten. Das Gesundheitsobservatorium ist in die operative Phase eingestiegen. Das Projekt wurde namentlich durch die Arbeiten zur Schaffung der politischen Plattform verzögert. Der Bundesrat konnte deshalb vom Fortschritt des Projekts und dessen Globalkosten nicht Kenntnis nehmen und das weitere Engagement des Bundes nicht festlegen.</p> <p>Da die bundesinternen Abklärungen mehr Zeit beanspruchen, konnte die Botschaft dem Bundesrat nicht im Berichtsjahr unterbreitet werden.</p> <p>Die erste Ämterkonsultation zur Chemikalienverordnung (ChemV), Verordnung über Biozid-Produkte (VBP), Chemikalien-Risiko-Reduktionsverordnung (ChemRRV), PIC-Verordnung, Verordnung über Gebühren der Bundesvollzugsbehörden der Chemikaliengesetzgebung, Verordnung über die Einstufung von Stoffen, Verordnung über Wirk- und Grundstoffe für Biozid-Produkte (VWGBP) wurde vom 24. Juni bis 12. August 2002 durchgeführt. Auf Grund der Stellungnahmen sind noch einige Grundsatzfragen zu klären. Die Vernehmlassung konnte daher im Berichtsjahr nicht eröffnet werden.</p>
---	---

<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Weiterentwicklung der Humanmedizin</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe sind verabschiedet*➤ Die Vernehmlassung über das Gesetz zur Regelung der Aus-, Weiter- und Fortbildung der psychologischen Berufe ist eröffnet*➤ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf über die Forschung an überzähligen Embryonen und an embryonalen Stammzellen sind verabschiedet*➤ Die Vernehmlassung zur Botschaft und zum Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen ist eröffnet*➤ Die Strategie Migration und Gesundheit ist vom Bundesrat genehmigt und in der Öffentlichkeit kommuniziert	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft und der Gesetzesentwurf konnten im Berichtsjahr vom Bundesrat nicht verabschiedet werden. Die Arbeiten am Entwurf zum Gesetz, besonders die Koordination mit der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) zum Universitätsförderungsgesetz und mit den Kantonen zur Berufsausübung, führten zu bedeutenden Verzögerungen.</p> <p>Die Arbeiten am Vorentwurf für das Gesetz nahmen mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich vorgesehen. Die Vernehmlassung konnte deshalb nicht im Berichtsjahr eröffnet werden.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. November 2002 verabschiedet.</p> <p>Auf Grund der vordringlichen Erarbeitung des Embryonenforschungsgesetzes und der sich dabei stellenden komplexen Fragen konnten die Arbeiten am Gesetz über die Forschung am Menschen nicht wie geplant fortgeführt werden.</p> <p>Die Strategie Migration und Gesundheit ist am 3. Juli 2002 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen und die nötigen Mittel sind genehmigt worden. Sie liegt in der Vollversion sowie in einer Kurzfassung in ausgewählten Migrationssprachen vor und wird den interessierten Kreisen zugestellt.</p>
---	---

<p><u>Ziel 17</u></p> <p>Förderung und Vermittlung der Kultur in der Schweiz</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Bericht und Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Kulturförderungsartikels 69 BV sind erarbeitet ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Stiftung Schweizerisches Landesmuseum ist verabschiedet*, die Jurierung des Wettbewerbs für den Um- und Neubau des Hauptsitzes in Zürich durchgeführt und die Etappen der Museumsentwicklung zur Vorbereitung der Stiftung sind vorangetrieben ➤ Der Bericht zur Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Ausbildung (in Erfüllung der Po. Suter Marc 98.3473, Po. 99.3502 Darnioth Hans, Po. Gysin Remo 99.3507 und Po. Bangerter Käthi 99.3528) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht über die kultur- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Buchpreisbindung (in Erfüllung der Mo. Zisyadis 00.3497) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die neue Filmförderung gemäss revidiertem Filmgesetz ist umgesetzt (Verordnung und Reglemente sind erlassen) ➤ Das Konzept für eine umfassende Förderung und Erhaltung der Fotografie ist vom Bundesrat verabschiedet	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Bericht und Gesetzesentwurf konnten im Berichtsjahr nicht vollständig erarbeitet werden, weil die Vorarbeiten und insbesondere die Koordination zwischen den kulturellen und politischen Akteuren mehr Zeit in Anspruch nahmen als vorgesehen. Der Hauptinhalt des Gesetzes ist jedoch bestimmt, von den Auftraggebern genehmigt und den betroffenen Partnern kommuniziert. Die Ausarbeitung des Gesetzes und des Berichtes ist im Gange.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2002 verabschiedet. Der Wettbewerb ist juriert. Die Detailprojektierung für den Um- und Neubau schreitet planmässig voran.</p> <p>Der Bericht ist als Bestandteil des Berichts zur Umsetzung von Artikel 69 BV geplant und konnte deshalb nicht verabschiedet werden.</p> <p>Der Bundesrat hat den von einer externen Auftragnehmerin erstellten Bericht am 3. Juli 2002 zur Kenntnis genommen. Der Bericht wurde veröffentlicht.</p> <p>Am 3. Juli 2002 hat der Bundesrat das Filmgesetz und die Bundesratsverordnung auf den 1. August 2002 in Kraft gesetzt. Die Departementsverordnung und die Förderkonzepte treten am 1. Januar 2003 in Kraft.</p> <p>Mit der Behandlung eines Aussprachepapiers durch den Bundesrat am 21. August 2002 und im Rahmen des Voranschlags 2003 sowie des Finanzplans 2004–2007 erfüllt.</p>
---	---

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Richtlinien für die Unterstützung der kulturellen Organisationen sind revidiert ➤ Für die Förderung des künstlerischen Schaffens mit den neuen Technologien sind Konzepte erarbeitet und Pilotprojekte gestartet (Konservierung; virtuelles Zentrum/Netzwerk der Institutionen des Kunstschaffens mit neuen Technologien) 	<p>Die Richtlinien sind per 1. Juli 2002 durch das zuständige Bundesamt revidiert worden.</p> <p>Im Rahmen des abgeschlossenen Projekts "sitemapping.ch" liegen die Konzepte vor. Das Pilotprojekt Konservierung ist gestartet. Das Konzept für ein Centre virtuel wird überprüft. Die Vermittlung der Medienkunst wird von der Stiftung Pro Helvetia übernommen.</p>
<p><u>Ziel 18</u></p> <p>Erhaltung des schweizerischen Kulturgutes</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Dem Departement liegt ein Konzept vor, das für die betroffenen Bundesinstitutionen klärt, welche Informationen im Sinne des nationalen Gedächtnisses gesammelt und zugänglich gemacht werden, eine geeignete Organisation mit Kompetenzordnung vorsieht und Vorschläge zur Ausweitung der Arbeit auf die Kantone und allenfalls weitere Kreise unterbreitet (nationale Memo-Politik) ➤ Die Botschaft zum Zahlungsrahmen für die Stiftung Schweizerische Volksbibliothek in den Jahren 2004–2007 ist verabschiedet ➤ Das Bauprojekt für ein zweites Tiefmagazin in der Schweizerischen Landesbibliothek ist in Zusammenarbeit mit dem BBL lanciert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Das Konzept liegt vor. Es soll aber noch überarbeitet, vertieft und konkretisiert werden.</p> <p>Da die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Stiftung mit neuem Namen "Bibliomedia" im künftigen Bundesgesetz zur Umsetzung des Kulturförderungsartikels 69 BV verankert sein wird, soll der Zahlungsrahmen für die Jahre 2004–2007 im Einvernehmen mit der EFV im Rahmen der Budgetbotschaft 2004 beantragt werden. Eine separate Botschaft erübrigt sich damit.</p> <p>Das Bauprojekt liegt vor.</p>

<p><u>Ziel 19</u></p> <p>Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft zu einem Sprachengesetz ist verabschiedet*</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, weil die Detailberatung offener Punkte mit den kantonalen Organisationen im Anschluss an die Vernehmlassung noch im Gang ist. Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens ist veröffentlicht.</p>
<p><u>Ziel 20</u></p> <p>Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bericht über den funktionalen Analphabetismus (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 00.3466) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Trendbericht zum Illettrismus in der Schweiz ist veröffentlicht worden. Er gibt Antworten auf zahlreiche Fragen des Postulanten und dient als Grundlage für die Erstellung des Berichts über den funktionalen Analphabetismus. Weitere Abklärungen sind aber nötig, weshalb sich die Erarbeitung des Berichts zum Postulat Widmer verzögert.</p>
<p><u>Ziel 21</u></p> <p>"Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frau und Mann" (Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans "Gleichstellung von Frau und Mann" durch die Bundesbehörden (in Erfüllung des Po. 00.3222 der Kommission 00.016) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat den Bericht am 13. November 2002 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 22</u></p> <p>Geschlechterbezogene Sichtweise in allen politischen Konzepten (Gender Mainstreaming)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Generalsekretärenkonferenz hat vom Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe über Vorschläge zur Erhöhung der Fachkompetenz für Gleichstellungsfragen in der Bundesverwaltung Kenntnis genommen (als Folge des Berichts der GPK "Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann: Eine Wirkungsbeurteilung nach zehnjähriger Tätigkeit")	<p>Realisiert</p> <p>Am 13. Dezember 2002 ist der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming der Generalsekretärenkonferenz vorgestellt worden und diese hat über das weitere Vorgehen entschieden.</p>
<p><u>Ziel 23</u></p> <p>Intensivierung der Massnahmen im Kampf gegen die Gewalt</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none">➤ Koordination, Information und Sensibilisierung betreffend die Gewalt an Frauen sind verbessert (s. "Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frau und Mann", Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz, Kapitel D, Massnahme 1)	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 14. Juni 2002 die Einrichtung einer Fachstelle im Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann zur Verstärkung der Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt, insbesondere an Frauen, zur Kenntnis genommen.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Strategie Migration und Gesundheit 2002–2006

Am 3. Juli 2002 hat der Bundesrat vom Aussprachepapier und insbesondere von der interdepartemental erarbeiteten Strategie Migration und Gesundheit 2002–2006 Kenntnis genommen. Die Strategie definiert fünf Interventionsachsen, innerhalb welcher verschiedene Programme und Projekte in den Bereichen Bildung/Information, Prävention und Gesundheitsförderung / Gesundheitsversorgung / Therapieangebote für Traumatisierte sowie Forschung weitergeführt und teilweise neu aufgeleitet wurden. Die Programme und Projekte haben zum Ziel, den Gesundheitszustand der Migrationsbevölkerung durch spezifische Massnahmen zu verbessern bzw. demjenigen der schweizerischen Bevölkerung anzupassen. Mit Bundesratsbeschluss vom 3. Juli 2002 kann das Bundesamt für Gesundheit nun in enger Zusammenarbeit mit den Bundesämtern für Ausländerfragen und für Flüchtlinge und der Eidgenössischen Ausländerkommission die Strategie Migration und Gesundheit 2002–2006 umsetzen. Ein detaillierter Massnahmenplan für eine erste Umsetzungsphase sowie eine Projektstruktur wurde erstellt. Für die Begleitung der Umsetzung wurde eine interinstitutionelle Projektgruppe (Koordination) sowie ein Beirat (Migrationsbevölkerung) konstituiert.

2.2 Förderung und Vermittlung der Kultur in der Schweiz

Am 1. August 2002 ist das neue Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur in Kraft getreten. Es soll in der Schweiz die Vielfalt und Qualität des Filmangebots sowie das Filmschaffen fördern und die Filmkultur stärken. Auf den gleichen Termin erliess der Bundesrat seine Filmverordnung. Sie regelt im wesentlichen die Evaluation der Angebotsvielfalt öffentlich vorgeführter Filme in den einzelnen Kinoregionen des Landes, die Einführung einer Förderabgabe bei nicht gewährleisteter Angebotsvielfalt und die neue Zusammensetzung der Eidgenössischen Filmkommission. Die Kommission wurde entsprechend neu gewählt. Sie nahm ihre Tätigkeit am 2. August 2002 im Rahmen des Internationalen Filmfestivals von Locarno auf. Eines ihrer ersten Geschäfte war die Behandlung der Konzepte für die Filmförderung. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) erliess auf Anfang 2003 die im Gesetz vorgesehenen für drei Jahre gültigen Förderungskonzepte. Sie umschreiben die Ziele, die erreicht werden sollen, bezeichnen die Förderungsinstrumente und legen die Kriterien fest.

Am 21. August 2002 hat der Bundesrat eine verstärkte Förderung der Fotografie gutgeheissen, einer Kultursparte, welche für das "nationale Gedächtnis" von besonderer Bedeutung ist und in welcher gerade Schweizerinnen und Schweizer immer wieder Ausserordentliches geleistet haben. Die Förderung wird ab 2003 stufenweise umgesetzt. Einen Schwerpunkt der Förderung bildet die Unterstützung der Schweizerischen Stiftung für die Fotografie auf Grund einer Leistungsvereinbarung. Mit der Stiftung und dem Fotomuseum im Mittelpunkt entsteht dank dem Engagement eines Mäzens in Winterthur ein nationales

Kompetenzzentrum für Fotografie. Ausserdem wird das zuständige Bundesamt zusätzliche Mittel in Form von Projektbeiträgen an öffentliche wie private Institutionen vergeben, die sich für die Förderung, Vermittlung und Erhaltung der Schweizer Fotografie einsetzen. Damit sollen unter anderem bedeutende Nachlässe von Schweizer Fotograf/innen erhalten werden können. Die technische Sicherung und Restaurierung von Fotografien ist Aufgabe des Netzwerks MEMORIAV zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes, das seit 2002 vom Bund stärker unterstützt wird. Die Förderung der aktuellen Fotografie erfolgt weiterhin aus den Mitteln für freie und angewandte Kunst.

Mit Blick auf die Umsetzung des Kulturartikels 69 BV nahm Anfang 2002 eine Steuergruppe die Arbeit auf. In ihr sind die Kantone und Gemeinden, die kulturellen Organisationen und Institutionen sowie die Kulturstiftung Pro Helvetia vertreten. Die Steuergruppe erarbeitete bis im Sommer in einem Positionspapier die Hauptinhalte eines künftigen Bundesgesetzes über Kulturförderung (Arbeitstitel). Diese wurden von der Vorsteherin des EDI und dem Präsidenten der EDK genehmigt sowie von den betroffenen Kreisen insgesamt gut aufgenommen. Parallel dazu wird für Pro Helvetia ein neues Gesetz entworfen.

2.3 Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann und Intensivierung der Massnahmen im Kampf gegen die Gewalt an Frauen

Der Bundesrat hat am 13. November 2002 den Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans der Schweiz "Gleichstellung von Frau und Mann" durch die Bundesbehörden verabschiedet. Der Aktionsplan ist Teil der Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing (1995). Er wurde 1999 veröffentlicht und enthält 13 Kapitel mit insgesamt 287 Massnahmen, in denen die in der Gleichstellungspolitik anstehenden Aktivitäten zusammengefasst werden. Der Bericht liefert ein detailliertes Bild der von den Bundesbehörden geleisteten Umsetzungsarbeiten. Auf nationaler Ebene zu erwähnen ist z.B. die Schaffung einer Fachstelle Gender Health im Bundesamt für Gesundheit und der erste Schweizer Bericht zum UNO-Frauenübereinkommen. Auf internationaler Ebene wird u.a. gezeigt, wie sich die Schweiz im Rahmen der OSZE im Kampf gegen Frauenhandel einsetzt und systematisch die Geschlechterperspektive in die Entwicklungszusammenarbeit einbezieht. Die Bilanz ist zwar ermutigend, vor allem in den Bereichen Bildung und Wirtschaft, doch bis das Anliegen der Geschlechtergleichstellung systematisch in allen Tätigkeitsfeldern der Bundesverwaltung verankert ist, sind noch Anstrengungen nötig.

Einen Ansatzpunkt dazu bietet die Arbeit zum Gender Mainstreaming. Als Antwort auf eine Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) vom November 1999 hat der Bundesrat die interdepartementale Arbeitsgruppe "Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz Beijing" beauftragt, Vorschläge zur Erhöhung des Bewusstseins und der Fachkompetenz für Gleichstellungsfragen in der Bundesverwaltung auszuarbeiten. Die Arbeitsgruppe führte fünf Projekte durch. Diese Projekte sind in vier Departementen und der Bundeskanzlei angesiedelt. Sie zeigen anhand von konkreten Beispielen auf, wie die Gleichstellungsfrage gestellt und angegangen werden kann. Die Erfahrungen sollen in einem zweiten Schritt dazu beitragen, konkretes Anschauungsmaterial für Broschüren, Ausbildungsmodule und Controllinginstrumente zu liefern. Zudem belegen sie, dass es möglich ist, die Gleichstellungsperspektive in die tägliche Arbeit einfließen zu

lassen und zeigen auf, dass diese Herangehensweise nebst der Förderung der Gleichstellung zusätzliche positive Auswirkungen hat. Die Arbeitsgruppe hat am 13. Dezember 2002 der Generalsekretärenkonferenz Vorschläge unterbreitet, wie das Gleichstellungsfachwissen in der Bundesverwaltung erhöht werden könnte. Die skizzierten Instrumente stützen sich stark auf die Erfahrungen aus den oben erwähnten Projekten ab.

Der Bundesrat hat am 14. Juni 2002 von der Schaffung einer Fachstelle zur Bekämpfung von Gewalt Kenntnis genommen. Die Stelle soll u.a. die Öffentlichkeit sensibilisieren, Informationen sammeln und interessierten Kreisen zugänglich machen, die verschiedenen Akteure untereinander vernetzen, Prävention fördern und im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses Stellung nehmen. Die Fachstelle wurde dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann angegliedert. Es wurden dafür 2,5 Stellen bewilligt.

Justiz- und Polizeidepartement

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002	Kurze Bilanz
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Die Arbeiten an der Justizreform werden fortgesetzt</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts ist eröffnet* ➤ Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts ist Kenntnis genommen worden ➤ Die Projektorganisation für den Aufbau der neuen Bundesgerichte (Bundesstrafgericht, Bundesverwaltungsgericht) ist eingesetzt 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Expertenkommission hat den Vorentwurf im Oktober 2002 abgeliefert. Die Vernehmlassung konnte daher nicht planmässig eröffnet werden.</p> <p>Die Kenntnisnahme der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens konnte im Berichtsjahr nicht erfolgen. Umfang und Komplexität der Eingaben verzögerten die Auswertung innerhalb des zeitlich geplanten Rahmens.</p> <p>Die Projektorganisation wurde am 5. März 2002 eingesetzt.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Die Beziehung der Bevölkerung zu den Behörden wird verbessert</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Öffentlichkeitsgesetz ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Ausarbeitung der Botschaft verzögerte sich, weil der endgültige Entscheid in den Zusammenhang mit der Diskussion über das Budget gestellt wurde.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Ombudsstelle des Bundes ist durchgeführt 	<p>Der Bundesrat beschloss am 21. August 2002, die Vorlage nicht weiter zu verfolgen.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Die Neuausrichtung der Migrationspolitik wird weiter konkretisiert</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Ausländergesetz (Totalrevision ANAG) ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Asylgesetzes ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Bearbeitung von Daten im Ausländer- und Asylbereich in einem Informationssystem (Rechtsgrundlagen für die Datenbank Ausländer 2000) ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 8. März 2002 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. September 2002 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. Mai 2002 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Die internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit wird weiter vertieft</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin sind abgeschlossen* ➤ Die Botschaft zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit Europol ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen (vgl. Geschäftsbericht Band 1, 1. Abschnitt).</p> <p>Der Rat der Innen- und Justizminister der EU hat die Genehmigung des Abkommens bisher nicht traktandiert. Der Staatsvertrag ist noch nicht unterzeichnet (vgl. Geschäftsbericht Band 1, 2. Abschnitt).</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft betreffend den Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung ist verabschiedet* ➤ Das zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen ist unterzeichnet ➤ Die Vernehmlassung zur Konvention des Europarates über den strafrechtlichen Umweltschutz ist durchgeführt ➤ Die Innenministerkonferenz der Alpensicherheitspartnerschaft verabschiedet Massnahmen gegen Rechtsextremismus und "Hooliganismus" ➤ Die Strategie für die internationale Polizeizusammenarbeit und das Stationierungskonzept für die polizeilichen Verbindungsbeamten ist vom Bundesrat genehmigt 	<p>Die Unterzeichnung des Vertrags hat sich unter anderem wegen Neuwahlen und der damit verbundenen Neubildung der Regierung in Frankreich verzögert. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.</p> <p>Der Bundesrat beschloss am 16. Januar 2002 die Unterzeichnung. Das Zusatzprotokoll wurde am 15. Februar 2002 unterzeichnet.</p> <p>Die Vernehmlassung wurde irrtümlich angekündet.</p> <p>Massnahmenvorschläge sind ausgearbeitet. Die Innenministerkonferenz wurde jedoch wegen Regierungswechsels in Frankreich auf 2003 verschoben.</p> <p>Weil das Aussprachepapier noch bereinigt werden musste, konnte es im Berichtsjahr dem Bundesrat nicht mehr unterbreitet werden.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird ausgebaut</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum UNO-Zusatzprotokoll "Menschenhandel" zur Konvention gegen die transnationale, organisierte Kriminalität ist durchgeführt* ➤ Die Vernehmlassung zum Beitritt zum Strafrechts-Übereinkommen des Europarates gegen die Korruption ist eröffnet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Das Zusatzprotokoll wurde am 2. April 2002 unterzeichnet. Weil die Terrorismusvorlagen priorisiert wurden, konnte die Vernehmlassung nicht mehr durchgeführt werden.</p> <p>Weil die Terrorismusvorlagen priorisiert wurden, konnte die Vernehmlassung nicht mehr durchgeführt werden.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue Bundesanwaltschaft hat die operationelle Tätigkeit gemäss Effizienzvorlage aufgenommen. Die Planungen für die Regionalzentren sind angelaufen 	<p>Die Aufnahme der Tätigkeit der neuen Bundesanwaltschaft erfolgte plangemäss. Die Planungen für die Regionalzentren liegen vor, sind aber im Moment eingefroren.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Instrumente der inneren Sicherheit werden der aktuellen Lage angepasst</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über Massnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist verabschiedet* ➤ Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) ist auf Revisionsbedarf bezüglich gewalttätigem Extremismus und Terrorismus überprüft ➤ Die Botschaften zur Ratifikation der UNO-Konvention zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Übereinkommens zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen sind verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Waffengesetzes ist durchgeführt* ➤ Gesetz und Verordnung zum neuen Schweizer Pass sind in Kraft gesetzt. Das neue Passbüchlein ist in endgültiger Form vorhanden. Die neue Ausweisorganisation ist umgesetzt. Die Öffentlichkeit ist informiert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 27. März 2002 Kenntnis genommen vom Bericht der Arbeitsgruppe "Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich des Rechtsextremismus" und beschlossen, die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen im Gesamtkontext zu prüfen. Gestützt darauf beschloss er am 26. Juni 2002, zwei Revisionspakete zu bilden. Die Überprüfung des Revisionsbedarfs und ausgewogene Zusammenstellung erforderte bedeutend mehr Aufwand als ursprünglich angenommen. Die Vernehmlassung konnte daher nicht mehr eröffnet und damit die Botschaft nicht verabschiedet werden.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. Juni 2002 verabschiedet.</p> <p>Die Vernehmlassung wurde am 20. September 2002 eröffnet und dauerte bis 20. Dezember 2002.</p> <p>Der Bundesrat verabschiedete die Verordnung am 20. September 2002 und setzte Gesetz und Verordnung auf den 1. Januar 2003 in Kraft. Die Präsentation des neuen Passbüchleins fand am 25. März 2002 statt.</p>

<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Das gemeinsame Projekt Bund – Kantone zur Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit (USIS) wird plangemäss weitergeführt</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Bundesrat hat mit dem Bericht USIS-III Kenntnis genommen von den im Detail ausgearbeiteten Soll-Varianten*➤ Die Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen über den Einsatz von Sicherheitskräften im Luftverkehr sind von der KKJPD genehmigt➤ Der Nachtragskredit für die Aufstockung der Personalbestände in Genf und Bern zur Erfüllung der völkerrechtlichen Schutzpflichten ist beantragt➤ Der Bundesrat hat über Struktur und Finanzierung der Mitwirkung am Schweizerischen Polizei-Institut in Neuenburg entschieden➤ Das Gremium für Planung, Projektauf-sicht und Standardisierung (PPS) in der Informationsverarbeitung ist gegründet➤ Die Voranalyse zum nationalen Polizeiindex ist beendet. Anforderungskatalog, Bearbeitungsgrundsätze und Richtlinien stehen fest.	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 23. Oktober 2002 vom 3. USIS-Bericht Kenntnis genommen und am 6. November 2002 die Leitlinien zur inneren Sicherheit festgelegt.</p> <p>Die Leistungsvereinbarungen liegen vor. Sie wurden seitens KKJPD auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 6. November 2002 betreffend USIS vorerst zurückgestellt.</p> <p>Der Bundesrat hat am 11. September 2002 den entsprechenden Nachtragskredit verabschiedet.</p> <p>Um den Ausbildungsbedarf von Bundesstellen und kantonalen Stellen abzustimmen, wurde im Herbst 2001 unter Leitung der Kantone eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein bildungspolitisches Gesamtkonzept vorzulegen hat. Am 15. November 2002 genehmigte die KKJPD den Projekt- und Finanzplan. Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen erst nach Vorliegen des Berichts der Arbeitsgruppe festlegen.</p> <p>Das Handbuch der Verfahrensgrundsätze PPS wurde von der KKJPD am 14. November 2002 genehmigt. Darauf gestützt wurde das Gremium PPS gegründet und mit Verfügung des Departements vom 18. Dezember 2002 eingesetzt.</p> <p>Die Voranalyse zu einem nationalen Polizeiindex konnte noch nicht erstellt werden, da das dafür zuständige Gremium PPS erst am 18. Dezember 2002 eingesetzt wurde.</p>
---	---

<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Gemeinsam mit den Kantonen werden die Instrumente der kriminalpolizeilichen föderalistischen Zusammenarbeit situationsgerecht konkretisiert und angepasst</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die nationale Stelle zur Fahndung (Monitoring) und Verfahrenskoordination (Clearing) zur Unterstützung der Kantone bei der Bekämpfung der Internetkriminalität ist in Betrieb ➤ Das Detailkonzept für die "Zentrale Koordinationsstelle Menschenhandel und Menschenschmuggel" (ZKS MM) ist verabschiedet. Die Geschäftsstelle hat den Betrieb aufgenommen ➤ Die Vernehmlassung zu den Gesetzesänderungen im Rahmen der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Menschenhandel (StGB, ANAG) ist eröffnet ➤ Das neu zu schaffende nationale Lagezentrum "Innere Sicherheit" ist konzipiert. Der Pilotbetrieb ist aufgenommen 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>vgl. unten Ziff. 2.3</p> <p>vgl. unten Ziff. 2.2</p> <p>vgl. unten Ziff. 2.2</p> <p>Das Lagezentrum hat im Berichtsjahr den Probebetrieb aufgenommen. Konzept und Pflichtenheft wurden am 26. August 2002 durch das Bundesamt genehmigt.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Die wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen werden weiter optimiert</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Umsetzung der Besucherschutzrichtlinie ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 10. April 2002 verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt* ➤ Der Bundesrat hat vom Bericht zur Frage der Abgabe einer digitalen Identität an alle Bürgerinnen und Bürger Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt* ➤ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und gewerbsmässigen Wetten ist eröffnet* ➤ Das weitere Vorgehen zur Revision des Rechnungslegungsrechts ist festgelegt ➤ Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts ist Kenntnis genommen worden ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente sowie drei Übereinkommen auf dem Gebiete des Patentrechts ist durchgeführt und ausgewertet* ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Lugano-Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist eröffnet ➤ Im Rahmen des Wechsels von der präventiven zur nachträglichen Produktkontrolle in der Lebens- und Krankenzusatzversicherung sind die betroffenen Verordnungen revidiert und in Kraft gesetzt 	<p>Der Bundesrat hat am 9. Dezember 2002 von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.</p> <p>Der Bundesrat hat am 3. Juli 2002 im Rahmen einer Aussprache von einer externen Studie und einem Bericht Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.</p> <p>Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 9. Dezember 2002 eröffnet.</p> <p>Bestehende Differenzen insbesondere wirtschafts- und steuerrechtlicher Natur konnten auf Amtsebene noch nicht vollständig ausdiskutiert werden. Ein Aussprachepapier zum weiteren Vorgehen wurde dem Bundesrat zugeleitet.</p> <p>Die Kenntnisnahme der Vernehmlassungsergebnisse ist noch ausstehend.</p> <p>Der Bundesrat hat am 29. November 2002 von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.</p> <p>Weil die EU entgegen den Erwartungen bisher noch kein formelles Verhandlungsmandat verabschiedet hat, fanden keine Verhandlungen über das Abkommen statt.</p> <p>Die Revisionen wurden nicht in Kraft gesetzt, weil vorerst eine Neuausrichtung der Versicherungsaufsicht durchgeführt werden soll. Sowohl der Bericht der Kommission Janssen, die die Aufsichtstätigkeit des BPV untersucht hat, als auch die Arbeiten der auf Ende Jahr eingesetzten Task Force, die das Amt bei der Neuausrichtung unterstützt, werden Ergänzungen der geplanten Revisionen nach sich ziehen.</p>
--	---

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Messmittelverordnung ist durchgeführt ➤ Eine erste Gruppe von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der Messmittel ist dem seco für die Meldung an die EU bezeichnet 	<p>Das Departement eröffnete am 1. Oktober 2002 die Vernehmlassung. Sie dauerte bis am 31. Dezember 2002.</p> <p>Dem seco wurde im September 2002 eine erste, bereinigte Liste evaluierter Konformitätsbewertungsstellen übergeben.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Wichtige gesellschaftspolitische Fragen werden entschieden</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Humangenetikgesetz) ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Vormundschaftsrechts ist eröffnet ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Opferhilfegesetzes ist eröffnet* ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Datenschutzgesetzes ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2002 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 11. September 2002 verabschiedet.</p> <p>Die Vernehmlassung konnte nicht mehr eröffnet werden, weil sich die Ausarbeitung der Vorlage verzögerte.</p> <p>Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 18. Dezember 2002 eröffnet.</p> <p>Die Botschaft konnte nicht mehr plangemäss verabschiedet werden, weil die entsprechenden Arbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Alle Mitarbeitenden haben die gleichen Chancen in ihrer beruflichen, fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Im Rekrutierungsprozess ist die Anstellung von Frauen und von VertreterInnen sprachlicher Minderheiten gezielt gefördert worden 	<p>Realisiert</p> <p>Bei den Stellenausschreibungen wurden explizit Personen untervertreter Gruppen gesucht. Bei gleichwertiger Qualifikation wurden Personen untervertreter Gruppen bevorzugt.</p>

<ul style="list-style-type: none">➤ Die Mitarbeitenden des EJPD verfügen in wenigstens einer zusätzlichen Amtssprache über – zumindest passive – Kenntnisse➤ Die Mitarbeitenden des EJPD sind für das Anliegen Chancengleichheit sensibilisiert worden	<p>Einerseits wurden die Sprachkenntnisse bei Anstellungsgesprächen geprüft, andererseits wurde der Besuch von Sprachkursen bewusst gefördert.</p> <p>Sowohl Kaderpersonen als auch MitarbeiterInnen wurden mittels diverser Vorträge und Schulungen sensibilisiert.</p> <p>In Zusammenarbeit mit andern Verwaltungsstellen und der Privatwirtschaft werden Filme und andere Schulungsunterlagen zum Thema Genderausbildung erstellt (Projekt: "Zwei tun das Gleiche!").</p>
---	--

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Projekt EffVor (f4)

Die im Konzeptbericht geplanten 135 und die 39 Stellen aus dem zugesprochenen Nachtragskredit konnten besetzt werden. Die Gebäudeprovisorien wurden zeitgerecht bezogen und die Planung des Neubaus in Bern-Zollikofen verläuft nach Plan.

Die Zahl der komplexen Verfahren sind höher als prognostiziert. Am 12. Dezember 2002 waren 47 komplexe Verfahren hängig (Prognose für 2002: 34). Insbesondere gab es mehr Geldwäschereiverfahren als erwartet, mitunter wegen des weiterhin ansteigenden Meldeverhaltens der Banken und der gesteigerten Qualität der Verdachtsmeldungen. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Verfahrens von den Ermittlungen bis zum rechtskräftigen Urteil ist länger als die ursprünglich geschätzten zwei Jahre. Insgesamt erfolgte die Umsetzung der Effizienzvorlage im vorgesehenen Rahmen. Die Zahl der vom Bund obligatorisch zu bearbeitenden Verfahren im Bereich der organisierten Kriminalität, der Geldwäscherei und der Korruption dürfte wie prognostiziert weiter anwachsen.

Die aufgrund der Entscheide zum Budget 2003 erforderlich gewordene Anpassung der Ausgaben- und Ausbauplanung wurde an die Hand genommen. Bei weiteren Sparmassnahmen ist nicht mehr sichergestellt, dass das Personal für die Bearbeitung dieser Verfahren nicht im geplanten und erforderlichen Umfang angestellt werden kann. Dann muss mit unbearbeitet bleibenden und verzögerten Verfahren gerechnet werden.

2.2 Menschenhandel

Im Bereich des Menschenhandels stand nebst den Gesetzgebungsarbeiten zur Erfüllung der internationalen Übereinkommen die Erarbeitung eines Berichts über die aktuelle Situation des Menschenhandels in der Schweiz im Zentrum der Tätigkeiten des Bundes. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe legte darin ein Konzept zur Bekämpfung des Menschenhandels vor, das auf Prävention, besseren Opferschutz und die Verfolgung der Täter setzt. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2002 den Bericht zu Kenntnis genommen und die zuständigen Departemente beauftragt, die im Bericht unterbreiteten Empfehlungen zu prüfen und Anträge zu deren Umsetzung vorzulegen.

Eine der Empfehlungen, die Schaffung einer Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KS MM), ist an die Hand genommen worden. Durch eine Vernetzung der zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone wird eine bessere Wirkung im Kampf gegen den Menschenhandel angestrebt. Die Aufbauarbeiten wurden durch eine interdepartementale Arbeitsgruppe durchgeführt. Auch haben erste Kontakte mit den Kantonen stattgefunden.

Zudem wurde das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien in Neuchâtel beauftragt, eine Studie zum Thema "Menschenschmuggel und irreguläre Migration: Typen, Ursachen und Dynamik aus einer vergleichenden und interdisziplinären Perspektive" zu verfassen. Diese Studie soll eine bessere Sichtweise auf dieses Phänomen in einer Situation geben, in der sich die Schweiz im Hinblick auf die Abkommen von Schengen und Dublin und auf die jüngsten Bemühungen der Europäischen Union für eine gemeinschaftliche Asyl- und Migrationspolitik, befindet.

Im internationalen Bereich wurde ein Schwergewicht bei den Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen eigener Staatsangehöriger und bei der Teilnahme an regionalen Foren gesetzt, welche sich mit der Steuerung von Migrationsströmen im Allgemeinen sowie mit der Prävention und der Bekämpfung der irregulären Migration wie auch dem Schutz der Opfer im Besonderen befassten. Die Inter-Governmental Consultations, die ihren Sitz in Genf hat und die regelmässig Spezialisten für solche Fragen vereinigt, ist ein solches Beispiel.

2.3 Pädophilie / KOBK

Vom 22.–24. Oktober 2002 wurde in Thun der Kongress der Interpol Spezialistengruppe "Verbrechen gegen Kinder" durchgeführt. Die Konferenz hatte zum Ziel, die Verbrechen gegen Kinder in der Öffentlichkeit zu thematisieren und einen wichtigen Beitrag zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu leisten. Über 100 Ermittlungsfachleute und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus 35 Ländern tauschten während drei Tagen ihre Erfahrungen aus.

Im Zuge von umfangreichen Ermittlungsmassnahmen des US Postal Inspection Service gegen die amerikanische Internetfirma Landslide konnte festgestellt werden, dass Landslide den Zugang zu ca. 300 kinderpornografischen Websites bereitstellte. Die Firma erwirt-

schaftete auf diese Weise über 5 Mio. US\$. Die sichergestellte Kundenliste wies rund 150'000 Zahlungseingänge aus 61 Ländern auf. Nach umfassenden Vorabklärungen, Auswertungen und der Erhebung von Beweismitteln zeigte sich, dass rund 1'100 Landslidekunden aus 25 Kantonen der Schweiz Zahlungen veranlasst hatten, um Zugang zu kinderpornografischen Sites zu erhalten. An der gesamtschweizerischen Polizeiaktion, die im September 2002 unter der Koordination des zuständigen Bundesamtes ausgelöst wurde, beteiligten sich alle 25 Kantone. Bis Mitte Dezember 2002 waren im Rahmen der Operation von den ca. 1'100 Landslidekunden mehr als 1'000 überprüft, über 1'000 Hausdurchsuchungen vorgenommen und umfangreiches Beweismaterial sichergestellt worden. Die Operation Genesis hat wichtige Erfolge erzielt. Sie hat aber auch praktische und rechtliche Schwierigkeiten aufgezeigt. Die Departementsvorsteherin des EJPD hat die zuständigen Bundesstellen beauftragt, die Operation Genesis aus ihrer Warte zu analysieren und gegebenenfalls organisatorische und gesetzgeberische Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Die von Bund und Kantonen gemeinsam geschaffene Koordinationstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) nimmt am 1. Januar 2003 ihre Arbeit auf. Bis Ende November 2002 haben sich 24 Kantone entschlossen, KOBIK zu unterstützen. Ein einziger Kanton lehnt zur Zeit eine Beteiligung an der Koordinationstelle ab, ein anderer hat noch keinen formellen Entscheid getroffen. Dies bedeutet, dass KOBIK einen Personalbestand von 8 Stellen aufweisen wird. Davon werden drei vom Bund und fünf von den Kantonen finanziert. KOBIK umfasst die drei Säulen Monitoring (suchen nach strafbaren Handlungen), Clearing (abklären der strafrechtlichen Relevanz und eruieren von Tatortbezügen und Zuständigkeiten, systematisches Erfassen, aufbereiten und rasches weiterleiten an die zuständigen Behörden) und Analyse (auswerten und aufbereiten von Fällen und nationaler und internationaler Informationen).

2.4 Markenrecht

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum – eine öffentlichrechtliche Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit – übt im Bereich der Marke und des Markenschutzes eine wichtige Funktion im Dienst der schweizerischen Volkswirtschaft aus. Es schafft sowohl für den Markt als auch für den Forschungs- und Wissensstandort Schweiz entscheidende Rahmenbedingungen. Am 13. Juni 2002 konnte die 500'000ste Marke registriert werden: "2 x Weihnachten" – die gleichnamige karitative Sammelaktion der SRG SSR idée suisse, der Post und des Schweizerischen Roten Kreuzes. Anlässlich einer Feier würdigte die Departementsvorsteherin den Markenschutz und die Aktion.

Ein zentrales Anliegen des Instituts ist die Gewährleistung eines raschen und unbürokratischen Zugangs zum Markenregister sowie die laufende qualitative Verbesserung seiner Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse. Unter diesem Gesichtspunkt wurde am 1. September 2002 die elektronische Markenmeldung "e-trademark" eingeführt, ein System, das es jedem Hinterleger von schweizerischen Marken ermöglicht, alle relevanten Daten online via Internet (<http://e-trademark.ige.ch>) zu erfassen und einzureichen. Zudem profitiert der Kunde mit "e-trademark" von einer reduzierten Hinterlegungsgebühr. Die Selbständigkeit des Instituts in seiner Betriebsführung erlaubt ihm, wei-

tere kundenorientierte Dienstleistungen anzubieten: zum Beispiel die "Express-Marke", die innerhalb von maximal einem Monat nach Hinterlegungsdatum eingetragen wird (falls keine Schutzausschlussgründe vorliegen).

2.5 Schweizerpass

Rund zwei Monate nach Ablauf der Referendumsfrist zum Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige sandte der Bundesrat die Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige den Kantonen, Parteien, Verbänden sowie interessierten Organisationen zur Vernehmlassung. Dabei wurden die neuen, einheitlichen Gebühren des künftigen Ausweissystems (Pass 2003 und Identitätskarte 2003) kommuniziert. Der Bundesrat genehmigte am 20. September 2002 die Verordnung und setzte Gesetz und Verordnung auf den 1. Oktober 2002 in Kraft. Damit konnte der Testbetrieb des Ausweissystems mit dem neuen Schweizer Pass wie vorgesehen am 1. Oktober 2002 gestartet werden. Die parallel noch laufenden Ausstellungsverfahren für Pass 85 und Identitätskarte 95 werden noch bis am 31. Dezember 2002 fortgeführt, dann aber abgelöst.

Der Bundesrat bestätigte mit seinem Beschluss vom 8. März 2002 sodann den Projektauftrag insofern, als der Neue Schweizer Pass ab 1. Januar 2003 den bestehenden, neusten Anforderungen der ICAO (International Civil Aviation Organisation/eine UNO-Unterorganisation) entsprechend ausgegeben werden soll. Dies steht in Zusammenhang mit den von den USA geplanten Verschärfungen bezüglich der visumsfreien Einreise für Reisen bis 90 Tage. Für die Einführung allfälliger biometrischer Daten verweist der Bundesrat auf die noch notwendige Standardisierungsarbeit der ICAO und die zwingend erforderliche Revision des AwG.

Der neue Schweizer Pass wurde am 25. März 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

<p>Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Die Umsetzung der Reformen Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI ist sichergestellt</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Transformationsplanung für Armee und Bevölkerungsschutz ist abgeschlossen ➤ Die Reformen Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI sind regionalverträglich optimiert ➤ Die Bereitschaft zum Wandel ist durch gezielte Kommunikation bezüglich der Reformprojekte gefördert ➤ Der Stand des Projektes VBS XXI entspricht der am 29. Juni 2001 verabschiedeten Vorgehensplanung; die unterschiedlichen Zeitplanungen der Teilprojekte sind eingehalten 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Transformationsplanung ist gemäss den Aufträgen der Departementsleitung für die Umsetzung und die Umsetzungssteuerung erfolgt.</p> <p>Das Standortmodell wurde allen beteiligten Partnern kommuniziert und ist regionalverträglich optimiert.</p> <p>Das Informationskonzept VBS ist erstellt und auf die Bedürfnisse der Reformprojekte ausgerichtet. Die Prozesslandschaft Kommunikation VBS ist definiert und auf die Prozesse der Departementsbereiche abgestimmt.</p> <p>Die per Ende 2002 terminierten Umsetzungsmassnahmen sind realisiert.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umsetzung des Reformprojektes Luftwaffe XXI und der Strategie Heer erfolgt abgestimmt auf die Projekte Armee XXI, VBS XXI und Human Resources Management XXI; die Vorausmassnahmen sind im Ausbildungsbereich umgesetzt 	<p>Die Umsetzung dieser Teilprojekte wurde in das Gesamtprojekt VBS XXI integriert.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Die Strategie "Sicherheit durch Kooperation" wird durch vertiefte Zusammenarbeit im Inland und mit dem Ausland umgesetzt</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der sicherheitspolitische Dialog ist nach innen und nach aussen gestärkt ➤ Die Kooperationsfelder und Führungsabläufe zwischen den sicherheitspolitischen Partnern auf Stufe Bund und Kantone sind definiert ➤ Die Verfügbarkeiten von Armee und Bevölkerungsschutz sind im Lichte der Ergebnisse des Projektes USIS überprüft und nötigenfalls angepasst ➤ Ein Konzept über die Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Armeen ist von der Departementsleitung verabschiedet ➤ Das Umsetzen der Partnership-Ziele (Goals) folgt armeeübergreifend einer dreijährigen Personaleinsatzplanung aller Stufen in Abstimmung mit dem Projekt Armee XXI 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Durch nationale Konferenzen und zahlreiche Kontakte zu den Kantonen ist ein intensiver und differenzierter sicherheitspolitischer Dialog nach innen entstanden.</p> <p>Dieser Prozess ist aufgrund der laufenden Reformprozesse noch nicht abgeschlossen. Die zu verändernden Abläufe wurden gemeinsam mit den Kantonen identifiziert. Dem Projekt "Schaffung einer Koordinations- und Einsatzorganisation auf Stufe Bund" kommt in diesem Zusammenhang grosse Bedeutung zu.</p> <p>Mit den Bundesratsentscheiden vom 23. Oktober und vom 7. November 2002 zum Projekt USIS hat sich eine neue Ausgangslage und weiterer Abklärungsbedarf bezüglich des Einsatzes der Armee ergeben, weshalb die Überprüfung und Anpassung der Verfügbarkeiten von Armee und Bevölkerungsschutz nicht vorgenommen werden konnte.</p> <p>Das Konzept "Militärische Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland" (MILAZA) ist erarbeitet, konnte von der Departementsleitung 2002 aus Zeitgründen aber noch nicht verabschiedet werden.</p> <p>Die Umsetzung der PG's ist in Bearbeitung (15) bzw. hat noch nicht begonnen (16). Der aktuelle Bearbeitungsstand entspricht der dreijährigen Personaleinsatzplanung.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die schweizerische Beteiligung im EAPC/PfP-Rahmen ist weiter verstärkt und vertieft, dabei ist das personelle Engagement im Rahmen EAPC/PfP nachweisbar und nachhaltig erhöht und mit den entsprechenden Ressourcen dotiert 	<p>Das Projekt konnte wegen den Einflüssen aus den Reformprojekten VBS noch nicht abgeschlossen werden.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Die internationalen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Sicherheitspolitik sind verbessert</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Mitwirkung im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und der Partnerschaft für den Frieden ist vertieft ➤ Die Vorbereitungen sind getroffen, um die Aussensicherheitspolitik im Falle eines UNO-Beitrittes rechtzeitig weiterzuentwickeln ➤ Die Befähigung zu friedensunterstützenden Einsätzen als Beitrag der Schweiz zur internationalen Friedensförderung und Krisenbewältigung ist konsolidiert ➤ Als strategischer Überbau der Genfer Zentren und als Beitrag zur Stabilisierung und Friedensförderung in Europa ist eine "Maison de la Paix" gegründet 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die NATO-Erweiterung, die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU sowie neue Gefahren haben die Tätigkeitsfelder in EAPC/PfP verändert. Zwecks Konsolidierung des Stellenwertes von EAPC/PfP in der euroatlantischen Sicherheitspolitik wurde die Zusammenarbeit mit EAPC-Staaten mit ähnlichen sicherheitspolitischen- und militärischen Strukturen fortgesetzt.</p> <p>Ein zentraler Anlaufpunkt des VBS zu UNO-Angelegenheiten ist bestimmt und eine Evaluation der Bedürfnisse des VBS vorgenommen.</p> <p>Die friedensfördernden Einsätze von Angehörigen der Schweizer Armee (SWISSCOY, UNO-Militärbeobachter, Einsatz von Einzelexperten in den Bereichen Minenräumung und Logistik) sind dank der seit Oktober 2002 zum Selbstschutz bewaffneten SWISSCOY soweit möglich konsolidiert.</p> <p>Die "Maison de la Paix" ist 2002 nicht gegründet worden, weil die dafür notwendigen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen werden konnten.</p>

<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Für die Trendwende zur Begrenzung der Betriebskosten und Erhöhung der Investitionsquoten sind die nötigen Voraussetzungen geschaffen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Transparenz über Kosten und Leistungen ist verbessert ➤ Die Instrumente zur betriebswirtschaftlichen Steuerung sind in allen Politikbereichen des VBS verbessert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Kosten- und Leistungsrechnung ist zu 90% eingeführt. Die Indikativplanung bis 2010 liegt vor.</p> <p>Die Steuerung des Budgetprozesses nach den neuen Finanzführungsstrukturen VBS ist vorbereitet. Die Umsetzung der Umlagerungsstrategie verzögert sich aufgrund der Kürzungen im Rahmen der Schuldenbremse.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Umsetzung des Konzepts des Bundesrats für eine Sportpolitik in der Schweiz ist auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden initiiert und die Beiträge des Bundes für die Kandidaturen zur Fussball-EM und zu den Olympischen Spielen sind definiert</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Forschungsprojekt über die wirtschaftliche Bedeutung von Sport-Grossanlässen ist abgeschlossen und Folgerungen für die Kandidaturen der Fussball-EM 2008 und Olympischen Winterspiele 2010 sind gezogen ➤ Die erste Evaluation zur Durchsetzung des Sportunterrichts mit den Kantonen ist abgeschlossen 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Schlussbericht zum Forschungsprojekt liegt vor und die Ergebnisse wurden am 25. November 2002 an einer Tagung vorgestellt. Direkte Folgerungen für die beiden Kandidaturen sind aufgrund der unterschiedlichen Dimensionen der Anlässe relativ schwierig zu ziehen.</p> <p>Die Evaluation konnte im Berichtsjahr aus Zeitgründen und weil eine Ausrichtung auf die Berufsschulen stattfand, nicht vollumfänglich abgeschlossen werden</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Massnahmen der Ausführungsverordnungen zum neuen Dopingartikel im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport sind umgesetzt ➤ Jugend + Sport 2000: Die Auswertung der Feldversuche 2001/2002 ist erfolgt; die Voraussetzungen für deren ganzheitliche Umsetzung ab 2003 sind geschaffen ➤ Die Botschaft zur Kandidatur Schweiz-Österreich für die Fussball-EM 2008 ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Kandidatur Berns für die Olympischen Winter-spiele 2010 ist verabschiedet* 	<p>Die Umsetzung der Massnahmen erfolgte planmässig. Die kantonalen Staatsanwaltschaften und die kantonalen Sportämter sind über die neuen gesetzlichen Bestimmungen informiert; erste Strafuntersuchungen (vor allem bezüglich Import von Dopingmitteln) sind im Gange. Die Hauptlehrmittel sind in Produktion. Die ISO-Zertifizierung läuft wie geplant.</p> <p>Die Arbeiten zur definitiven Einführung von J+S 2000 sind abgeschlossen. Der Bundesrat hat die Verordnung über die Nationale Datenbank für Sport am 30. Oktober 2002 und die Änderung der Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport am 6. November 2002 gutgeheissen und auf den 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt. Das VBS hat die neue Verordnung über Jugend+Sport am 7. November 2002 auf den 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Februar 2002 verabschiedet.</p> <p>Nach der Ablehnung der Finanzierungsvorlage in der Volksabstimmung des Kantons Bern vom 22. September 2002 hat der Verwaltungsrat "BERNE 2010" die Kandidatur am 28. September 2002 zurückgezogen. Die Botschaft ist deshalb hinfällig geworden.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Die personellen und finanziellen Ressourcen sind ziel – und wirkungsorientiert auf die nachgefragten Produkte und Leistungen des VBS ausgerichtet</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mit einer konsequenten Verzichtplanung ist der notwendige Handlungsspielraum im Ressourcenbereich für Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI geschaffen ➤ Ein partnerschaftlicher Führungsstil, regelmässige Mitarbeitergespräche, eine systematische Personalentwicklung und Information sowie ein professionelles Personalcontrolling unterstützen die Veränderungsprozesse nachhaltig 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Verzichtspläne liegen vor.</p> <p>Die im Herbst durchgeführte Personalbefragung ergab, dass die Ziele bezüglich Personalführung mehrheitlich erfüllt sind. Bei den Vorgesetzten ist eine weitere Schulung bezüglich Mitarbeiterbeurteilung notwendig. Die Personalkostensteuerung ist eingeführt und wird monatlich erstellt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein auf der Grundlage des Management Development VBS basierendes Auswahl- und Ernennungsverfahren stellt den Kadernachwuchs in qualitativer und quantitativer Hinsicht sicher ➤ Der Personalumbau und –abbau erfolgt schrittweise, geplant, koordiniert sowie mitarbeiter- und sozialverträglich. Die erforderlichen Personalmassnahmen sind umfassend kommuniziert 	<p>Die Einführung der Instrumente des Management Development VBS ist weitgehend abgeschlossen.</p> <p>Der Personalumbau- und –abbau erfolgt planmässig. Die Grundsätze für die Personalmigration sind erarbeitet und kommuniziert.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Die Disziplinarstrafen sind neu definiert</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Militärstrafgesetzes ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft zur Revision der Disziplinarstrafordnung (MStG) ist am 13. November 2002 vom Bundesrat verabschiedet worden.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Die Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste ist definiert</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste in die Aktiengesellschaft Skyguide ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft zur Änderung des Luftfahrtgesetzes ist am 22. Mai 2002 vom Bundesrat verabschiedet worden. Neben der Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste werden mit der Änderung die gesetzlichen Grundlagen für eine angemessene Kapitalausstattung, die Ausfinanzierung der Deckungslücken nach IAS bei den Vorsorgeeinrichtungen skyguide sowie für die Finanzierung eines Neubaus geschaffen.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Reformen im VBS

Die Departementsleitung VBS beschloss am 10. Juli 2001, nebst der Neugestaltung der Armee und des Bevölkerungsschutzes eine VBS-Verwaltungsreform durchzuführen mit dem Zweck, die Strukturen und Geschäftsabläufe auf die neue Strategie und die Rahmenbedingungen auszurichten.

Es wurden unter dem Dachprojekt VBS XXI u.a. folgende Projekte lanciert: Armee reform (A XXI), Verwaltungsreform Verteidigung (V XXI), Bevölkerungsschutz (B XXI) und Beschaffung und Technologie (B+T XXI / ARMASUISSE).

2.1.1 Stand des Reformprozesses

2.1.1.1 VBS XXI

Im Januar 2002 hat der Departementschef für das Projekt VBS XXI ein Audit angeordnet. Als Massnahme wurde die Projektleitung VBS XXI auf den 1. April 2002 neu besetzt. Die Hauptaufgaben sind: Führung des Gesamtprojektes VBS XXI, Durchsetzung der horizontalen Vernetzung der Reformen der Departementsbereiche, Einbindung der Projektleiter der Bereiche in das Gesamtprojekt, Klärung und Bereinigung von Schnittstellen zwischen den Departementsbereichen durch Prozessdefinition, Weiterentwicklung des VBS in Richtung wirkungsorientierte Verwaltungsführung, Information und Kommunikation des Reformprojektes. Die Reformarbeiten sind in Bezug auf den Zeitplan auf Kurs. Die verschiedenen Bereiche im Departement entwickeln sich mit unterschiedlichen Reformgeschwindigkeiten: Verteidigung: Phase Umsetzungsplanung; GS, DSP, BABS: Phase Umsetzung; GR (ARMASUISSE): Verfeinerung der Konzeption und Umsetzungsplanung.

2.1.1.2 Armee XXI

Die Verordnung über die Rekrutierung (VREK) ist vom Bundesrat am 10. April 2002 genehmigt worden. Die Anpassung erfolgte im Hinblick auf die Neukonzeption der Rekrutierung.

Am 30. Oktober hat der Bundesrat einen neuen Generalstabschef gewählt und diesen gleichzeitig als künftigen Chef der Armee designiert.

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2002 eine Änderung des Bundesbeschlusses über die Verwaltung der Armee vorzeitig in Kraft gesetzt. Damit können ab 1. Januar 2003 neu bis zu drei Rekrutierungstage besoldet werden.

Am 6. November 2002 hat der Bundesrat Leitlinien zur Inneren Sicherheit festgelegt. Damit wird der verstärkte Einsatz der Armee zur subsidiären Unterstützung der zivilen Kräfte für Grenz-, Konferenz- und Objektschutz vorläufig vom Ausnahme- zum Regelfall.

2.1.1.3 Bevölkerungsschutz XXI

Die Entwicklung des Gefährdungsspektrums für die Bevölkerung machte eine Verlagerung im Bereich der Sicherheitspolitik nötig. Im Projekt Bevölkerungsschutz wurde zusammen mit den Kantonen und Partnerorganisationen ein Verbundsystem für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen geschaffen. Dabei war die Reform der Armee mit zu berücksichtigen. Das Projekt Bevölkerungsschutz XXI hatte die Aufgabe, die notwendigen Verwaltungsstrukturen auf Stufe Bund zu gestalten.

Die Nationale Alarmzentrale, der Stab Bundesrat Abteilung Presse und Funkspruch, beide bisher beim Generalsekretariat VBS unterstellt, das Labor Spiez aus dem Bundesamt für Armeematerial und Bauten der Gruppe Rüstung sowie das Bundesamt für Zivilschutz werden in einem neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) zusammengefasst.

Durch die gezielte Bündelung der mit dem Schutz der Bevölkerung beauftragten zivilen Bereiche im VBS wird eine Stärkung des Bevölkerungsschutzes auf Stufe Bund erreicht und das VBS entwickelt sich hin zu einem modernen Mehrthemendepartement. Der Bericht über den Aufbau des BABS wurde am 14. November 2002 von der Departementsleitung VBS genehmigt. Das heutige Bundesamt für Zivilschutz wird auf Ende 2002 aufgelöst. Der Start für das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) erfolgt am 1. Januar 2003.

2.1.2 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Armee XXI und die neuen Strukturen VBS XXI haben einschneidende Auswirkungen auf den Personalbestand des VBS. Einerseits erfolgt insbesondere im Bereich Führung, Betrieb und Unterhalt ein massiver Abbau beim Zivilpersonal. Andererseits muss beim militärischen Personal ein Aufwuchs erfolgen, um die militärische Ausbildung zu verbessern und die neue Ausbildungskonzeption der Grund- und Weiterausbildung umsetzen zu können. Das Projekt VBS XXI sieht als flexible Planungsgrundlage einen Abbau von rund 2000 Stellen bis ins Jahr 2010 vor. Um den Aufbau beim militärischen Personal (Berufs- und Zeitmilitär) von 700–800 Stellen zu alimentieren, muss durch VBS-interne Umlagerungen ein zusätzlicher Abbau bei den zivilen Stellen von ca. 1000 Stellen erfolgen. Der Personalumbau- und -abbau erfolgt sozialverträglich und ist mit den Sozialpartnern in Form von Grundsätzen für die Personalmigration VBS XXI entsprechend vereinbart. Die Finanzierung hat im Rahmen des Finanzplanes VBS zu erfolgen.

Jede Reorganisation erzeugt Restrukturierungskosten in Form von Betriebsausgaben. Sie werden – gemäss Bundesratsentscheid – aus den laufenden Ausgaben gemäss Finanzplan gedeckt. Das VBS geht von einer Reduktion der Personalausgaben um 20% bis ins Jahr 2010 aus. Die bei den Personalausgaben eingesparten Mittel sollen dabei zu Gunsten der Investitionen beim Rüstungsmaterial eingesetzt werden.

2.2 Einsätze der Armee und des Zivilschutzes im In- und Ausland

2.2.1 Einsätze der Armee (inkl. Festungswachtkorps; FWK)

Die Bilanz der Armee-Einsätze 2002 fällt in allen Belangen positiv aus. In sämtlichen Einsätzen konnten die von der zivilen Seite geforderten Leistungen vollumfänglich erbracht werden. Insbesondere die Hilfe durch die Armee nach den Unwettern in den Kantonen Graubünden, Tessin und Appenzell Ausserrhoden wird von den zivilen Behörden und der Bevölkerung geschätzt und löste ein äusserst positives Echo aus. Das Schwergewicht der erbrachten Leistungen lag aber – wie bereits im Vorjahr – bei den subsidiären Sicherungseinsätzen. Mit der Aufstockung der SWISSCOY um ein Sicherungs- und ein Lufttransportelement hat die grösste Operation im Rahmen der friedensfördernden Einsätze deutlich an Bedeutung gewonnen.

Von den rund 304'000 in Einsätzen geleisteten Dienstofftagen haben Milizangehörige (WK-Verbände) mit 55% mehr als die Hälfte erbracht. Rund 38% wurden von Angehörigen des Festungswachtkorps (FWK) und rund 7% von den Durchdienern (ebenfalls Milizangehörige) geleistet. Letztere haben sich dabei als wertvolles Mittel erwiesen: die Durchdiener leisteten vor allem im Bereich der Botschaftsbewachungen einen wertvollen Beitrag, wurden aber auch in der Katastrophenhilfe eingesetzt. Damit konnten sie insbesondere das FWK, aber auch die WK-leistenden Verbände entlasten.

Für subsidiäre Sicherungseinsätze wurden primär die Berufssoldaten des Festungswachtkorps beangezogen. Dieses Jahr wurde das FWK personell bis an die Leistungsgrenze beansprucht.

Rund die Hälfte aller im Einsatz geleisteten Dienstofftage wurden im Jahr 2002 für subsidiäre Sicherungseinsätze erbracht. Dabei hat insbesondere der Schutz ausländischer Botschaften und Residenzen in Bern, Genf und Zürich an Bedeutung gewonnen. Erstmals konnten über längere Zeitabschnitte Durchdiener für Sicherungseinsätze eingesetzt werden. Ein weiteres Schwergewicht bildete die Unterstützung des Grenzwachtkorps bei der Überwachung der Landesgrenze.

Die Armee wurde im Jahr 2002 zwei Mal zur Katastrophenhilfe gerufen. In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Graubünden und Tessin leisteten WK-Formationen und auch Durchdiener Einsätze, die von den Behörden und insbesondere der betroffenen Bevölkerung sehr geschätzt wurden. Einsätze im Ausland, im Rahmen der Rettungskette Schweiz, gab es im Jahr 2002 keine.

Im Bereich der Unterstützungseinsätze hat die Armee nicht nur einen beträchtlichen Beitrag an den Aufbau der Expo.02 geleistet, sondern während der 159 Tage dauernden Ausstellung permanent auch viel Personal, Material und Knowhow im Bereich der Sicherheit zur Verfügung gestellt. Der Umfang der Hilfe an weitere zivile Anlässe gemäss der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten (VEMZ) lag 2002 in etwa im selben Rahmen wie im Vorjahr.

Bei den Peace Support Operations steht die SWISSCOY im Mittelpunkt. Seit Herbst 2002 sind die Schweizer Soldaten im Kosovo zum Selbstschutz bewaffnet. Zudem wurde die

SWISSCOY um ein Sicherungs- und ein Lufttransportelement erweitert. Damit und mit ihren anerkannten Leistungen ist die SWISSCOY eine gefragte Partnerin in der internationalen KFOR-Gemeinschaft. Seit November 2002 ist neu ein Detachement des Festungswachkorps im Irak im Einsatz. Im Rahmen der UNMOVIC leisten die Festungswächter den internationalen Waffeninspektoren Hilfe beim Aufbau ihrer Infrastruktur.

Geleistete Dienstage 2002						
Operation	Einsatz	Dienstage 02		Dienstage total		Auftrag/Besonderes
1. Subsidiäre Sicherungseinsätze						
GEPARD TRE	09.10.96- läuft noch	(FWK)	16'790	(FWK)	59'421	Schutz bedrohter Einrichtungen in Zürich (Botschaften/Konsulate)
LITHOS	01.04.98- läuft noch	(FWK)	40'031	(FWK)	138'281	Verstärkung des GWK bei der Sicherung der Landesgrenze
AIGLE	29.04.98- läuft noch	(FWK)	10'220	(FWK)	26'648	Schutz der CH Botschaftsangehörigen und deren Gebäude in Algerien
CHECKPOINT	läuft noch	(FWK)	3'416	(FWK)	3'928	Unterstützung der Zutrittskontrolle zum Parlamentsgebäude in Bern
SECURITY	27.10.01- läuft noch	(FWK)	25'550	(FWK)	28'404	Schutz bedrohter Einrichtungen in Genf (Botschaften/Residenzen)
GEPARD CINQUE	17.12.01- läuft noch	(DD) (Miliz) (FWK)	20'876 25'695 2'079	(DD) (Miliz) (FWK)	22'801 25'695 2'079	Schutz bedrohter Einrichtungen in Bern (Botschaften/Residenzen)
TIGER und FOX	01.01.02- läuft noch	(FWK)	4'562	(FWK)	4'577	Unterstützung des Bundessicherheitsdienstes bei der Flugsicherung
FOEKO	27.08.02- 30.08.02	(FWK) (Miliz)	0'132 2'522	(FWK) (Miliz)		Unterstützung der KAPO St. Gallen bei der Sicherung der Föderalismuskonferenz
	Total		151'873			
2. Katastrophenhilfe						
Unwetter Ostschweiz	02.09.02- 13.09.02	(Miliz)	1'725	(Miliz)	1'725	Trümmerbeseitigung, Bachbettaufräumarbeiten, Wegfreilegungen
GRISON Unwetter GR/TI	18.11.02- 05.12.02	(Miliz) (DD)	4'942 1'445	(Miliz) (DD)	4'942 1'445	Trümmerbeseitigung, Überwachungen, Verkehrsleitmassnahmen
	Total		8'112			
3. Unterstützungseinsätze						
EXPO 02 (VEMZ)	1999- 2003	(FWK) (Miliz)	0'000 37'038	(FWK) (Miliz)	0'000 47'928	Unterstützung Auf- und Abbau und Beitrag an Sicherheit während Expo
VEMZ übrige	laufend	(Miliz)	32'653	(Miliz)	32'653	Diverse Einsätze gemäss der VEMZ
	Total		69'691			
4. Peace Support Operations						
PSO	laufend	(Miliz)	10'891	(Miliz)	10'891	Grösstenteils Einsätze als Militärbeobachter
SWISSCOY	16.08.99- läuft noch	(Miliz) (FWK) (FWK/MP)	52'983 6'513 2'861	(Miliz) (FWK) (FWK/MP)	160'545 20'963 3'995	Primär Logistikeinsätze zugunsten AUCON/KFOR
KAMIBES	laufend	(FWK)	0'853	(FWK)	0'853	Diverse Einsätze weltweit zur Kampfmittelbeseitigung
UNMOVIC	18.11.02- läuft noch	(FWK)	0'265	(FWK)	0'265	Logistische Unterstützung der UNO im Irak
	Total		74'366			

Geleistete Dienstage 2002			
Gesamttotal 2002:	304'042		
Miliz:	168'449	55 %	
Durchdiener:	22'321	7 %	
Berufsmilitär:	113'272	38 %	

2.2.2 Einsätze des Zivilschutzes

In ansteigendem Ausmass geben Naturereignisse mit umfangreichem Schadenausmass Anlass, Zivilschutzformationen für die Katastrophen und Nothilfe einzusetzen. Dabei kommt immer öfter die interkantonale Unterstützung zu Gunsten betroffener Kantone zum Tragen. Neben diesen Einsätzen stand das Jahr 2002 im Brennpunkt der Expo 02. Immer noch stehen "Lothar"-Aufräumarbeiten an. Weitere Leistungen zu Gunsten der Gemeinden/Regionen sind Betreuungseinsätze, Erstellungs- und Instanzstellungs-Arbeiten von Infrastrukturen und die Unterstützung von Grossanlässen.

Katastrophen und Nothilfe: Sintflutartige Regenfälle führten 2002 wiederholt zu Überschwemmungen und Erdbeben. So am 3./4. Mai 2002 in den Kantonen UR und TI, am 15./16. Juli 2002 in den Kantonen SG, LU und BE, am 31. August/1. September 2002 waren die Kantone AR, SG und TG betroffen und im November 2002 die Kantone GR, TI, BE, GL, UR, VD und VS, wobei die Kantone GR und TI am stärksten. Die Ereignisse führten zu Überschwemmungen, verschütteten Infrastrukturen und zu teilweiser Unpassierbarkeit von Kantonsstrassen, Autobahnen und Schienenwegen. Im Kanton AR gab es gar Tote zu beklagen. Die Zivilschutzorganisationen wurden für Evakuationen, die Betreuung der Evakuierten, in der Führungsunterstützung, für Unterstützungsmassnahmen wie Keller auspumpen oder Sandsäcke abfüllen und für Sicherungs-, Beobachtungs-, und Aufräumarbeiten eingesetzt. Insgesamt wurden für diese "Soforteinsätze" über 8000 Dienstage geleistet.

EXPO.02: Die vom Bund koordinierten Zivilschutzorganisationen aus der ganzen Schweiz unterstützten die Sicherheitsdienste (Uferbeobachtungen, Verkehrsregelungen usw.), die Sanitätsposten, den Car-Parkplatzdienst und waren zuständig für die Fundbüros. Weitere Aufgaben waren in den Bereichen Unterkünfte, Verpflegungsstellen, Transporte und Information abzudecken. Für die Expo 02 wurden knapp 49'000 Dienstage geleistet.

Wiederinstandstellung nach Schadenfällen: Auch im Jahre 2002 dauerten die Einsätze zu Gunsten der Behebung von Lotharschäden an. Die Arbeiten wurden in immer schwerer zugänglichen Gebieten ausgeführt, so dass die Arbeitsgeräte oft nur noch mittels Lufttransporte an die Einsatzstandorte gebracht werden können.

Pflege und Betreuung: Die Kernaufgabe des Zivilschutzes ist die Betreuung. Das sind oft Unterstützungseinsätze während Wiederholungskursen in Kinder-, Behinderten-, Alters- und Pflegeheimen. Viele betagte, behinderte oder benachteiligte Menschen schätzen diese Abwechslung, auch in Form von Ausflügen, sehr.

Leistungen zu Gunsten der Gemeinschaft: Klassische Arbeiten sind das Instandstellen von Wegen, das Erstellen von Bachverbauungen usw. bzw. Einsätze für Grossanlässe in den Gemeinden/Regionen.

Im Jahr 2002 wurden durch 53'773 eingesetzte Angehörige des Zivilschutzes insgesamt 200'612 Dienstage geleistet.

2.3 Neuausrichtung strategischer Nachrichtendienst

Die Neuausrichtung des Strategischen Nachrichtendienstes (SND) wurde planmässig weitergeführt. Der vom Sicherheitsausschuss des Bundesrates verabschiedete Grundauftrag an den SND bildete eine Grundlage für die Formulierung der Unternehmensstrategie, welche schrittweise im Rahmen einer strategischen Projektplanung umgesetzt wird. Die wesentlichen Grundlagendokumente und –konzepte wurden 2002 erarbeitet und implementiert bzw. in die Projektplanung überführt. Leistungs- und Zusammenarbeitsvereinbarungen mit Partnern im Nachrichtenverbund wurden erstellt.

2.4 Sportpolitisches Konzept des Bundesrates

Am 11. Dezember 2000 hat der Bundesrat das sportpolitische Konzept verabschiedet. Es umreisst Hauptziele und Schwerpunktmassnahmen der Sportpolitik des Bundes.

Die fünf Hauptziele lauten wie folgt: Gesundheit (mehr bewegungsaktive Menschen); Bildung (Bildungsmöglichkeiten des Sports nutzen); Leistung (Nachwuchs- und Spitzensport fördern); Wirtschaft (Sport als Wirtschaftsfaktor nutzen) und Nachhaltigkeit (Lernfeld für die Entwicklung der Gesellschaft).

Nachdem Ende November 2001 ein umfassender Massnahmenplan präsentiert wurde, liegt Ende 2002 eine umfassende Liste von Schwerpunktmassnahmen vor, die nun sukzessive umgesetzt werden sollen.

2.5 Rüstungs- und Beschaffungspolitik des Bundesrates

Die Grundsätze des Bundesrates über die Rüstungspolitik des VBS vom 29. November 2002 ersetzen die bisherige Rüstungspolitik aus dem Jahr 1996. Damit wird insbesondere der neuen Sicherheitspolitik und den Reformprojekten VBS XXI, Armee XXI sowie GR XXI Rechnung getragen. Die Rüstungspolitik definiert die Grundzüge der Rüstungsbeschaffung, regelt Fragen der Industriekooperation, der internationalen Zusammenarbeit und klärt die Rolle sowie den Einbezug der schweizerischen Industriebasis. Ziel der Rüstungspolitik ist die rechtzeitige, langfristige, verlässliche und an wirtschaftlichen Prinzipien orientierte Erfüllung der Bedürfnisse nach Gütern, Bauten und Dienstleistungen für die Armee und den Bevölkerungsschutz.

2.6 Eignerstrategie RUAG

Der Bundesrat hat am 29. November 2002 die Eignerstrategie für die Rüstungsunternehmen des Bundes, d.h. den Technologiekonzern RUAG und seine Tochtergesellschaften, für die Jahre 2003 bis 2006 festgelegt. Zudem wurde Ende 2002 die Pensionskassenfrage (Ausfinanzierung der Deckungslücken bei den Vorsorgeeinrichtungen durch den Bund gemäss Artikel 5a des Bundesgesetzes über die Rüstungsunternehmen des Bundes) geregelt. Die Eignerstrategie umfasst zentrale Aspekte der Kerntätigkeiten der RUAG im Interesse der Landesverteidigung, insbesondere Instandhaltung, Kampfwerterhaltung, Kampfwertsteigerung sowie die Entsorgung von Waffensystemen, Geräten und Munition. Wo Synergien im Interesse der Landesverteidigung gegeben sind, soll die vermehrte Etablierung in zivilen Märkten angestrebt werden. Die Eignerstrategie tritt, gemeinsam mit den Grundsätzen des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS, am 1. Januar 2003 in Kraft.

Finanzdepartement

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002	Kurze Bilanz
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Vorlage zur neuen Finanzordnung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde am 29. November 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Vorlagen zur Bankenaufsicht und Nationalbank</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht Zufferey: Die Expertenkommission hat den Gesetzesentwurf und den erläuternden Bericht erarbeitet ➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankenliquidation) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft Nationalbankgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Ein Schwerpunkt des Mandats, die Frage der Erweiterung der umfassenden (prudentiellen) Aufsicht über die unabhängigen Vermögensverwalter, Introducing Broker und Devisenhändler, bedarf einer vertiefteren Überprüfung. Aus diesem Grund waren der Gesetzesentwurf und der Bericht Ende 2002 noch ausstehend.</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 20. November 2002 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat am 26. Juni 2002 die Botschaft über die Revision des Nationalbankgesetzes verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Entwicklung eines neuen Rechnungsmodells</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft konnte aufgrund knapper Personalressourcen und des Verzugs bei der Erstellung des Berichts zum Grundmodell für das Neue Rechnungslegungsmodell des Bundes nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.</p> <p>Mit Bundesratsbeschluss vom 30. September 2002 wurden die Konzeptarbeiten weitgehend abgeschlossen und die Gesetzgebungsarbeiten gestartet. Gleichzeitig wurde eine technische Konsultation der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) gestartet.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Optimierung des Vollzugs des Geldwäschereigesetzes</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Pendenzen sind vollständig abgebaut ➤ Der Anwendungsbereich hinsichtlich der Unterstellung ist konkretisiert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die bei der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei hängigen Bewilligungsgesuche sind überwiegend in den letzten Monaten eingereichte Gesuche.</p> <p>Die am 15. September 2002 in Kraft getretene Verordnung der Kontrollstelle über die berufsmässige Ausübung der Finanzintermediation im Nichtbankensektor konkretisiert den Anwendungsbereich für sämtliche Bagatellfälle. Die Kontrollstelle hat auch eine Anzahl weiterer Unterstellungsfragen geklärt.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Klare Rahmenbedingungen für nachrichtenlose Vermögen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögen ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft konnte nicht wie geplant verabschiedet werden, da die Vernehmlassungsergebnisse sehr kontrovers ausgefallen sind. Im Auftrag des Bundesrates setzte das EFD mit Verfügung vom 1. Juli 2002 eine Expertenkommission ein, die bis Ende 2003 einen Bericht inkl. Gesetzesentwurf vorlegen soll.</p>

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Weiterentwicklung FLAG</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die aus dem Evaluationsbericht des Bundesrates resultierenden konzeptionellen Änderungen sind umgesetzt 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die vorgesehenen Vereinfachungen wurden grösstenteils umgesetzt. Hingegen wird die heutige Spezifikation der Zahlungskredite nach Produktgruppen beibehalten bis zum Vorliegen einer definitiven Regelung zur Steuerung über Produktgruppen und deren Verankerung im Finanzhaushaltsrecht.</p> <p>Die für eine Beurteilung der FLAG-Tauglichkeit erforderlichen Kriterien werden zur Zeit erarbeitet.</p> <p>Wegen personellen Engpässen mussten die Arbeiten an einem Modell zur Steuerung von Institutionen des 3. Kreises zurückgestellt werden.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU in den Bereichen Zinsbesteuerung und Zollbetrug</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen sind gemäss den Vorgaben des Bundesrats abgeschlossen* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Bei der Zinsenbesteuerung bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, sowohl im Verhältnis EU-Schweiz wie auch EU-intern. Die EU konnte die für einen Verhandlungsabschluss erforderlichen internen Beschlüsse nicht im Berichtsjahr fassen.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Erhaltung der Rahmenbedingungen des Finanzplatzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Leitbild zur Finanzplatzpolitik ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Von einer Behandlung des Berichts durch den Bundesrat wurde mit Blick auf die laufenden bilateralen und multilateralen Verhandlungen im Finanzbereich vorerst abgesehen.</p>

<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Zweites Paket Unternehmenssteuerreform</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform II ist eröffnet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung wurde nicht durchgeführt, da vorher noch ein Gutachten über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Reform in Auftrag gegeben wurde. Zusätzliche Arbeiten waren notwendig, damit die Vorlage namentlich von den Kantonen mitgetragen wird.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Umsetzung der neuen Personalpolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue Personalpolitik ist eingeführt und geniesst breite Akzeptanz 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Am 1. Januar 2002 ist in der Bundesverwaltung das neue Personalrecht in Kraft getreten. Am 27. März 2002 hat der Bundesrat ein Konzept für die Kaderförderung in der Bundesverwaltung sowie "Führungsfragen für die Bundesverwaltung" genehmigt. Die Führungsfragen ersetzen die Richtlinien für die Verwaltungsführung im Bunde (RVF) von 1974.</p> <p>Seit 7. November 2002 steht dem Bundespersonal auf Intranet das Führungs- und Personalhandbuch FPH zur Verfügung.</p> <p>Im Rahmen des Personalinformationssystems BV PLUS wurden die Voraussetzungen für die leistungsabhängige Entlohnung im Zusammenhang mit dem neuen Lohnsystem geschaffen und die Arbeiten an der neuen Schnittstelle zu PUBLICA sowie die kundenspezifische Erweiterung und Anpassung der Reporting-Instrumente vorangetrieben.</p> <p>Am 26. November 2002 wurde die Vereinbarung 2002 zwischen FinDel und Bundesrat unterschrieben. Sie regelt die mitschreitende Finanzaufsicht und nachträgliche Oberaufsicht beim obersten Kader der Bundesverwaltung neu und löst die Vereinbarung 51 ab.</p> <p>Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 13. November 2002 das von den Fiko/GPK beider Räte vorgeschlagene Reportingkonzept gemäss Art. 5 BPG akzeptiert. Es wird mit der Staatsrechnung 2002 erstmals praktisch erprobt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die ersten Erfahrungen mit der neuen Personalpolitik sind evaluiert 	<p>Im Juni 2002 wurde das Vorhaben einer Neuen-Personalpolitik-Wirkungsanalyse von der Human-Resources-Konferenz begrüsst und die Mitwirkung der Departemente zugesichert. Die Analyse will bis 2006 in mehreren Phasen aufzeigen, inwiefern die neue Personalpolitik umgesetzt wird und Folgen zeigt.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Konsolidierung der PKB/ PUBLICA</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ PUBLICA ist operationell ➤ Die Migration der Versichertenbestände aus der PKB in PUBLICA ist erfolgreich abgeschlossen 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die PKB ist konsolidiert. Die institutionellen Voraussetzungen für PUBLICA sind geschaffen. Organisatorisch und personell ist PUBLICA errichtet und die Arbeitsprozesse sind definiert. Einzelne Informatiksysteme unterliegen noch weiteren Tests.</p> <p>Am 4. Oktober 2002 hat der Vorsteher EFD den Zeitpunkt der Migration des PKB-Versichertenbestandes in PUBLICA auf den 1. Juni 2003 verschoben.</p>
<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Umsetzung NOVE-IT</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Harmonisierung der Infrastruktur ist abgeschlossen, die Prozesse sind instrumentiert und eingeführt (inkl. erstes Paket KLR) ➤ Die Rahmenbedingungen zur Lockerung des Leistungsbezugszwangs sind vom Bundesrat festgelegt 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Harmonisierung der Infrastruktur ist teilweise realisiert, eine stabile Version der Prozessvorgaben wurde per Mitte Jahr freigegeben, ein erstes Paket der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ist im VBS eingeführt.</p> <p>Die Rahmenbedingungen sind festgelegt, die nötige Verordnungsänderung zur Lockerung des Leistungsbezugszwangs ist entscheidungsreif.</p>

<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Totalrevision Zollgesetz</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 27. März 2002 von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, einen Botschaftsentwurf auszuarbeiten und diesen dem Bundesrat im Frühjahr 2003 zu unterbreiten. Es besteht zusätzlicher Klärungsbedarf zur gesetzlichen Verankerung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben der Zollverwaltung.</p>
<p><u>Ziel 14</u></p> <p>Teilrevision des Tabaksteuergesetzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. Februar 2002 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft 20. November 2002 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Bericht Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bericht über die Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern der natürlichen Personen ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bericht wurde vom Bundesrat am 9. Januar 2002 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 17</u></p> <p>Bericht über kumulative Abgabelasten</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bericht über kumulative Abgabelasten (in Erfüllung des Po. Vallender 98.3576) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Bericht konnte aufgrund der aufwendigen Übersetzungsarbeiten nicht verabschiedet werden.</p>
<p><u>Ziel 18</u></p> <p>Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 01.3246) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Der Bericht konnte vom Bundesrat wegen personellen Wechsels und grossem interdepartementalem Koordinationsbedarf nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Personalpolitik und Personalvorsorge

2.1.1 Personalpolitik

Seit dem 1. Januar 2002 ist das Bundespersonalgesetz nun auch in der Bundesverwaltung in Kraft. Die ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der Personalpolitik, insbesondere bei den Zielvereinbarungs- und Personalbeurteilungsgesprächen, haben gezeigt, dass die neue Philosophie schon recht gut etabliert ist. Diese personalpolitischen Prozesse haben jedoch auch zu Unsicherheiten geführt. Um die Personalpolitik noch kulturwirksamer und resultatorientierter umzusetzen, müssen insbesondere die Führungskräfte ihr Wirken und Handeln noch vermehrt reflektieren. Der Bundesrat hat deshalb am 27. März 2002 Führungsfragen für die Bundesverwaltung verabschiedet, welche zur kritischen Auseinandersetzung mit Denkmustern, Werten, Erfahrungen und Motiven anregen sollen.

Obwohl sich der Schritt von der normativen Ebene des neuen Personalrechts in die Umsetzungspraxis im Berichtsjahr recht gut entwickelt hat, muss er noch wirksamer unterstützt werden. Unsicherheiten und Fragen bestehen namentlich zum neuen Lohnsystem. Das zuständige Bundesamt hat im Human-Resources-Bereich deshalb einen Strategiebildungsprozess initiiert. Dabei kommt den Bundesämtern eine grosse Bedeutung zu, hat die neue Personalpolitik doch zu einer weitgehenden Delegation personalpolitischer Aufgaben und Verantwortlichkeiten an die Führungskräfte geführt. Zur Human-Resources-Strategie liegen zurzeit Thesen vor. Eine erste breitflächige Diskussion mit Personalfachleuten der Bundesverwaltung fand bereits statt. Bis im Januar läuft eine Konsultation bei Amtsdirektionen und Human-Resources-Spezialisten.

Seit November 2002 steht dem Bundespersonal auf Intranet das so genannte Führungs- und Personalhandbuch zur Verfügung. Es setzt neue Akzente, indem es sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Personalfachleuten und Führungskräften der Bundesverwaltung zur Verfügung steht und diese in ihrem personalpolitischen (Führungs)Alltag unkompliziert, rasch und aktuell unterstützt.

Wie die Personalpolitik in der Praxis umgesetzt wird und welche Wirkungen sie zeigt, ist Teil einer breitflächigen, mehrjährigen Wirkungsanalyse. Im Sommer 2002 fanden in mehreren Bundesämtern erste Datenerhebungen sowie Befragungen von Vorgesetzten und Mitarbeitenden zum Thema Zielvereinbarungen/Personalbeurteilungen statt. Die Pilot-evaluation hat aufgezeigt, auf welche Punkte in Zukunft noch besonders zu achten sein wird. Dies sind beispielsweise die gerechte Anwendung des Systems, die Messbarkeit der individuellen Zielerreichung, die kommunikativen Fähigkeiten der Vorgesetzten und die sinnvolle Anwendung der Gauss'schen Verteilung. Ebenso hat sie gezeigt, dass das System grundsätzlich akzeptiert ist. Die Auswertungen aus der Wirkungsanalyse fliessen in Form von Informationen und neuen Ausbildungsakzenten in den personalpolitischen Umsetzungsprozess zurück.

2.1.2 Personalvorsorge

Im Geschäftsjahr 2002 wurde das Projekt der neuen Pensionskasse des Bundes PUBLICA sowohl institutionell als auch betrieblich weiterentwickelt. Ein wichtiger Meilenstein war die Wahl der paritätischen Kassenkommission von PUBLICA, die aus je 8 Vertretern der Arbeitgeber und der aktiven Versicherten besteht. Die Kassenkommission wird auf den 1. März 2003 die strategische Führungsverantwortung von PUBLICA übernehmen.

Bis Ende 2002 konnten praktisch alle Informatiksysteme von PUBLICA fertig entwickelt und in umfangreichen Tests überprüft werden. Obwohl der Zeitpunkt für die Überführung der Versichertenbestände aus der PKB in PUBLICA ursprünglich auf den Herbst 2002 geplant war, entschied sich der Vorsteher des EFD den Migrationszeitpunkt erst auf den 1. Juni 2003 anzusetzen. Der Bundesrat hatte ihm diesen Entscheid am 26. Juni 2002 delegiert. Der Hauptgrund für die spätere Aufnahme der operationellen Tätigkeit von PUBLICA lag vor allem in der noch ungenügenden Abstimmung zwischen dem neuen Lohnsystem BV Plus und dem künftigen Destinatärverwaltungssystem von PUBLICA und, weil von den insgesamt 40 Schnittstellen zwischen verschiedenen Informatiksystemen einige noch nicht vollständig bereinigt waren.

Das Tagesgeschäft der PKB gab im Berichtsjahr zu keinen grösseren Problemen Anlass und konnte ordnungsgemäss weitergeführt werden. Eine klare Indikation waren die rückläufigen Reklamationen. Die PKB konnte ebenso die Nacharbeiten des auf den 1. Januar 2002 erfolgten Übertritts der Postversicherten abschliessen. Da rund 40 Mitarbeitenden der PKB in PUBLICA keine neue Stelle angeboten werden konnte und diese lediglich über einen bis Ende 2002 befristeten Arbeitsvertrag verfügten, traten insgesamt 38 Mitarbeitende aus der Eidgenössischen Versicherungskasse aus. Im Hinblick auf die Vermittlung einer neuen Stelle wurden sie dabei vom Berufsplanungspool der EVK unterstützt. Auf Ende 2002 sind 12 angeschlossene Organisationen aus der PKB ausgetreten, darunter die SRG und Skyguide. Die PKB hat damit zu Jahresbeginn 2003 die Personalvorsorge für rund 52'000 aktiv Versicherte und rund 43'300 Rentnerinnen und Rentner sicher gestellt.

2.1.3 Vermögenanlage PKB

Seit Juli 1999 legt die Bundestresorerie die beim Bund angelegten Gelder der Pensionskasse des Bundes (PKB) schrittweise auf den Wertschriftenmärkten im In- und Ausland an. Bis Ende 2002 ist etwa die Hälfte der Bilanzsumme der PKB (28 Milliarden Franken) in Wertschriften und Immobilien investiert worden.

Die Performance des Gesamtvermögens hat sich seit Beginn der Investitionstätigkeit wie folgt entwickelt:

Performance	PKB	Benchmark	Differenz
1999 (6 Monate)	3,3 %	1,5 %	+ 1,8 %
2000	2,7 %	2,2 %	+ 0,5 %
2001	- 1,5 %	- 1,4 %	- 0,1 %
2002 (1.1. – 30.11.)	- 4,5 %	- 4,0 %	- 0,5 %
1.7.1999 – 30.11.2002 p.a.	- 0,0 %	- 0,5 %	+ 0,5 %

Die zur Deckung der Verpflichtungen nötige Mindestperformance von 4% wurde über die 3 ¼ Jahre deutlich verfehlt. Um die Zielrendite von 6% zu erreichen, mussten auch Investitionen in Anlagekategorien mit einer höheren Rendite/Risiko-Struktur, wie Aktien, getätigt werden. Dies hat sich in den letzten 2 Jahren wegen der starken Kurskorrekturen an den Aktienmärkten nicht ausbezahlt. Als Folge dieser Unterperformance hat sich der Fehlbetrag, der vom Bund gedeckt wird, entsprechend erhöht.

Die Eidgenössische Finanzverwaltung legt die Aktienanlagen heute mehrheitlich indiziert an; ein kleiner Teil wird aktiv durch externe Portfolio Manager bewirtschaftet. Die Obligationenanlagen in fremden Währungen konzentrieren sich auf Europa und die USA und werden mehrheitlich extern verwaltet. Die Schweizerfranken Obligationen werden von der Eidg. Finanzverwaltung intern betreut.

2.2 Informatik

2.2.1 NOVE-IT

Die Ziele von NOVE-IT (Einbindung der Informations- und Kommunikationstechnik in die ordentlichen Führungsstrukturen, Effizienzsteigerung um 23% bzw. 130 Millionen Franken jährlich, höhere Flexibilität bezüglich Anpassung an neue Anforderungen, bessere Qualität und Sicherheit) sind erreichbar. Schwieriger als erwartet erweist sich der Kulturwandel, weshalb die Ziele erst nach Abschluss des Programms vollständig erreicht werden dürften.

Der Stand des Programms präsentierte sich Ende September 2002 wie folgt: Die Harmonisierung der Infrastruktur steht vor dem Abschluss, für die Prozesse wurden auf Mitte Jahr ein Releasing eingeführt und die Prozessdokumentationen vereinfacht. Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wurde beim Leistungserbringer des VBS erfolgreich installiert. Für das Informatikcontrolling (ICO) sind sowohl die Methode wie auch ein provisorisches Instrument eingeführt. Eine Konsolidierung der Controllinginformation auf Stufe Bund wird aufgrund departementsübergreifender Führungskennzahlen später möglich sein. Der Rahmenkredit von 200 Millionen Franken zur Finanzierung der Investitionen kann aller Voraussicht nach eingehalten werden. Der Verpflichtungskredit von 30 Millionen Franken für Personalmassnahmen wird nicht voll beansprucht werden müssen.

2.2.2 Informatiksicherheit

Informatiksicherheit ist Bestandteil jeder Studie, jedes Projekts und jeder Anwendung. Die Verantwortlichkeiten sind identifiziert und zugewiesen. Die Bundesverwaltung blieb auch im Jahr 2002 von Vorfällen im Informatikbereich mit grossen Auswirkungen verschont. Die eingeschlagene Richtung bezüglich Informatiksicherheit hat sich bewährt. Die Anstrengungen im Bereich der Prävention, insbesondere der Sensibilisierung, machen sich bezahlt.

2.2.3 Informatikanwendungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung

Die Informatikanwendungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung sind veraltet und müssen durch Neuentwicklungen abgelöst werden, ein unbedingtes MUSS, um die täglichen Arbeiten effizient und effektiv durchführen zu können. Der laufende Betrieb der veralteten Systeme verursacht einen grossen Wartungsaufwand. Überdies verlangt NOVE-IT eine einheitliche Plattform (Harmonisierung und Standardisierung). Aus diesen Gründen müssen die Systeme der ESTV migriert werden. Dies reduziert den Wartungsaufwand, erhöht die Stabilität der Systeme und schafft günstige Voraussetzungen für die geplanten Neuentwicklungen. Am 30. Mai 2002 hat sich der Projektausschuss "BS2000-Migration" mit der Frage der Migration befasst. Der aktuelle Software-Code auf dem System BS2000 konnte vollständig analysiert werden. Das Resultat dieser Analyse hat gezeigt, dass die bisherige Funktionalität zu fast 100% automatisiert auf das Zielsystem des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) umgewandelt werden kann. Gestützt darauf wurde entschieden, vor einer Funktionserweiterung die Migration durchzuführen. Um die Neuentwicklungen in die richtige Bahn zu lenken, wurden die Vorbereitungsarbeiten zur Ablösung der heutigen Anwendungen in konzeptioneller Hinsicht bereits eingeleitet.

2.3 FLAG

Die parlamentarische Beratung des Evaluationsberichts FLAG in den zuständigen Fachkommissionen wurde von der Verwaltung intensiv begleitet. In wichtigen Fragen deckt sich die Beurteilung des FLAG-Modells durch das Parlament mit den Vorstellungen und Schlussfolgerungen des Bundesrates. Mit der am 24. September 2002 vom Nationalrat überwiesenen Motion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates wird der Bundesrat jedoch insbesondere aufgefordert, die Steuerung über Produktgruppen zu gewährleisten. Im Rahmen eines Expertenworkshops mit Vertretern von Wissenschaft, Verwaltung und Politik wurden hierzu erste Lösungsansätze erarbeitet. Die erforderlichen Anpassungen im Finanzhaushaltsrecht werden im Rahmen der NRM-bedingten Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes erfolgen. Mit der entsprechenden Botschaft wird zudem auch darzulegen sein, mit welchen Massnahmen die Integration von Aufgaben- und Finanzplanung im FLAG-Bereich verbessert werden kann.

Die erstmals in der Botschaft zum Voranschlag 2003 erfolgte Standardisierung von Inhalt und Darstellung des Begründungsteils der FLAG-Ämter bildet die Grundlage für eine stufengerechtere Berichterstattung, welche vom Bundesrat im Evaluationsbericht in Aussicht gestellt wurde. Zudem wurden die Verfahren zur Reservenbildung sowie die Handhabung der Sparvorgabe vereinfacht.

Im Hinblick auf die Erneuerung von neun Leistungsaufträgen, welche Ende 2003 auslaufen, wurde ein einheitlicher Raster bezüglich Aufbau und Darstellung entwickelt. Die neuen Leistungsaufträge betonen in verstärkter Masse die strategische und politische Ausrichtung bei der Aufgabenerfüllung. Der Leistungs- und Wirkungsorientierung wurde besonderes Gewicht beigemessen. Hierzu wurden klare Ziele formuliert und Indikatoren zu deren Messung definiert. Im Zuge der strategischen Ausrichtung eines Amtes erfolgte zusätzlich eine Bilanzierung über die auslaufende Leistungsauftragsperiode.

2.4 Finanzmarktaufsicht

Der Bundesrat hatte am 30. November 2001 eine Expertenkommission für die gesetzgeberischen Folgearbeiten zum Schlussbericht der Expertengruppe Finanzmarktaufsicht (Bericht Zufferey) eingesetzt. Sie wurde u.a. damit beauftragt, einen Vorschlag für eine integrierte Finanzmarktaufsicht auszuarbeiten. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) hat die Expertenkommission bei der Überarbeitung der Gruppen/Konglomeratsaufsichtsbestimmungen (Allfinanz) mitgewirkt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Mandats, die Frage der Erweiterung der umfassenden (prudentiellen) Aufsicht über die unabhängigen Vermögensverwalter, Introducing Broker und Devisenhändler bedarf einer vertiefteren Überprüfung. Deshalb konnte die Expertenkommission Ende 2002 noch keine Vorschläge vorlegen.

2.5 Vollzug Geldwäscherei

Im Nichtbankensektor hat die Umsetzung des Geldwäschereigesetzes im Berichtsjahr wesentliche Fortschritte gemacht. Die Personalaufstockung bei der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei auf 25 Vollstellen wurde abgeschlossen und die neuen Strukturen wurden umgesetzt. Die Frage der Bagatellfälle wurde auf Verordnungsstufe geregelt. Die Kontrollstelle fällt Grundsatzentscheide betreffend Unterstellungsfragen und der Umsetzung der Sorgfaltspflichten. Alle eingegangenen Bewilligungsgesuche sind erledigt oder in Bearbeitung. Bis Ende 2002 konnten 174 Bewilligungen erteilt werden und mit Ausnahme weniger Spezialfälle wurde die Bearbeitung der aufgestauten Gesuche abgeschlossen. Die Kontrollstelle untersucht den Nichtbankensektor auf Finanzintermediäre, die sich weder einer Selbstregulierungsorganisation angeschlossen, noch ein Gesuch um Bewilligung bei der Kontrollstelle eingereicht haben, und weist sie an, dies zu tun, wenn sie die Bedingungen erfüllen. Andernfalls ergreift die Kontrollstelle entsprechende Massnahmen. Im Jahr 2002 wurden vier illegal tätige Finanzintermediäre in Liquidation gesetzt und einer Einzelfirma die Ausübung der Finanzintermediation verboten. Eine weitere Liquidation wurde auf Verlangen der Kontrollstelle freiwillig durchgeführt. Die Kontrollstelle akkreditierte zudem 87 Revisionsstellen und stellte die notwendigen Arbeitspapiere für die Revisionen bereit.

Volkswirtschaftsdepartement

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002	Kurze Bilanz
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorentwürfe zu den Ausführungserlassen zum neuen Berufsbildungsgesetz sind erarbeitet ➤ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über einen neuen Hochschulartikel ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Fachhochschulgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Realisiert. Die Vorentwürfe sind erarbeitet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2002 verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2002 von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen. Diese zeigen, dass eine vertiefte Auseinandersetzung notwendig ist, damit eine tragfähige Lösung gefunden werden kann. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.</p> <p>Nicht realisiert. Die Diskussionen, u.a. mit der EDK, über die Ausgestaltung der Teilrevision haben zu einer Verzögerung der Ausarbeitung der Botschaft geführt. Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2002 die Eröffnung der Vernehmlassung beschlossen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Fachhochschulen ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Grundlagen zur Integration des bisherigen kantonalen Fachhochschulbereiches Gesundheit, Soziales und Kultur in die Bundeskompetenz sind erarbeitet und werden von allen beteiligten Partnern getragen ➤ Der Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung ist vom Bundesrat verabschiedet (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605)* ➤ Der Bundesrat hat im Rahmen eines Berichtes zur digitalen Spaltung geprüft, ob Massnahmen zu treffen sind, damit nicht gewisse Bevölkerungskreise von der Informationsgesellschaft ausgeschlossen sind* 	<p>Realisiert. Anstelle einer separaten Botschaft zu einem einfachen Bundesbeschluss zur zusätzlichen Unterstützung der Fachhochschulstudiengänge Gesundheit, Soziales und Kunst ist die Finanzierung im Rahmen des ordentlichen Budgetweges sichergestellt worden. Die notwendigen Mittel sind im Rahmen der Botschaft zum Voranschlag 2003 beantragt worden.</p> <p>Teilweise realisiert. Die Revisionsvorlage des Fachhochschulgesetzes (s.o.) sieht die genehmigungsrechtliche Integration der kantonalen Bereiche vor.</p> <p>Die finanzielle Unterstützung der kantonalen Fachhochschulen ist angesichts der angespannten finanziellen Lage des Bundes nur in begrenztem Umfang möglich. Der Bund wird angesichts dieser Ausgangslage nach einer einvernehmlichen Lösung mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren suchen.</p> <p>Nicht realisiert. Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung werden im neuen Berufsbildungsgesetz geregelt (Art. 30 – 36). Erst nach dessen Verabschiedung kann ein kurzer Bericht über die Quartärbildung erarbeitet werden.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bericht ist in Bearbeitung. Er konnte aber wegen verschiedenen anderen Arbeiten in diesem Themenbereich, die Grundlage des Berichts bilden, noch nicht fertiggestellt werden. Das Bundesamt für Statistik hat zusammen mit der Gruppe für Wissenschaft und Forschung sowie dem Bundesamt für Kommunikation in der Zwischenzeit eine Standortbestimmung für die Informationsgesellschaft Schweiz vorgenommen und im Herbst in Berichtsform veröffentlicht.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Eine Arbeitsgruppe hat im Sommer dem Vorsteher des EVD die Ergebnisse ihrer Analyse der Innovationsfähigkeit und der Innovationspolitik unseres Landes vorgelegt. Der Fortgang der Arbeiten wird sich an der vorgesehenen Aussprache des Bundesrates über den Bericht "Massnahmen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik" ausrichten.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zur Erschöpfungsproblematik bei Parallelimporten ist vom Bundesrat verabschiedet (in Erfüllung des Po. WAK-NR 00.3612)* ➤ Die Vernehmlassung zu den Ausführungserlassen zum revidierten Kartellgesetz ist eröffnet ➤ Die Abklärungen zur Revision des Binnenmarktgesetzes sind abgeschlossen ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Exportrisikogarantie ist eröffnet* 	<p>Realisiert. Der Bericht wurde am 29. November 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Die parlamentarische Beratung der Revision des Kartellgesetzes war Ende 2002 nicht abgeschlossen, deshalb konnten die Ausführungserlasse noch nicht an die Hand genommen werden.</p> <p>Nicht realisiert. Als Grundlage für die Arbeiten der Revisionsgruppe, welche gemäss Mandat des Departementschefs vom November 2002 die Revision des BGBM zu prüfen hat, wurden für den Bereich der Marktzugangsschranken die durch kantonales Recht geschützten Berufe und Gewerbe erfasst, sowie Anwendungsgebiet und Anwendung des BGBM durch die Gerichte analysiert. Der entsprechende Bericht konnte dem Bundesrat noch nicht zwecks Beantwortung des Postulates WAK SR 00.3595 unterbreitet werden, da durch Mitglieder der Begleitgruppe Diplomanerkennung zum Personenfreizügigkeitsabkommen Schweiz-EU eine zweite Nachprüfung des Inventars als erforderlich erachtet wurde.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bundesrat hat am 10. April 2002 vom Zwischenstand der Vorarbeiten Kenntnis genommen. Zu einigen grundsätzlichen Fragen sind noch weitere Abklärungen nötig, weshalb die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden konnte.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Verbesserung der internationalen Mitwirkung der Schweiz</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die bilateralen Verträge mit der EU treten in Kraft ➤ Die Verhandlungen über alle 10 Bereiche der Bilateralen II sind eingeleitet und wenn möglich abgeschlossen. Ein Abschluss in einzelnen Verhandlungsbereichen kommt jedoch nur in Frage, sofern das Interessengleichgewicht insgesamt gewahrt ist* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Realisiert. Die bilateralen Verträge mit der EU sind seit dem 1. Juni 2002 in Kraft.</p> <p>Realisiert. Die Verabschiedung der letzten Verhandlungsmandate durch die EU erfolgte am 17. Juni 2002. Seit dem 18. Juli 2002 wird in allen Bereichen verhandelt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungsmandate für eine neue Verhandlungsrunde der WTO sind vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation der Freihandelsabkommen mit Kanada, Chile, Kroatien, Jordanien und Singapur ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Änderung des Zolltarifgesetzes ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifizierung des Übereinkommens der FAO über pflanzengenetische Ressourcen in Ernährung und Landwirtschaft ist verabschiedet* 	<p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 14. Juni 2002 die Mandate gutgeheissen.</p> <p>Teilweise realisiert. Jordanien, Kroatien: Abkommen im Rahmen des Aussenwirtschaftsbericht 2001 genehmigt, am 1. September 2002 definitiv in Kraft getreten. Singapur: Botschaft vom Bundesrat am 4. September 2002 verabschiedet. Chile, Kanada: Die Botschaften konnten nicht verabschiedet werden, weil sich die Verhandlungen verzögert haben.</p> <p>Nicht realisiert. Zurückgestellt bis zum Abschluss der Doha-Runde der WTO.</p> <p>Nicht realisiert. Die Behandlung des Dossiers bei der FAO hat sich verzögert, weshalb das Abkommen erst im Herbst unterzeichnet und die Botschaft nicht mehr 2002 verabschiedet werden konnte.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Stärkung der Schweizer Landwirtschaftspolitik: für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Schweizer Landwirtschaft</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Entwurf eines Bundesbeschlusses über den Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der dritte Landwirtschaftsbericht ist veröffentlicht ➤ Die Botschaft zur Revision des Tierschutzgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2002 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2002 die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Teil II: Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2004–2007) verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der dritte Agrarbericht wurde am 18. November 2002 veröffentlicht.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 9. Dezember 2002 die Botschaft verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Tierverkehrsdatenbank funktioniert 	<p>Überwiegend realisiert. Die neuen Strukturen sind eingeführt und die Finanzen unter Kontrolle. Die Qualität der Mutationsmeldungen muss noch verbessert werden.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Stärkung des Arbeitsmarktes</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu den Ausführungserlassen zur ALV ist eröffnet ➤ Die Botschaft zur Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Die Vernehmlassung wurde am 9. Dezember 2002 eröffnet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 12. November 2002 die Botschaft verabschiedet. Die Änderung vom 21. Juni 2002 des Arbeitsvermittlungsgesetzes wird auf den 1. Dezember 2002 in Kraft gesetzt.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Erarbeitung einer modernen Wohnungspolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Das Instrumentarium zur Erfassung von Vergleichsmieten liegt vor 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Februar 2002 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Die methodischen Grundlagen wurden erarbeitet. Für die Umsetzung ist der Ausbau der offiziellen Statistik abzuwarten.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue Strategie für die wirtschaftliche Landesversorgung ist konkretisiert 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die auf Grund der Neuausrichtung notwendige Anpassung der Organisationsverordnung Landesversorgung ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Grundlagen für ein modernes Bewirtschaftungsmodell zur Bewältigung von Treibstoff-Mangellagen liegen vor 	<p>Realisiert. Die Änderung der Verordnung wurde am 29. Mai 2002 durch den Bundesrat verabschiedet und trat am 1. Juli 2002 in Kraft.</p> <p>Überwiegend realisiert. Die Grundlagen für die wichtigste Massnahme (Pflichtlagerfreigabe mit Lieferpflicht) liegen vor. Nur bei flankierenden Massnahmen, welche für eine spätere Phase vorgesehen sind, müssen noch einige Detailpunkte geklärt werden.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Abstimmung des Zivildienstgesetzes auf das Konzept Armee XXI und Zivilschutz XXI</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die organisatorischen Massnahmen (Dezentralisierung der Anhörungen – Kompetenzregelung zwischen der Zulassungskommission und der Vollzugsstelle – Organisation der Vollzugsstelle für den Zivildienst) sind bereit zur Umsetzung 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Die Vorarbeiten waren im Mai 2002 zeitgerecht abgeschlossen. Die Umsetzung der Reorganisation konnte jedoch wegen Verzögerungen in der Gesetzgebung (Revision Zivildienstgesetz) nicht wie geplant in Angriff genommen werden.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Stärkung der Information und des Vertrauens des Konsumenten</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorschläge zur Umsetzung des Berichts zur allgemeinen Produktesicherheit sind vom Bundesrat verabschiedet ➤ Es werden Vorschläge für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Konsumentenfragen (über die aussergerichtliche Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten, betreffend die Prävention von Täuschungen der Konsumenten und betreffend Preisanschreibepflicht) gemacht 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 27. März 2002 die Umsetzungsvorschläge des Berichts über die Produktesicherheit genehmigt. Kredit und Personal wurden am 30. Oktober 2002 genehmigt.</p> <p>Realisiert. Die Empfehlungen der Kommission für Konsumentenfragen wurden in der eingeleiteten Totalrevision berücksichtigt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Sicherheit und die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte werden verbessert 	<p>Teilweise realisiert. Das BLW hat einen Verordnungsentwurf ausgearbeitet und am 10. April 2002 bei den Ämtern erstmals in die Konsultation geschickt.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Stärkung der öffentlichen Präsenz des EVD</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Eine neue Internet-Webseite des EVD ist aufgeschaltet ➤ Eine neue Intranet-Seite des EVD für alle EVD-Mitarbeiter ist aufgeschaltet ➤ Die Webseiten des EVD sind harmonisiert ➤ Die Corporate Identity des EVD ist für alle Ämter auf einer elektronischen Grundlage verfügbar 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Die neue Website wurde der Öffentlichkeit am 15. November 2002 zugänglich gemacht.</p> <p>Realisiert. Die Intranet-Seite wurde den Mitarbeitenden am 15. Februar 2002 zugänglich gemacht.</p> <p>Realisiert. Der allgemeine Rahmen des Internet-Auftritts ist von den Ämtern genehmigt worden und wird nun umgesetzt.</p> <p>Realisiert.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Stärkung der Mehrsprachigkeit des EVD</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Weisungen des Bundesrates zur Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung werden im ganzen Departement umgesetzt 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Teilweise realisiert. Betrachtet man die rein zahlenmässige Verteilung der Sprachgruppen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, so sind die Ziele übertroffen worden. Auch der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden im Kaderbereich liegt über dem Durchschnitt; lediglich der Anteil der Tessiner im oberen Kader ist unterdurchschnittlich. Infolge des neuen Bundespersonalgesetzes begann das zuständige Amt anfangs 2002 die Weisungen von 1997 zu überarbeiten. Sie sind dem Bundesrat noch nicht zur Genehmigung vorgelegt worden. Diese Verzögerung hat die Umsetzung von konkreten Massnahmen beeinflusst.</p> <p>Mittels einer Plakatkampagne wurden im EVD alle Mitarbeitenden für die Thematik der Mehrsprachigkeit sensibilisiert.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Wachstumsbericht

Am 8. März 2002 nahm der Bundesrat Kenntnis vom Wachstumsbericht des EVD und hiess die im Bericht vorgeschlagenen 22 Richtlinien für eine wachstumsorientierte Politik gut. In diesem Bericht wird eine Analyse aufgrund der wissenschaftlichen Literatur zum Wachstum erstellt, wie sie für die Schweiz anwendbar ist, ferner werden die Schlussfolgerungen von den Empfehlungen der OECD und des IWF unterstützt. Der Wachstumsbericht wurde im Januar 2002 bei den Ämtern in die Vernehmlassung geschickt, obwohl diese nicht obligatorisch war, da es sich um eine EVD-Publikation handelt. Gleichzeitig beschloss der Bundesrat, eine interdepartementale Arbeitsgruppe "Wachstum" zu bilden, welche aufgrund dieser 22 Leitlinien des Wachstumsberichts konkrete Massnahmen vorschlagen sollte. Mit ihrer Arbeit soll die AG "Wachstum" ausserdem besonders das Postulat 99.3584 der SVP-Fraktion "Aktionsprogramm zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen", das Postulat 00.3229 der Kommission 00.016-00.016-NR Minderheit Leutenegger-Oberholzer "Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums" und die vorher erwähnte Motion 01.3089 erfüllen.

2.2 Bericht "Die Schweiz im weltweiten Innovationswettbewerb"

Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements erteilte am 30. Oktober 2001 den Auftrag zur Durchführung einer Analyse der Innovationsfähigkeit und Innovationspolitik unseres Landes. Die interdepartementale Arbeitsgruppe "Die Schweiz im weltweiten Innovationswettbewerb" unterbreitete im Sommer 2002 dem Vorsteher des EVD ihre Vorschläge. Die Ergebnisse schlugen sich in konkreten Empfehlungen zur Verstärkung der Innovation in der Schweiz nieder, namentlich im Bereich der generellen Rahmenbedingungen, des Arbeitsmarkts, der Bildung und Forschung sowie der Unternehmenskultur.

Mehrere Vorschläge fanden in die Botschaft Bildung, Forschung und Technologie (BFT) 2004–2007 Eingang, namentlich jene Massnahmen, die ganz konkret auf die Verbesserung der Schnittstelle Hochschule und Unternehmen, die Förderung des Unternehmertums und die Sensibilisierung der Jugendlichen für die Berufsaussichten, die Wissenschaft und Technologie eröffnen, ausgerichtet sind. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe wurden ebenfalls der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Wachstum" vorgelegt.

2.3 Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung

Am 29. Mai 2002 hat der Bundesrat die Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung genehmigt; die entsprechende Verordnungsänderung ist auf den 1. Juli 2002 in Kraft getreten.

Bereits seit Anfang der 90er Jahre sind Massnahmen und Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung in mehreren Etappen angepasst worden. Im Wesentlichen wurden dabei die Pflichtlager reduziert und der Personalbestand im Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung angepasst.

Die strategische Neuausrichtung ist die logische Konsequenz der veränderten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage. Die konventionelle militärische Bedrohung der Schweiz hat sich erheblich verringert. Es sind regionale Konflikte in Produktions- oder Lieferländern, Boykotte, wirtschaftliche Erpressung, lang anhaltende Streiks, Sabotage, Terroranschläge, Missernten, nukleare Verstrahlung oder andere technische und natürliche Katastrophen, die eine Gefahr für unsere Versorgung darstellen. Abgesehen von einer grossflächigen Verstrahlung ist kurz- und mittelfristig aber nicht damit zu rechnen, dass solche Risiken zu einer lang anhaltenden umfassenden Versorgungsstörung führen. Vielmehr ist mit eher beschränkten Mangellagen in Einzelbereichen während einer begrenzten Dauer zu rechnen. Allerdings dürften diese viel schneller auftreten, weil die Betriebsvorräte in der Privatwirtschaft in den letzten Jahren laufend abgenommen haben.

Mit der Neuausrichtung wird die wirtschaftliche Landesversorgung nach klaren Prioritäten geführt und auf drei Grundversorgungsbereiche konzentriert. Ziel ist es, in diesen Kernbereichen der Versorgung (Ernährung, Energie und Heilmittel) einen hohen Vorbereitungsstand zu erreichen. Dabei sollen die Infrastrukturbereiche (Transporte, Industrie, ICT-Infrastruktur und Arbeit) in erster Linie ihren Beitrag zu dieser Zielerreichung leisten. Künftig richtet sich die Versorgungssicherung hauptsächlich auf kurz- und mittelfristige Mangellagen in Einzelbereichen aus. Die Milizorganisation soll um rund die Hälfte ihres heutigen Personalbestandes reduziert werden. Die diesbezüglichen Umsetzungsarbeiten in den einzelnen Bereichen sind bereits weit fortgeschritten. Durch die neue Strategie der wirtschaftlichen Landesversorgung wird die Pflichtlagerhaltung von Schmierstoffen überflüssig. Der Bundesrat hat am 8. Mai 2002 beschlossen, die Wirtschaft von der entsprechenden Lagerpflicht zu befreien.

2.4 Studie: Steuergutschriften, Mindestlöhne und Armut unter Erwerbstätigen in der Schweiz

Die Schweiz verfügt mit einer Erwerbsquote (Verhältnis der Erwerbstätigen und Erwerbslosen zu den Erwerbsfähigen) von über 80% über einen ausserordentlich integrativen Arbeitsmarkt. Problematisch ist indes, dass viele Haushalte trotz Erwerbstätigkeit im Umfang einer vollen Arbeitsstelle ihren Lebensbedarf nicht zu decken vermögen. Diese Working-Poor-Haushalte sind daher oft auf Sozialhilfe angewiesen.

Verschiedene Vorschläge, die Armut unter Erwerbstätigen gezielt zu bekämpfen, stehen in der Schweiz gegenwärtig zur Diskussion. Dazu zählen etwa die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen für Kinder in armen Familien, die steuerliche Begünstigung von einkommensschwachen Familien oder die Erhöhung von Mindestlöhnen, wie sie vor allem von den Gewerkschaften gefordert wird. Bei den sozialpolitischen Instrumenten unterscheidet man dabei zwischen erwerbsabhängigen und nicht erwerbsabhängigen (z.B. Tessiner Modell). Bei den erwerbsabhängigen Instrumenten ist die Bezugsberechtigung an einen bestimmten Erwerbsumfang geknüpft. Nur Haushalte, die arbeiten, sind anspruchsberechtigt. Die erwerbsabhängigen Instrumente versuchen somit, arme Haushalte zur Erweiterung oder mindestens zur Beibehaltung ihrer Erwerbstätigkeit zu motivieren. Dieser Stossrichtung kommt insbesondere im Lichte der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung und der damit einhergehenden Verknappung des Arbeitskräfteangebots eine steigende Bedeutung zu.

Während verschiedene Studien in der jüngsten Vergangenheit das Ausmass und die Problemlage der Armut unter Erwerbstätigen in der Schweiz dokumentiert haben, sind bisher noch kaum empirische Studien mit konkreten Lösungsvorschlägen durchgeführt worden.

Aus diesem Grund hat das EVD das Volkswirtschaftliche Institut der Universität Bern mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen zum Problem der Armut unter Erwerbstätigen beauftragt, welche explizite auch die arbeitsmarktpolitische Dimension berücksichtigen. Die Ergebnisse wurden am 2. Juli 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt. Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass gesetzlich festgelegte Minimallöhne nur einen geringen Beitrag zur Reduktion der Armutsquote bei erwerbstätigen Haushalten leisten. Neben der geringen Wirkung von gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen kommt hinzu, dass diese auch das Niveau der Beschäftigung negativ beeinflussen können. Demgegenüber scheinen sogenannte Steuergutschriften eine erfolgsversprechendere Möglichkeit zur Reduktion der Armut unter Erwerbstätigen zu sein. Einerseits schneiden sie unter einer arbeitsmarktpolitischen Perspektive besser ab, weil sie weitgehend beschäftigungsneutral sind. Andererseits ist deren Wirksamkeit ungleich höher als bei gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen. Zudem schneiden sie auch hinsichtlich der Kosten besser als Mindestlöhne ab.

Das EVD bezweckt mit der Publikation der Studie eine breite Diskussion zu den vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten anzuregen.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

1. Abschnitt: Jahresziele 2002 im Überblick

<p>Jahresziele 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Weiterentwicklung der internationalen Umweltpolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Zusatzprotokolls von Kyoto ist verabschiedet (Klimakonvention)* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (UNEP-POP-Konvention) ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Erneuerung des Rahmenkredits für die globale Umwelt (GEF) ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 21. August 2002 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 16. Oktober 2002 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Die Botschaft konnte wegen Verzögerungen im Verhandlungsprozess nicht wie geplant verabschiedet werden.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 6. November 2002 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 21. November 2001 verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Götterberger Protokolls ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation der Landschaftskonvention des Euro-parates ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Ratifizierung der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert. Die für die Ausarbeitung der Botschaft notwendige offizielle deutsche Übersetzung des Protokolls ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Nicht realisiert. Die Botschaft wurde im Zusammenhang mit der Beratung der "Alpenkonvention" in der parlamentarischen Kommission noch einmal einer eingehenden Prüfung unterzogen und konnte deshalb nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2001 die Botschaft verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Weiterführen einer nachhaltigen Umweltpolitik in der Schweiz</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Umweltschutzgesetzes betreffend die Förderung der Einführung schwefeldreier Treibstoffe ist verabschiedet* ➤ Die Verordnungsänderungen zur Umsetzung des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit sind in der Vernehmlassung ➤ Die schweizerische Anlaufstelle des internationalen Meldesystems für den grenzüberschreitenden Verkehr mit gentechnisch veränderten Organismen ist aufgebaut ➤ Der Bericht zur Prüfung von Partikelfiltern für schwere Nutzfahrzeuge (in Erfüllung des Po. Stump 99.3166) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht über die Reduktion der Umweltrisiken von Düngern und Pflanzenschutzmitteln (in Erfüllung der Mo. UREK-S 94.3005) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. September 2002 verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Verzögerung auf internationaler Ebene.</p> <p>Nicht realisiert. Verzögerung auf internationaler Ebene.</p> <p>Nicht realisiert. Die Vorbereitungsarbeiten sind aufwändiger als vorgesehen.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bericht konnte vom Bundesrat nicht verabschiedet werden, weil die verwaltungsin- ternen Abklärungen mehr Zeit in Anspruch nahmen als geplant.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des OECD-Umweltprüfberichtes Schweiz 1998 (in Erfüllung des Po. UREK-S 99.3570) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert. Aufgrund strengerer Priorisierungskriterien ist der Bericht zurückgestellt worden.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Nachhaltige Entwicklung und Agglomerationsverkehr</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht "Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002" ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Entscheidungsgrundlagen für die Finanzierung des Agglomerationsverkehrs liegen vor ➤ Die Revision der Raumplanungsverordnung betr. Ausnahmen für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen ist vorbereitet ➤ Der Bericht über die raumordnungspolitischen Auswirkungen der bilateralen Verträge (in Erfüllung des Po. Hofmann Hans 99.3531) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 27. März 2002 den Bericht gutgeheissen.</p> <p>Realisiert. Mit dem Aussprachepapier vom 28. März 2002 "Weiteres Vorgehen beim Agglomerationsverkehr" und mit der Botschaft "Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen" vom 15. Mai 2002 wurden die Entscheidungsgrundlagen vorgelegt.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2002 das Departement ermächtigt, bis am 30. September 2002 die Vernehmlassung durchzuführen.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 29. November 2002 den Bericht gutgeheissen.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Die Realisierung der Bahnprojekte schreitet fort</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die zweite Leistungsvereinbarung mit der SBB AG für die Jahre 2003–2006 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Vorlage "Bahnreform 2" ist eröffnet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 8. März 2002 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Im Hinblick auf die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens sind noch Vorarbeiten und Vertiefungen im Gang.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Stossrichtung für das Angebotskonzept Bahn 2000 2. Etappe ist vom Bundesrat festgelegt* ➤ Die Botschaft zur Finanzierung der Trassensicherung für die zurückgestellten NEAT-Zufahrtsstrecken ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Botschaft zu den Anschlüssen der Ost- und Westschweiz ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) ist eröffnet* ➤ Der erste Verlagerungsbericht gemäss Verkehrsverlagerungsgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zum konzeptionellen Teil des neuen Sachplans "Schiene/öffentlicher Verkehr" ist eröffnet* ➤ Die Botschaft über die Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT ist verabschiedet* ➤ Der Sachplan AlpTransit ist nachgeführt ➤ Die Botschaft zu einem neuen Seilbahngesetz ist verabschiedet* 	<p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 8. März 2002 die wichtigsten Zielsetzungen festgelegt.</p> <p>Nicht realisiert. Am 26. Juni 2002 hat der Bundesrat das UVEK beauftragt, eine Planungsbotschaft "NEAT 2" auszuarbeiten; die Trassensicherung gehört materiell dazu und wird darin integriert.</p> <p>Nicht realisiert. Die Vernehmlassung über den Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz konnte nicht eröffnet werden, da die verwaltungsinternen Arbeiten mit dem Projekt Bahn 2000 2. Etappe koordiniert werden.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 1. Mai 2002 den Bericht genehmigt.</p> <p>Realisiert. Der Konzeptteil des Sachplans Schiene / öV wurde am 14. November 2002 im Rahmen eines Anhörungs- / Mitwirkungsverfahrens den Kantonen sowie weiteren betroffenen Stellen unterbreitet; allerdings erfolgte die Eröffnung durch das zuständige Bundesamt und nicht durch den Bundesrat.</p> <p>Nicht realisiert. Teil der Botschaft ist auch die Überprüfung des Angebotskonzeptes und der Wirtschaftlichkeit der Investitionen; beide Untersuchungen sind noch im Gang.</p> <p>Nicht realisiert. Die Arbeiten mussten nach dem Grundsatzentscheid des Bundesrates vom 26. Juni 2002 betreffend Linienführung im Kanton Uri neu ausgerichtet werden.</p> <p>Nicht realisiert. Das Seilbahngesetz hat einen engen Bezug zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS), welches in Ausarbeitung ist; eine Verabschiedung des Seilbahngesetzes vor dem BGTS war nicht opportun.</p>
---	---

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Einbettung der Zivilluftfahrt in eine koordinierte Gesamtverkehrspolitik und in einen raumordnungspolitischen Rahmen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die zweite Serie der anlagespezifischen Festlegungen des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt liegt vor ➤ Das Objektblatt Zürich ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Luftverkehr-Staatsvertrages Schweiz–Deutschland ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Die zweite Serie lag 2002 noch nicht vor, weil sich der aufwändige Koordinationsprozess zum Flughafen Zürich verzögerte.</p> <p>Nicht realisiert. Die entstandene Verzögerung beim Staatsvertrag mit Deutschland sowie die im November bekannt gewordene Neuorientierung bei Kanton und Flughafen zur Frage der Betriebsverfahren machten es notwendig, den SIL-Koordinationsprozess inhaltlich und zeitlich neu auszurichten.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 8. März 2002 die Botschaft verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Sicherung einer leistungsfähigen Strasseninfrastruktur</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Volksinitiative "Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen" und der Gegenvorschlag sind verabschiedet* ➤ Die Arbeiten am Aufbau eines Verkehrslenkungssystems für den alpenquerenden Schwerverkehr sind vorangetrieben 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Die Botschaft wurde am 15. Mai 2002 vom Bundesrat verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Die sicherheitsbedingte Bewirtschaftung des Güterschwerverkehrs nach dem Unfall vom 24. Oktober 2001 im Gotthardtunnel funktioniert. Dabei konnte nach Abschluss der Optimierungsarbeiten am Lüftungssystem mit der Wiedereinführung des Gegenverkehrs für Lastwagen nebst der Steigerung der Sicherheit auch der Verkehrsfluss auf der ganzen Achse wieder verbessert werden; die Schaffung der noch fehlenden Abstellflächen ausserhalb der Autobahn bildet Teil des laufenden Gesamtprojektes "Strasse Nord-Süd CH" (SNS-CH).</p>

<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Die Umsetzung einer marktge- rechten und ökologisch ausge- richteten Energiepolitik wird weiter vorangetrieben</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei einem positiven Ausgang der Referendumsabstimmung werden die Verordnungen rasch verabschiedet und das Elektrizitätsmarktgesetz in Kraft gesetzt* ➤ Die erste Zwischenbilanz zum Programm "EnergieSchweiz" liegt vor ➤ Die Vernehmlassung für die Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes ist vorbereitet 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Teilweise realisiert. Negativer Ausgang der Referendumsabstimmung am 22. September 2002.</p> <p>Realisiert. Der erste Jahresbericht EnergieSchweiz 2001/2002 wurde Ende Oktober 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt.</p> <p>Realisiert. Der Gesetzesentwurf liegt vor; erläuternder Bericht ist in Vorbereitung.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Entscheide zu einer neuen Me- dienordnung und zur Entwick- lung des Fernmeldewesens. Um- setzung der Strategie Informa- tionsgesellschaft</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ist verabschiedet* ➤ Über den Antrag der SRG auf Erhöhung der Radio- und Fernsehempfangsgebühren ist entschieden ➤ Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Fernmeldegesetzes (FMG) ist parallel zu den Änderungen des EU-Rechts im Rahmen des "99'review" der EU abgeschlossen 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. Dezember 2002 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat den Entscheid zur Gebührenfestsetzung am 1. Mai 2002 getroffen.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 3. Juli 2002 das UVEK ermächtigt, die Vernehmlassung durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist ist am 15. Oktober abgelaufen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weitere Änderungen der Vollzugsverordnungen zum FMG zur Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung sind durchgeführt ➤ Der Bundesrat hat gestützt auf den 4. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft vom Stand der Umsetzung Kenntnis genommen und über weitere Massnahmen Beschluss gefasst* 	<p>Nicht realisiert. Die Änderung der Vollzugsverordnungen konnte nicht vollumfänglich 2002 durchgeführt werden, weil eine umfassende öffentliche Vernehmlassung zusammen mit dem Entwurf zur Gesetzesrevision durchgeführt wurde.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 26. Juni 2002 vom 4. KIG-Bericht Kenntnis genommen und je einen Bericht zu "digitalen Inhalten" sowie "Gesundheit in der Informationsgesellschaft" in Auftrag gegeben.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Reorganisation der technischen Sicherheitsaufsicht</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (Schweizerische Sicherheitsagentur) ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, weil die Stellungnahmen in der Vernehmlassung sehr kontrovers waren.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Leistungsfähiger Service public. Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht des Bundesrates zur weiteren Marktöffnung und zur Finanzierung des Universaldienstes liegt vor* ➤ Die Botschaft zur weiteren Entwicklung des Postwesens und zur Revision des Postorganisationsgesetzes (Anpassung an Rechnungslegungsstandards) ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 22. Mai 2002 den Bericht "Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz" verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 22. Mai 2002 die Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes verabschiedet.</p>

2. Abschnitt: Schwerpunktthemen der Verwaltungsführung

2.1 Strassenverkehr, Lenkung des Schwerverkehrs, Dosierungsmassnahmen am Gotthard

Im Strassenverkehr lagen die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Jahr 2002 in der Erhöhung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden, der Erarbeitung eines Leitbildes für die Förderung des nicht motorisierten Verkehrs (Langsamverkehr), bei der Einführung des zentralen Fahrberechtigungsregisters (FABER) und der Erarbeitung des Führerausweises im Kreditkartenformat mit neuen Fahrberechtigungskategorien und Berechtigungen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Revision der fahrzeugtechnischen Vorschriften (z.B. obligatorische Feuerlöscher für Lastwagen als Beitrag zur Tunnelsicherheit, Abgasvorschriften für Traktoren und Motorkarren, Erleichterungen bei der Abgaswartungspflicht für Personenwagen mit elektronischer Überwachung des Abgassystems). In Kraft gesetzt wurde auch die Regelung der Verwendung von Inlineskates, Minitrottinets und anderen neuen Mobilitätsformen auf öffentlichen Strassen sowie die Sollregelung der Fahrt mit Licht am Tag für alle Fahrzeuge. Auf Ende 2002 wurden auch die Bestimmungen über den Transport gefährlicher Güter an das internationale Recht angepasst und neu konzipiert.

Das Dossier Strassenverkehr wurde im vergangenen Jahr zudem durch die im Zusammenhang mit dem Schwerverkehr stehenden Probleme auf den Alpentransitrouten geprägt. Hierbei standen nach dem Unfall im Gotthardstrassentunnel vom 24. Oktober 2001 insbesondere sicherheitserhöhende Massnahmen bei der Infrastruktur und das Verkehrsmanagement für den alpenquerenden Schwerverkehr im Vordergrund.

Bereits vor den unfallbedingten Sanierungsarbeiten wurde im Gotthardstrassentunnel mit den Umstellungsarbeiten am Lüftungssystem begonnen. Vor Abschluss dieser Arbeiten war nicht auszuschliessen, dass im Falle einer Frontalkollision zwischen zwei Lastwagen eine kilometerlange, unkontrollierte Zone heisser und toxischer Brandrauchgase entstehen würde. Deshalb musste nach der Wiedereröffnung des Tunnels bis Ende September 2002 das Risiko einer Frontalkollision absolut minimiert werden. Erreicht wurde dies mit einem Kreuzungsverbot (Einbahnverkehr) und einer Mindestabstandsvorschrift von 150 Metern zwischen zwei LKW. Mit diesem Dosierungssystem wurden im Gotthardstrassentunnel Tageskapazitäten von rund 3000 Lastwagen erreicht. Die Wartezeiten für die Chauffeure in den vorgelagerten Stauräumen betragen in mehr als der Hälfte aller Fälle höchstens zwei Stunden, konnten aber an diversen schwierigen Tagen auch mehrere Stunden überschreiten. Dies trug mit dazu bei, dass anlässlich eines Runden Tisches anfangs Juli 2002 die Wiedereinführung des Gegenverkehrs für Lastwagen beschlossen wurde, wobei ein neues Bewirtschaftungssystem mit zur Risikominderung beitragen sollte.

Auftrag an ein neues Bewirtschaftungssystem im Gotthardstrassentunnel war es, die engen Beschränkungen des Dosierungssystems zu lockern, aber nur so weit, als trotzdem mit möglichst hoher Sicherheit Unglücksfälle vermieden werden können. Bis Ende September 2002 wurde deshalb das sogenannte Tropfenzählersystem entwickelt, welches mit Blick auf eine Minimierung der Unfallrisiken eine Regulierung des Schwerverkehrs im Gott-

hardstrassentunnel ermöglicht. Konkret dürfen seither pro Stunde und Richtung nicht mehr als 1'000 Personenwageneinheiten durch den Tunnel fahren, wobei ein Lastwagen wie 3 Personenwagen gewichtet wird. Bei höherem Verkehrsaufkommen wird der nun wieder im Gegenverkehr durch den Tunnel fahrende Schwerverkehr dosiert. Da der alpenquerende, nicht grenzüberschreitende Schwerverkehr aus und in die Südschweiz von diesen Bewirtschaftungsmassnahmen verhältnismässig stärker betroffen ist, kann er die vorgelagerten Warteräume, die während Verkehrsspitzenzeiten betrieben werden, umfahren. Die dazu notwendigen Verordnungsrevisionen (Signalisationsverordnung, Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge, Ordnungsbussenverordnung) respektive die neue Verordnung über den S-Verkehr wurden vom Bundesrat am 20. September 2002 verabschiedet.

2.2 Stand Grossprojekte

2.2.1 Bahn 2000

Das Konzept BAHN 2000 strebt die landesweite Qualitätssteigerung im öffentlichen Personenverkehr an. Aus dem in der Volksabstimmung vom 29. November 1998 bewilligten Spezialfonds für FinöV-Grossprojekte sind 7,4 Mia. Franken für die erste Etappe BAHN 2000 und 5,9 Mia. Franken (Preisstand 1995) für die zweite Etappe vorgesehen.

Die Ausführung der Infrastrukturbauten der ersten Etappe von Bahn 2000 verlief insgesamt plan- und programmgemäss. Die Inbetriebnahme der ersten Etappe per Fahrplanwechsel im Dezember 2004 ist realistisch. Vom Gesamtkredit von 7,4 Mia. Fr. sind bis Ende 2002 gegen 4,6 Mia. Fr. ausgegeben worden, was dem Kostenplan entspricht. Aus heutiger Sicht sollte die Endabrechnung 5,9 Mia. Fr. nicht überschreiten.

Am 8. März 2002 hat der Bundesrat die Stossrichtung für die zweite Etappe von Bahn 2000 beschlossen. Diese sieht die Ergänzung des Knotenkonzepts der ersten Etappe sowie Kapazitätserweiterungen auf der Nord-Süd-Achse und in den Agglomerationen vor. Das Ende September von den SBB vorgelegte Grundangebotskonzept (GAK) erfüllte die Ziele des Bundes nur teilweise. Vor allem überstiegen die veranschlagten Investitionen von ca. 7,9 Mia. Franken den vorgesehenen Rahmen von 5,9 Mia. Franken deutlich. Die SBB und parallel dazu die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne und die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich haben deshalb den Auftrag erhalten, ein priorisiertes Angebotskonzept zu erarbeiten, das den finanziellen Rahmen einhält.

2.2.2 HGV-Anschlüsse Ost- und Westschweiz

Mit den Anschlüssen an das Europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) in der Ost- und in der Westschweiz wird der Bund schnelle, direkte Verbindungen im öffentlichen Personenverkehr zwischen dem schweizerischen Städtesystem und den Metropolen Frankreichs und Deutschlands schaffen. Im Spezialfonds für Eisenbahn-Grossprojekte (FinöV-Fonds) sind für den Ost- und den Westanschluss 1,2 Mia. Franken enthalten. Bezüglich

der Schweizer Anschlüsse an das französische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (TGV) haben die beiden Verkehrsminister der Schweiz und Frankreichs am 18. Januar 2002 eine Einigung über die finanzielle Beteiligung erzielt. Beide Länder stellen zu gleichen Teilen Mittel für den Westanschluss bereit. Die Beteiligung der Schweiz beläuft sich auf pauschal 135 Mio. Euro oder rund 200 Mio. Franken. Bei den HGV-Zubringerstrecken in der Ostschweiz (St. Gallen / Sargans – St. Margrethen, Zürich / St. Gallen – Singen) hat der deutsche Verkehrsminister mit Schreiben vom 28. Oktober 2002 mitgeteilt, dass am Territorialitätsprinzip festzuhalten sei. Deshalb wird die Schweiz keine Investitionen in HGV-Streckenabschnitte auf deutschem Boden tätigen.

2.2.3 Neue Alpentransversale NEAT

Die Planungs- und Bauarbeiten auf den beiden Hauptachsen der Neuen Alpentransversale NEAT sind 2002 viel versprechend vorangekommen: Im Lötschberg-Basistunnel (Länge 34,6 km) sind sämtliche Zugangsstollen gebaut und vom ganzen Tunnelsystem bereits rund 70 Prozent ausgebrochen. Die Inbetriebnahme des Basistunnels 2007 ist daher realistisch. Die Bauarbeiten auf der Gotthardachse sind 2002 wie vereinbart vorangeschritten. Bereits sind über 4 Kilometer oder ca. 5 Prozent der Haupttunnelröhren des Basistunnels (57 km) ausgebrochen. Am 26. Juni hat der Bundesrat für die Linienführung im Kanton Uri einen Grundsatzentscheid gefällt: Die Bergvariante "Berg lang geschlossen" ersetzt die bis dahin präferierte Talvariante. Die Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels ist für 2014 vorgesehen.

Der im Spezialfonds für FinöV-Grossprojekte vorgesehene NEAT-Gesamtkredit von 14,7 Mia. Franken ist auf zwei Phasen von 11,3 und 3,4 Mia. Franken aufgeteilt. Die erste Phase ist vom Parlament freigegeben. Von 1947 Mio. Franken Reserve sind bis auf 160 Mio. Franken alle Mittel gebunden. Formell bewilligt hat der Bundesrat bisher 395 Mio. Franken. Am 21. August 2002 hat der Bundesrat erstmals Mittel aus den Reserven des NEAT-Gesamtkredites freigegeben. 390 Mio. Franken sind für die Lötschbergachse bestimmt, 5 Mio. Franken für die NEAT-Zufahrtsstrecke St. Gallen – Arth-Goldau. Der zweite Teilkredit beinhaltet die NEAT-Zufahrten mit den Tunnels Ceneri, Zimmerberg und Hirzel sowie Ausbauten zwischen St. Gallen und Arth-Goldau (Integration Ostschweiz). Gemäss Bundesratsbeschluss vom 26. Juni 2002 soll über die Freigabe der Kredite der 2. NEAT-Bauphase und die Planung für die NEAT 2 erst im Rahmen von separaten Botschaften entschieden werden.

2.3 Unwetterschäden 2002

Die extremen Hochwasser des Sommers 2002 haben in Nachbarländern der Schweiz mehrere Dutzend Todesopfer gefordert und Schäden in Rekordhöhe verursacht. Die Schweiz blieb von Ereignissen in diesem Ausmass weitgehend verschont, wurde jedoch durch 9 Unwetterereignisse betroffen. Die Schadenssumme dürfte schätzungsweise über 250 Mio. Franken liegen. Leider waren auch drei Todesopfer zu beklagen.

Grosse Schadenereignisse traten in den letzten Jahren gehäuft auf: 1987, 1993, 1999, 2000. Die Unwetterereignisse 2002 liegen über dem langjährigen Mittel. Inwieweit der Zustand der Einzugsgebiete, sei es der Unterhalt von Wildbächen und Gewässern, der Zustand der Vegetationsbedeckung als Erosionsschutz, insbesondere des Schutzwaldes, oder technische Schwachstellen wie Durchlässe, Entwässerungen von Strassen, das Schaden ausmass beeinflussten, kann heute noch nicht gesagt werden.

Die Ereignisse im Juli und August in den Kantonen Bern, Luzern und in der Ostschweiz zeichneten sich durch eine hohe Anzahl Rutschungen aus. Lange Vorregenperioden und hohe Niederschlagsmengen führten zu weitverbreiteten Hanginstabilitäten. Die zwei zuständigen Bundesämter haben eine Analyse der Rutschungen in den Kantonen Bern und Appenzell Ausserrhoden in Auftrag gegeben. Entsprechende Analysen sind auch im Kanton Graubünden angelaufen. Ziel ist es, das Prozessverständnis zu verbessern, um diese Erkenntnisse dann in die Gefahrenbeurteilung und die Gefahrenkartierung einfliessen zu lassen, welche als Grundlage für gezielte präventive Massnahmen dienen.

Die Ereignisse Mitte November in den Kantonen Graubünden, Tessin und in der Westschweiz – anhaltende Niederschläge sind für diese Jahreszeit untypisch – führten zu schweren Überschwemmungen und Murgängen.

Die Vorsorge in Form eines integrierenden Risikomanagements muss weiter verstärkt werden, d.h. insbesondere Vermeidung von neuen Risiken durch eine angemessene Nutzung des Raumes, Erhalt der bestehenden Sicherheit durch den Unterhalt von Gewässern, Schutzwäldern und Schutzbauten sowie die Verbesserung der Bereitschaft bei der Katastrophenhilfe und der Notfallplanung einschliesslich Warnung und Alarmierung.

2.4 Mobilfunkantennen. Vollzug und Messempfehlungen

Am 1. Februar 2000 ist die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) in Kraft getreten, welche unter anderem die Grenzwerte für Strahlung von Mobilfunkantennen festlegt. Der Vollzug der Verordnung im Bereich Mobilfunkantennen liegt bei den Kantonen. Zur Vereinheitlichung des Vollzugs hat das UVEK Vollzugshilfen erarbeitet, diese im Sommer 2002 verabschiedet und in zwei Berichten publiziert (www.elektrosmog-schweiz.ch/vollzug/mobilfunk). Die neuen Vollzugshilfen werden seit dem 1. Oktober 2002 bei neuen Baugesuchen für Antennen angewendet.

Der Verabschiedung der Vollzugshilfen ging eine intensiv geführte, über ein Jahr dauernde Diskussion zwischen den Kantonen, der Mobilfunkbranche und den Schutzorganisationen voraus. Anlass dafür war der bestehende Interpretationsspielraum in der Auslegung der NISV und bei der konkreten Ausgestaltung der Mess-, Berechnungs- und Bewilligungsverfahren.

Die getroffene Lösung setzt im wesentlichen die seit 1998 bestehende Bewilligungs- und Beurteilungspraxis der Kantone fort und stellt daher auch die bereits bewilligten ca. 8000 Antennenanlagen nicht in Frage. Alle Mobilfunkantennen auf demselben Mast oder demselben Dach gelten demnach als eine einzige Anlage. Auch wenn sie verschiedenen Netzbetreibern gehören, müssen sie insgesamt den Anlagegrenzwert gemäss NISV einhalten.

Des Weiteren hat das UVEK bestätigt, dass bei der Beurteilung der Mobilfunkstrahlung die örtlich und zeitlich höchste NIS-Belastung massgebend ist. Einzig beim Umgang mit der Messunsicherheit weicht die verabschiedete Empfehlung vom bisherigen Vorgehen ab. Diesbezüglich hat das UVEK festgelegt, dass im Rahmen von vorsorglichen Emissionsbegrenzungen der gemessene Wert massgebend ist, und die Messunsicherheit weder hinzugeschlagen noch abgezogen werden darf.